

(A)

Präsidentin Friebe: Danke schön. Weitere Zusatzfragen gibt es nicht. Damit ist die Mündliche Anfrage 141 erledigt.

Die Fragestunde ist damit abgeschlossen.

Wenn ich einen Augenblick zögere, dann hat das damit etwas zu tun, daß ich den ersten Debattenredner suche.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das ist immer so bei denen!)

Nein, das ist nicht immer so. Es wäre schon schön, wenn wir nach dem Fahrplan beginnen könnten - und das können wir auch!

Ich rufe Punkt 2 unserer Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991
(Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 11/1250

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksachen 11/1100 bis 11/1116

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 11/1501

dritte Lesung

in Verbindung damit

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1990 bis 1994 mit Finanzbericht 1991

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 11/801

(C)

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/1502

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1991 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/802

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 11/1117

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung
Drucksache 11/1503

dritte Lesung

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1435

(B)

(D)

Ich eröffne nunmehr die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die dritten Lesung des Haushalts fällt in eine Zeit, die immer noch geprägt ist von Trauer und Entsetzen über den feigen und heimtückischen Mord an Detlev Karsten Rohwedder. Ich möchte an dieser Stelle für die CDU-Landtagsfraktion den Angehörigen der Familie Rohwedder, seiner Frau und seinen beiden Kindern, unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

In der Stunde der Trauer um Detlev Karsten Rohwedder sind Worte gesagt worden, die nicht im wiederkehrenden politischen Alltagsgeschäft verhallen dürfen. Wir stimmen Ministerpräsident Johannes Rau zu, der in Berlin gesagt hat - ich zitiere -: "Wir sind den Opfern und ihren Angehörigen noch mehr an gemeinsamer Kraft, an Energie und Einsatz schuldig,

(A) (Dr. Linssen [CDU])

wenn es darum geht, den terroristischen Verbrechern das Handwerk zu legen."

(Beifall bei der CDU)

Doch wir dürfen nicht bei bloßen Worten stehenbleiben. Wir dürfen nicht nur nach Anschlägen Betroffenheit artikulieren und dann zur Tagesordnung übergehen, und Worte dürfen auch nicht dazu mißbraucht werden, Verantwortungen zu verwischen und Wahrheiten zu vertuschen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt geht das wieder los!)

Uns muß an einer sachlichen, wahrheitsgemäßen Aufklärung der Umstände dieses Anschlags gelegen sein.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich will aber bei aller Sachlichkeit auch meine Betroffenheit nicht verhehlen. Ich bin tief bestürzt, und ich empfinde es als geradezu perfide, wenn der Innenminister dieses Landes in einem ZDF-Interview am 3. April 1991 - zwei Tage nach der Ermordung von Detlev Carsten Rohwedder - scheinbar mitfühlend sagt: "Wir sollten darauf achten, daß wir den Angehörigen, die ohnehin verwundet sind, durch unsere Antworten nicht neuen Schmerz zufügen." Wenig später fährt er dann fort, man müsse es akzeptieren, daß "der arme Herr Rohwedder ... einmal sagte: 'Ich will doch so leben, wie es menschenwürdig ist!'... und daß sich jemand nicht einbunkern will und daß er auch mal das Fenster öffnet". Am Schluß des Interviews unterstellt der Innenminister als der für Rohwedders Schutz Letztverantwortliche dem Toten eine eigene Mitschuld, indem er die Legende in die Welt setzt, wonach Rohwedder den ihm angebotenen Schutz ausdrücklich nicht gewollt habe - ich zitiere -: "Durchschußhemmendes Glas hat es im Parterre gegeben, nicht oben im Haus; aber das ist eine Entscheidung, die man ja wohl dem Betroffenen zubilligen muß, daß er sie so trifft."

Tote können sich nicht wehren. Herr Ministerpräsident, warum haben Sie sich nicht gegen diese für die Angehörigen schmerzhafteste Legendenbildung verwahrt? Dazu erwarten wir von Ihnen hier und jetzt eine klare Stellungnahme.

(C) (Beifall bei der CDU)

Der Versuch, meine Damen und Herren, Verantwortung auf Tote abzuwälzen, ist zutiefst verabscheuungswürdig. Die Witwe des Ermordeten hat der Behauptung, ihr Mann hätte in Düsseldorf keine Leibwächter und kein Panzerglas in seinem Arbeitszimmer gewollt, entschieden widersprochen, und auch die am 15. April 1991 als Zeugen für die Verantwortung des Opfers bemühten Sicherheitsexperten von Hoesch haben die Aussagen von Frau Rohwedder, die selbst Juristin ist, bestätigt.

Der Innenminister selbst ist in der Sondersitzung des Innenausschusses des Landtages am 15. April 1991 von seiner bisherigen Aussage abgerückt. Danach steht fest: Es gab zu keiner Zeit Empfehlungen des Innenministeriums oder der Polizeibehörden an die Familie Rohwedder, die den Einbau von Panzerglas im ersten Obergeschoß, dem Ort des Geschehens, nahelegten. Was nicht empfohlen wird, kann auch nicht abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

(D) Der ermordete Treuhandchef hat sich auch nie gegen Personenschutz ausgesprochen, so wie vom Innenminister unterstellt wird. Detlev Carsten Rohwedder wußte um seine Gefährdung, und er war immer darum bemüht, mit der Polizei einvernehmlich die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Doch als er einmal von Düsseldorf nach Erfurt reisen mußte und konsequenterweise um Begleitschutz nachfragte, wurde dieser abgelehnt. Begründung: "Zu teuer!"

Für Rohwedder sollte es noch schlimmer kommen: Obwohl der ermordete Treuhandchef zu den höchstgefährdeten Personen in der Bundesrepublik zählte - darüber waren sich alle Sicherheitsexperten einig -, wurde ihm die erforderliche Einstufung in die höchste Gefährdungsstufe I nicht zuerkannt. Konsequenz: Rohwedder wurde während seines Aufenthaltes in Düsseldorf, anders als in Berlin, nicht von Leibwächtern rund um die Uhr beschützt. Es gab keinen ständigen Begleitschutz. Sein Haus wurde lediglich mehrmals täglich von Streifenwagen umfahren.

Nicht genug, daß ihm in Nordrhein-Westfalen der erforderliche Schutz vorenthalten wurde, man verlangte sogar von dem damaligen Berliner SPD-Innen-

(A) (Dr. Linssen [CDU])

senator Pätzold die Rückstufung Rohwedders in Gefährdungsstufe II! Nach einer Eingabe aus Nordrhein-Westfalen senkte Pätzold die Gefährdungsstufe zwar formal wieder ab, blieb aber de facto bei den höchsten Schutzmaßnahmen. Ständig bewachten den Treuhandchef in Berlin außerhalb seines Büros drei Beamte; in der Nacht stand vor seinem Hotelzimmer ständig ein Polizeiposten.

In einem Berliner Dokument heißt es, seit dem Amtsantritt Rohwedders im Oktober 1990 hätten Vertreter der Berliner Polizei mehrfach Sicherheitsgespräche mit dem Treuhandchef geführt, und die Schutzmaßnahmen seien einvernehmlich festgelegt worden.

Meine Damen und Herren, gerade das Antiterrorkonzept 106, das in allen Bundesländern Anwendung finden müßte, lenkt die Aufmerksamkeit der Behörden ganz speziell auf - ich zitiere - "Wochendaufenthalte von besonders gefährdeten Schutzpersonen an ihren Familienwohnsitzen".

Schnoor's Darstellung in der "Westfalen-Post" vom 4. April 1991, der ermordete Topmanager sei "in NRW genauso geschützt worden wie in Berlin", entspricht nicht der Wahrheit.

(B) (Beifall bei der CDU)

Dies bescheinigt Ihnen, Herr Schnoor, sogar die linksalternative "taz", die wahrlich nicht in dem Verdacht steht, besonders CDU-nah zu sein.

Es war nicht das einzige Fehlurteil, das im Düsseldorfer Innenministerium gefällt wurde. Trotz der höheren Gefährdung seit Sommer 1990 wurden bessere Schutzmaßnahmen für nicht notwendig erachtet. In einem internen Vermerk heißt es wörtlich:

Änderung der Sicherheitsmaßnahmen nicht notwendig, da die gleichzeitigen Sicherheitsmaßnahmen für drei weitere gefährdete Personen in der unmittelbaren Umgebung des Wohnhauses Dr. R. als gegenseitige Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen wirken.

Der Innenminister hat sich damit ganz wesentlich auf private Wachmänner verlassen, die ausschließlich die Nachbarhäuser zu schützen hatten.

(C)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

In der Nacht vom 1. auf den 2. April 1991, als die Mörder das Haus Rohwedder ins Visier nahmen, schliefen diese privaten Wachleute, da ihre Auftraggeber im Osterurlaub weilten.

Nicht nur die Familie, sondern auch wir haben große Zweifel an einer Darstellung, daß der Tod von Detlev Karsten Rohwedder ein unabwendbares Ereignis war. Es geht nicht um den hundertprozentigen, sondern es geht um den bestmöglichen Schutz,

(Beifall bei der CDU)

und dieser ist ihm hier in Nordrhein-Westfalen in Kenntnis der Gefährdung nicht zugestanden worden. Diese Kenntnis hatten aber die Verantwortlichen aus dem aktualisierten Gefährdungslagebild des Bundeskriminalamtes nach der Ernennung Rohwedders zum Treuhand-Chef am 20. August 1990.

Wir sind es wirklich leid, Herr Schnoor, wenn Sie die Polizei wieder einmal als Schutzschild für politisches Fehlverhalten mißbrauchen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Genau das tun Sie, Herr Innenminister, wenn Sie unsere Kritik auf die Polizei umlenken. Sie selbst haben anläßlich der letztjährigen landesweiten Vereinigung junger Polizeibeamter gesagt - ich zitiere -:

Der Polizei sollte Kritik erspart bleiben, wenn letztlich nicht die Polizei gemeint ist, sondern der verantwortliche Politiker.

Warum handeln Sie nicht nach den Grundsätzen, die Sie selbst aufgestellt haben?

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte diese Landesregierung gern bei ihrem Wort nehmen, und ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, fragen, wie lange Sie noch an Ihren Worten vom 30. März 1990 festhalten wollen: "Ich stehe zu diesem Innenminister."

(Beifall bei der CDU)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Ihr Zusammenrücken, Herr Rau und Herr Schnoor, ist allerdings verständlich, da Sie beide die Verantwortung für das Versagen der Innenpolitik dieses Landes tragen. Der Ministerpräsident selbst hat einer der verhängnisvollsten Entscheidungen, die die Landesregierung je getroffen hat, seine ausdrückliche Zustimmung gegeben. Ich rede von der Zusammenlegung der RAF-Terroristinnen Adelheid Schulz, Christa Eckes, Sieglinde Hofmann und Ingrid Jakobsmeier im Frühjahr 1989.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, möchten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Vesper beantworten?

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Nein, ich würde gern im Zusammenhang vortragen, Herr Vesper.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber in welchem Zusammenhang? Das ist die Frage!)

- Nun warten Sie doch einmal. Der Bereich der inneren Sicherheit ist sicherlich etwas, was voll in die Verantwortung dieser Landesregierung fällt. Daran sind die meisten Übel in diesem Lande festzumachen.

(B)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Der Punkt ist doch von der Tagesordnung abgesetzt worden!)

Am 1. Februar 1989 traten Straf- und Untersuchungsgefangene der terroristischen Rote-Armee-Fraktion in einen planvoll organisierten Hungerstreik, um ihre Zusammenlegung in Großgruppen zu erzwingen. Aus den Erklärungen der Inhaftierten ging eindeutig hervor, daß der Hungerstreik und die Forderung nach Zusammenlegung dazu dienten, den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat zu erpressen und ihm günstigere Voraussetzungen für die Fortsetzung des Kampfes der RAF gegen den Staat abzutrotzen.

(Beifall bei der CDU)

Während die CDU nicht bereit war, sich diesem Erpressungsversuch zu beugen, ging die SPD vor den Forderungen der terroristischen Gewalttäter in die Knie und kündigte den demokratischen Grundkonsens auf.

(C)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Haben Sie zum Haushalt nichts zu sagen, Herr Linssen?)

SPD-Justizminister Krumm, der noch Anfang April 1989 erklärt hatte, das Verlangen auf Zusammenlegung sei grundsätzlich abzulehnen - so in der "Frankfurter Allgemeinen" vom 13.04.1989 -, wurde von Ministerpräsident Rau höchstpersönlich eines anderen belehrt und auf ausdrückliche Weisung von Ministerpräsident Rau verpflichtet, die Zusammenlegung inhaftierter RAF-Terroristinnen durchzuführen; so nachzulesen in der "Kölnischen Rundschau" vom 10.06.1989 und in der "Welt" vom 18.04.1989.

Die Landesregierung hat damit nicht nur das Rechtsgefühl aller Bürger verletzt, sondern auch einen einstimmigen, also auch mit den Stimmen der SPD gefaßten Beschluß des Landtags mißachtet. In einer gemeinsamen Entschließung hatten alle Fraktionen des Landtags am 26. April 1989 eine Zusammenlegung terroristischer Gewalttäter im Grundsatz abgelehnt. Über diesen Beschluß setzte sich die Landesregierung mit der Zusammenlegung von vier Terroristinnen in Köln-Ossendorf nur wenige Tage später hinweg.

(D)

Bereits im letzten Jahr hat man bei den vier Terroristinnen verschlüsselte Nachrichten, sogenannte Kassiber, gefunden. Schon damals benutzten die Terroristinnen offensichtlich die ihnen gewährten Vergünstigungen zur Mithilfe bei weiteren kriminellen Taten ihrer Sympathisanten. Schon damals - das ist immer die Meinung der CDU gewesen, und wir lassen es uns nicht verbieten, das immer zu wiederholen - hätte die für den Schutz verantwortliche Justiz die Zusammenlegung der vier Unverbesserlichen rückgängig machen müssen.

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Das geschah aber im Einvernehmen mit Bonn. Das ist die Unwahrheit, was Sie erzählen!)

Noch unverständlicher ist, daß der Justizminister dieses Landes auch auf den jüngsten Fund von verschlüsselten Schriftstücken in der Kölner Haftanstalt bisher nicht reagiert hat. Er zeigt sich - so wörtlich - lediglich "enttäuscht über das Verhalten der vier einsitzenden RAF-Täterinnen" und erklärt gleichzei-

(A) (Dr. Linssen [CDU])

tig, daß es zur Zeit keine Fakten gebe, die die Aufhebung der Zusammenführung rechtfertigen würden.

Dem braven Bundesbürger muß bei einer derartigen Uneinsichtigkeit und einer für uns alle lebensgefährlichen Inkonsistenz die Zornesröte ins Gesicht steigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Namens der CDU-Landtagsfraktion fordere ich die SPD-Landesregierung heute noch einmal auf, mit Kniefällen vor Terroristen endlich Schluß zu machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Kommen Sie zur Vernunft und machen Sie die verhängnisvolle Zusammenlegung von Terroristinnen rückgängig!

Machen Sie Schluß mit den philosophischen Betrachtungen über das Wohnrecht von Terroristen! Seit Juli 1988 lagen dem Verfassungsminister über zahlreiche Bewohner der in der Düsseldorfer Kiefernstraße gemeldeten Personen Erkenntnisse vor. Bereits damals war dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz bekannt, daß allein zehn von ihnen zum engeren Umkreis der Rote-Armee-Fraktion gehörten.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, wollen Sie jetzt eine Zwischenfrage des Kollegen Appel zulassen?

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Nein. - Dennoch ging Herr Schnoor damals nicht dagegen vor. Denn - so der Verfassungsminister -: "Selbst ein Terrorist hat ein Wohnrecht".

Ein Rechtsstaat, meine Damen und Herren, der sich gegen die Bedrohung der inneren Sicherheit durch Gewalt und Verbrechen nicht entschlossen genug zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher nicht konsequent genug verfolgt und bestraft, verspielt die Freiheit seiner Bürger, verliert ihr Vertrauen und stellt sich damit selbst in Frage.

(Beifall bei der CDU)

(C)

"In der Demokratie sollte sich der volle Schutz der Minoritäten nicht auf jene erstrecken, die das Gesetz verletzen, und insbesondere nicht auf jene, die andere zur gewaltsamen Abschaffung der Demokratie anstiften", so Karl Popper.

Jedem Versuch, das Gewaltmonopol des Staates auszuhöhlen, Gewalt und Rechtsbruch juristisch, ideologisch oder ethisch-moralisch zu rechtfertigen, muß eine entschiedene und eindeutige Absage erteilt werden. Hier ist der Konsens aller Demokraten gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Eine Regierung, die hier wankelmütig ist, die nicht willens oder in der Lage ist, Straftaten energisch zu bekämpfen, die Straftaten ungesühnt läßt und rechtsfreie Räume - wie damals in der Kiefernstraße - duldet, verliert nicht nur das Vertrauen in die Solidarität ihrer Bürger. Sie ist zudem unsozial und undemokratisch, denn sie verrät die Schwachen, sie verrät diejenigen, die sich rechtstreu verhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landesregierung hat über Jahre hinweg innenpolitisch eine "Vogel-Strauß-Politik" betrieben, die zu einer schwerwiegenden Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes geführt hat. Solange sich diese Landesregierung schwach zeigt und zuläßt, daß das staatliche Gewaltmonopol ausgehöhlt wird, so lange bietet dieses Land auch einen Nährboden für Gewalt.

(D)

Die zunehmende Kriminalitätsentwicklung in unserem Land ist nur die logische Konsequenz dieser Politik der inneren Unsicherheit.

So hat sich die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten in den letzten zwanzig Jahren nahezu verdoppelt. Allein im letzten Jahr gab es über 1,2 Millionen Straftaten. Statistisch gesehen werden in Nordrhein-Westfalen täglich 23 Raubüberfälle, 51 gefährliche Körperverletzungen, 2 160 Diebstähle und 148 Wohnungseinbrüche verübt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Und Sie können die alle verhindern, Herr Dr. Linssen?)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Dabei ist noch von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

- Herr Dr. Vesper, hören Sie gut zu, ich komme auch zu Ihrem Einwand.

Kriminologen schätzen, daß generell jede fünfte Straftat Opfer im Alter von über 60 Jahren trifft. Das wären in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr mindestens 240 000 Straftaten an unseren älteren Mitbürgern.

Die Senioren, die sich nicht mehr auf die Straße wagen,

(Oh-Rufe bei der SPD)

- meine Damen und Herren, Sie kennen doch in Ihrer Nachbarschaft solche Fälle -

(Beifall bei der CDU)

der Bürger, der sich in der eigenen Wohnung fürchten muß, die Frau, die sich nicht mehr in die S-Bahn traut,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

(B) sie alle sind Ankläger einer verfehlten Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Herr Vesper, hören Sie nun gut zu: Kriminalität gibt es in jeder Gesellschaft. Kein Gesetzgeber kann Verbrechen völlig verhindern.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Wie kommen Sie denn jetzt ausgerechnet darauf?)

Aber er kann und muß Rahmendaten setzen. "Verbrechen darf sich nicht lohnen", auf diesem Leitsatz fußt unser ganzes Rechtssystem!

(Beifall bei der CDU)

Die Gefährdung des Rechtsstaates in Nordrhein-Westfalen hat natürlich die Regierung und damit die SPD zu verantworten; denn hier betreibt die SPD eine Strategie der Verniedlichung von Rechtsbrüchen - ich erinnere beispielsweise an den berühmten Eierdieb-Erlaß, den kennen wir alle, über den haben wir hier

(C)

doch alle diskutiert -, und sie betreibt eine Strategie des ungerechtfertigten Zurückweichens vor Gewalt. Ich erinnere nur an die Kiefernstraße und an den Fall Gladbeck.

Der Verlauf und das tragische Ende des Gladbecker Geiseldramas haben uns auf erschreckende Art und Weise vor Augen geführt, daß die Landesregierung mit ihrer vorgeblich liberalen und sozialen Polizeiphilosophie kläglich gescheitert ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, tun Sie doch nicht so, als ob es in Ihren eigenen Reihen nicht heftige Diskussionen darüber gäbe, ob das alles richtig ist, was der Innenminister macht. Aber die Landesregierung bleibt offensichtlich ihrer Leitlinie treu: Politik ohne Konsequenzen, Bekenntnisse zur politischen Verantwortung ohne Folgen, nichts als leere Versprechungen und Ablenkungsmanöver von der eigenen Verantwortung.

Neuen Verbrechensformen wie der Organisierten Kriminalität - hier vor allen Dingen der Rauschgiftkriminalität - steht die Landesregierung weitgehend hilflos gegenüber. Das internationale Verbrechen macht mit Drogen Milliardenumsätze. Der Drogenmißbrauch breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür. Seit Jahren rollt eine ungeheure Drogenwelle über uns hinweg. Die Zahl der Drogentoten klettert jährlich auf neue Rekordmarken. Sie stieg in Nordrhein-Westfalen von 110 im Jahr 1987 auf 364 im Jahre 1990, also um rund 330 % innerhalb von drei Jahren.

(D)

Die Straftaten, die durch Rauschgiftabhängige begangen werden, weisen Steigerungsraten bis zu 400 % auf, ohne daß sich die Landesregierung in der Lage sieht, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen - dies, obwohl Rauschgiftkriminalität zur unmittelbaren Vernichtung von Menschenleben führt. Jeder neue Drogentote ist aufs neue ein schrecklicher Beweis. Drogenabhängigkeit und Drogentod vernichten Existenzen, zerstören Familien und bringen unendlich viel Leid über uns alle. Jeder Drogenhändler, meine Damen und Herren, ist ein potentieller Mörder!

(Beifall bei der CDU)

Eine Landesregierung, die Kriminalität mehr verwaltet als bekämpft, manipuliert am Bewußtsein des

(A) (Dr. Linssen [CDU])

rechtstreuen Bürgers. Dieser vermag nicht mehr einzusehen, warum er auch für jeden noch so kleinen Regelverstoß zur Rechenschaft gezogen werden soll, während Großverbrecher ihrem Treiben offenbar ungehindert nachgehen können. Es ist kein Wunder, daß die Normakzeptanz zusehends schwindet. Wir müssen den Eindruck vermeiden, als sei die Einhaltung der bestehenden Rechtsordnung vielleicht sogar in das Belieben des Bürgers gestellt.

Die Einhaltung der bestehenden Rechtsordnung ist aber nicht nur eine Aufgabe des Bürgers, sondern vor allem und vordringlich auch eine Aufgabe der Landesregierung. Wie kann eine Landesregierung von dem Bürger die Einhaltung von Recht und Gesetz verlangen, wenn sie es selbst mißachtet?

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will dafür ein Beispiel nennen.

Die Behandlung der Sinti und Roma ist hierfür symptomatisch. Wir haben darüber oft hier im Landtag gesprochen. Obwohl das Gesetz die unverzügliche Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber vorschreibt, geht der Verfassungsminister dieses Landes hin und - ich bleibe bei der immer wieder zitierten Äußerung - beugt das Gesetz, indem er Tausenden von Sinti und Roma, die eigentlich abgeschoben werden müßten, einen rechtswidrigen Sonderstatus einräumt.

(Zustimmung bei der CDU)

Erst unter dem massiven Druck der CDU und der Bürger dieses Landes bequeme sich die SPD zu einer Umkehr. Ihre damals verkündete Absicht, die abgelehnten Sinti und Roma auf Kosten des Steuerzahlers im Rahmen eines millionenschweren Sonderprogramms nach Jugoslawien zurückzuführen, hat sie aber bis heute nicht verwirklicht. Statt dessen wurde der Aufenthaltsstatus dreimal verlängert.

Warum sollen die Bürger dieses Landes den Versprechungen dieser Landesregierung noch trauen? Die Gemeinden dieses Landes, also die Steuerzahler, tragen die Kosten dieses andauernden politischen Versagens, bis heute über 100 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Mit dieser Politik des ständigen Asylmißbrauchs - das ist in diesem Falle nachzuweisen - überfordert die SPD-Landesregierung die Aufnahmebereitschaft der gutwilligsten Bürger und die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wir können es uns einfach nicht leisten, Jahr für Jahr Milliarden für Wirtschaftsflüchtlinge auszugeben.

Das Recht auf Asyl ist auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht als Mittel einer unkontrollierten Einwanderung dienen. Nordrhein-Westfalen als das dichtestbesiedelte Bundesland will und kann kein Einwanderungsland sein. Meine Damen und Herren von der SPD, da sind Sie mit uns doch wohl einer Meinung. Warum ziehen Sie nicht die Konsequenzen? Warum begreifen Sie nicht, daß wir in unserem Land nicht das ganze Elend dieser Welt lösen können?

Wir brauchen dringend eine Ergänzung des Grundgesetzes, die es ermöglicht, Wirtschaftsflüchtlinge bereits an der Grenze zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Wir brauchen beides: Wir brauchen eine Ergänzung des Grundgesetzes und eine sinnvolle Entwicklungspolitik in den Flüchtlingsländern in Form einer Hilfe zur Selbsthilfe. Die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung vom September letzten Jahres hat hierfür den Weg gewiesen. Die rasche Hilfe für die Kurden im Irak, im Iran und der Türkei seitens der Bundesregierung zeigt, daß diese Konzeption richtig ist.

Ihre Methode allerdings, meine Damen und Herren von der SPD, nämlich Flüchtlinge - wie im Fall der Sinti und Roma geschehen - erst ins Land zu locken, sie hier an unsere Lebensverhältnisse zu gewöhnen

(Zurufe von der SPD)

- natürlich: indem Sie sie hier gehalten haben, sind doch viele nachgekommen; das wissen Sie doch selber -

(Zurufe von der SPD)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

und in ihnen die Hoffnung auf einen dauernden Verbleib zu wecken, um sie dann letztlich doch als abgelehnte Asylbewerber auf Kosten des Steuerzahlers in ihre Heimat zurückzuführen, empfinden wir Christdemokraten als zutiefst inhuman und unsozial.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD
- Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- Nein, für die Kurden selbstverständlich. Auch wir stehen zur Genfer Flüchtlingskonvention, Herr Innenminister. Das wissen Sie. Da gibt es Sonderrechte, und deshalb bleiben die Kurden auch zu Recht hier. Sie können uns mit solchen Dingen hier nicht auseinanderdividieren.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das können Sie mit der NPD diskutieren!)

In einem Land, meine Damen und Herren, in dem der Asylmißbrauch geduldet und gefördert wird, in einem Land, in dem die Ängste und Sorgen unserer Bürger - und die erfahren Sie auch täglich in Ihren Wahlkreisen - mit Füßen getreten werden, ist der innere Friede gefährdet.

(B) (Abgeordneter Büssow [SPD]: Sie sollen sich schämen!)

Der innere Friede ist aber ein wesentlicher Bestandteil der inneren Sicherheit.

(Zuruf von der SPD: Kommen Sie auch aus Nordrhein-Westfalen?)

In unserem Land ist der innere Friede gefährdet, die innere Sicherheit nicht mehr ausreichend gewährleistet.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber morgen früh in die Morgenandacht! - Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Schuld liegt nicht bei der Polizei, damit das auch ein für allemal klar ist, weil das ja immer die Legendenbildung des Innenministers ist. Unsere Polizeibeamten schützen tagtäglich in schwierigen Situationen Leben, Gesundheit und Freiheit unserer Bürger. Dafür will ich ihnen an dieser Stelle sehr herzlich danken.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, wie schwer die Aufgabe der Polizei ist und welche große Verantwortung sie für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit trägt. Wir wissen auch, daß sie hierbei von der Landesregierung

(Zuruf von der SPD)

- hören Sie gut zu, weil das in den Haushaltsberatungen immer eine große Rolle gespielt hat - im Stich gelassen wird, wenn diese sich beharrlich weigert, ihr die personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung dringend benötigt.

(Beifall bei der CDU)

Nach Angaben der Polizeigewerkschaft und dem Eingeständnis des Innenministers fehlen bereits heute mehr als 7 500 Polizisten. Wenn demnächst die Grenzen fallen, werden wir einen noch größeren Fehlbestand haben. Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Millionen von Überstunden müssen geleistet werden. Der Innenminister setzt unsere Polizei auf diese Weise unter einen enormen Leistungsdruck. Unsere Forderung nach einer angemessenen Verstärkung der Polizei stößt bei der SPD seit Jahren auf taube Ohren. Wie in den Jahren zuvor hat die SPD-Landtagsfraktion auch in diesem Jahr unsere Anträge für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei abgelehnt.

(D)

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch einmal an, welche Konsequenzen das in Ihren Wahlkreisen hat. Ich habe das gestern noch bei einer Veranstaltung in meinem Wahlkreis Kleve gemacht. Dort werden die Polizeistationen Kalkar und Kevelaer geschlossen. Glauben Sie vielleicht, daß das einem Mehr der inneren Sicherheit der Bürger dient?

(Beifall bei der CDU)

Und das in einem Grenzkreis mit einer der längsten Grenzen nach Holland mit Drogengefährdung, wie sie schlimmer nicht sein kann - das sind alles Folgen dieser mangelnden materiellen und personellen Ausstattung der Polizei.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Es fehlt eine Mauer!)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Für einen erfolgreichen Kampf gegen Gewalt und Verbrechen brauchen wir aber nicht nur mehr Polizisten und eine bessere Ausstattung, sondern wir brauchen vor allem auch intelligentere Bekämpfungsstrategien und Konzepte.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Und eine intelligentere Opposition!)

Hierzu ist es erforderlich, daß die Polizei täterbezogen und verdeckt und vor allem schon im Vorfeld ermittelt, um an die Drahtzieher und Hintermänner des modernen Verbrechertums und des Terrorismus heranzukommen. Was wir heute aufgrund fehlender Polizisten nicht rigoros stoppen können, wird morgen nicht mehr aufzuhalten sein.

(Beifall bei der CDU)

Waffengleichheit mit den Verbrechern setzt flächendeckende Schwerpunktstaatsanwaltschaften im gesamten Land, polizeiliche Spezialdienststellen mit Spezialisten wie Betriebswirten, Wirtschaftswissenschaftlern, Computer- und Umweltingenieuren voraus.

(B)

Wem Sicherheit und Zukunft unserer Bürger am Herzen liegen, für den bedeutet Kriminalitätsbekämpfung aber auch Kriminalitätsverhütung, sogenannte Prävention. Und dies hat Weiterungen bis hinein in die Bereiche der Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Jugendpolitik und der Politik für unsere älteren Mitbürger. Auch auf diesen Gebieten muß eine Kurskorrektur in Nordrhein-Westfalen erfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Wie schon Montesquieu 1748 im "Geist der Gesetze" ausgeführt hat, ist eine Gesellschaft "auf die ganze Stärke der Erziehung angewiesen ...". Nirgends können die sittlichen und sozialen Grundwerte einer Gesellschaft, die für die Wahrung des Rechtsstaates unerläßlich sind, besser vermittelt werden als innerhalb der Familie, als innerhalb einer familiär gesinnten Gesellschaft, in der auch der Alleinlebende sich auf das partnerschaftliche Miteinander und Füreinander der Generationen verlassen kann.

Nirgends lassen sich Werte, die in der Religion, der Ethik, der Moral und der Humanität wurzeln, besser verinnerlichen und erfahren als in der Familie, zu der Kinder und Großeltern gehören. Die Ausbildung und

(C)

der Erwerb eines demokratischen rechtsstaatlichen Bewußtseins müssen vom Kindesalter an vollzogen werden. Kinder sind unsere Zukunft. Sie gehören wieder in die Mitte unserer politischen Bemühungen.

(Beifall bei der CDU)

Die älteren Menschen, meine Damen und Herren, sind unsere Mütter- und Väter-Generation. Ihnen gebühren Dank und Anerkennung für ihre Lebensleistung, und wir tragen Verantwortung für ihre soziale Sicherheit.

(Beifall bei der CDU)

Der Familienpolitik der CDU-geführten Bundesregierung gebührt hohes Lob, meine Damen und Herren, denn sie hat in wenigen Jahren das geschafft, wovon die SPD bundesweit in 13 Regierungsjahren nur geredet hat, nämlich die Anerkennung der Erziehungsleistung durch ein Erziehungsgeld, die Einführung eines Erziehungsurlaubs und die Anerkennung der Jahre der Kindererziehung für die Rente.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Berger [SPD]: Und den Anstieg der Armut in Deutschland!)

(D)

Wir brauchen auch für das Land Nordrhein-Westfalen eine Familienpolitik, die Familienarbeit würdigt, eine Politik, die auch sozial schwache Familien gezielt fördert, um zu verhindern, daß junge Menschen auf ein falsches Gleis geraten.

Wir brauchen mehr Wohnungen für Familien und mehr Wohnungen für unsere älteren Mitbürger, in denen sie sicher sind. Wir wollen den Mehrgenerationen-Wohnungsbau, der Unabhängigkeit garantiert, aber zugleich das partnerschaftliche Zusammenleben von Jung und Alt ermöglicht. Wir brauchen für unsere Senioren besonders zentral gelegene, citynahe integrierte Wohnangebote, die einen Wohnungswechsel auch bei Schwerstpflegebedürftigkeit erübrigen.

(Beifall bei CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben der Landesregierung mit unserem Antrag "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" den Weg gezeigt, wie es möglich ist, 50 000 neue Wohneinheiten jährlich neu zu schaffen. Sie von der SPD igno-

(A) (Dr. Linssen [CDU])

rieren offensichtlich die soziale Not vieler tausend Menschen in Nordrhein-Westfalen, die auf Wohnungssuche sind. Unserem Antrag sind Sie nicht gefolgt, neue Akzente wollen Sie nicht setzen, und für neue Finanzierungssysteme sind Sie nicht zugänglich.

Ihre altenfeindliche Politik zeigt sich auch in Ihrer Weigerung, die Förderung der Sozialstationen zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hat die von der CDU geforderte zusätzliche Einstellung von 2 000 Fachkräften abgelehnt.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: So sind Sie!)

Sozialstationen dienen nicht nur der besseren Versorgung unserer älteren Mitbürger, sondern auch dazu, daß jemand nach dem rechten sieht.

In Nordrhein-Westfalen existieren gerade 166 Tages- und Kurzzeitpflegplätze für 587 000 Menschen über 80 Jahre. Diese - ich kann es nur so sagen - Mißachtung der Würde und pfleglichen Behandlung unserer Senioren halten wir für einen Skandal.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hält einen Ausbau von insgesamt 11 000 Plätzen in den nächsten vier Jahren für erforderlich. Wir haben die Finanzierungswege hierfür aufgezeigt. Um so unverständlicher ist uns die ablehnende Haltung der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Erforderlich ist auch eine soziale Absicherung von Frauen und Männern, die auf Erwerbstätigkeit verzichten, um Kinder zu erziehen. Auch in Nordrhein-Westfalen brauchen wir ein Landeserziehungsgeld, meine Damen und Herren. Wir tragen das seit Jahren vor

(Beifall bei der CDU)

und stoßen immer wieder auf taube Ohren. Wir appellieren an Sie: Schaffen Sie dieses Landeserziehungsgeld, damit wir, nachdem die Bundesregierung

(C)

ihren Beitrag erhöht hat, auch von hier aus einen Beitrag in Höhe von einem halben Jahr leisten.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir benötigen wesentlich mehr Teilzeitarbeitsplätze, damit Familie und Beruf sinnvoll miteinander verbunden werden können. Hier sind Gewerkschaften und Unternehmer zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit gefordert, aber hier muß auch der öffentliche Dienst mit neuen Arbeitsmodellen vorangehen.

Wir brauchen vor allem mehr Kindergartenplätze.

(Beifall bei der CDU)

Nach den neuesten Aussagen der SPD - ich freue mich ja, daß Sie sich etwas bewegt haben - sollen mit den vorhandenen Mitteln 27 000 Plätze geschaffen werden. Wir gehen davon aus, daß mindestens 30 000 neue Plätze pro Jahr geschaffen werden müssen - allerdings, meine Damen und Herren, nicht mit dem großen Kindergarten-Bluff, den die SPD in diesem Lande inszeniert,

(Beifall bei der CDU)

indem sie nämlich ihr Versprechen, in den nächsten Jahren 100 000 Kindergartenplätze zu finanzieren, von anderen bezahlen lassen will, nämlich von den Gemeinden und von den Eltern.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Mit Ihrem Entwurf eines neues Kindergartengesetzes, meine Damen und Herren von der SPD, starten Sie einen neuen Raubzug durch die Gemeindekassen,

(Beifall bei der CDU)

und das alles, nachdem Sie die Kommunen seit 1982 um Milliarden gebracht haben, die ihnen eigentlich nach dem ihnen damals zustehenden Schlüssel zugestanden hätten.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, übertragen die politische und finanzielle Verantwortung für einen bedarfsgerechten Ausbau des Platzangebots

(A) (Dr. Linssen [CDU])

praktisch voll auf die Städte. Der Protest der Kommunen wird unmittelbar kommen.

Nach dem Gesetzentwurf der SPD soll Nordrhein-Westfalen außerdem zum teuersten Kindergartenland der Bundesrepublik gemacht werden.

(Minister Heinemann: Das ist nicht wahr!)

Bluten müssen vor allem die Trägerschaften, denen keine eigenen Steuermittel zur Verfügung stehen. Ich nenne die Arbeiterwohlfahrt; ich nenne das Deutsche Rote Kreuz; ich nenne den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband; ich nenne auch alle privaten Initiativen.

(Beifall bei der CDU)

Deren gewachsene Strukturen werden zerschlagen. Von den erhöhten Beitragssätzen betroffen sind vor allem jene Frauen und Mütter, die Arbeit brauchen oder wollen und auf Ganztagsplätze angewiesen sind.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU] - Abgeordnete Berger [SPD]: Wer zahlt denn erhöhte Beiträge?)

(B)

Neben der Familie und dem Kindergarten sind Schule und Hochschule die Orte, in denen die Weichen für die charakterliche Weiterbildung unserer Kinder und Jugendlichen gestellt werden. Familie, Kindergarten, Schule und Hochschule müssen gemeinsam Lebenskunde betreiben.

Die Schule soll zwar auch Begabungen und Neigungen entdecken und individuelle Anlagen des Kindes fördern, aber sie darf keine bloße "Wissensvermittlungsanstalt" werden. Einer ausschließlichen "Verkopfung" und "Vergeistigung" unserer Kinder setzen wir Pestalozzis "Einheit von Kopf, Herz und Hand" entgegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Schule muß vorbereiten auf den späteren Beruf, aber auch auf die Mitarbeit im demokratischen Gemeinwesen. Bildung ohne Erziehung ist nicht möglich. Werteorientierte Erziehung schützt vor Verführbarkeit, vor Drogen, vor dem Abrutschen in Kriminalität.

(C)

Wir von der CDU wollen die Erziehung in unseren Schulen stärken. Wir wollen eine wertorientierte Erziehung. Wir wollen eine Erziehung, die sich an unseren christlichen Glauben und an den Erziehungszielen unserer Landesverfassung orientiert. Eine Schule, die unter chronischem Lehrermangel und massivem Unterrichtsausfall leidet, kann ihrem Erziehungsauftrag nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Die von der Landesregierung geplanten Neueinstellungen reichen auch mit den von der SPD beantragten 576 Stellen nicht einmal aus, um den von Ihnen, Herr Schwier, selbst festgestellten Mindestbedarf von 3 780 Lehrern abzudecken. Damit können Sie unseren Kindern in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal den gesetzlich zustehenden Unterricht garantieren.

Dies muß sich schleunigst ändern. Wir haben beantragt, insgesamt 5 624 Lehrerstellen einzurichten, um diesen Mißstand zu beheben; denn Investitionen für die Erziehung und Bildung unserer Kinder sind unschätzbare Investitionen für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Angesichts der drohenden bildungspolitischen Verhältnisse müssen wir ernsthaft um die Ausbildungsqualität unserer Kinder und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes fürchten. Wir von der CDU tun das ja nicht allein; das hat Ihnen Ihr Kollege von der SPD, Herr Radtke, in diesen Tagen aber so richtig ins Stammbuch geschrieben! Wir können uns dem nur vollinhaltlich anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Auch in der Schulpolitik, meine Damen und Herren, setzt diese Landesregierung die falschen Prioritäten, verspielt sie die Zukunft unseres Landes.

Die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes wird auch durch die unverantwortliche Schuldenpolitik der Landesregierung belastet, unter der noch unsere Enkel und Urenkel zu leiden haben werden. Trotz ständig steigender Steuermehreinnahmen in den letzten Jahren waren Sie von der SPD nicht in der Lage, das Schuldenproblem auch nur annähernd in den Griff zu bekommen.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Die Schulden wachsen uns über den Kopf. Ende 1991 werden wir nach dem Willen der SPD über 111 Milliarden DM Schulden haben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Schlimm!)

Allein für die Zinsen sind Jahr für Jahr über 7 Milliarden DM zu zahlen; das bedeutet: 20 Millionen DM an Zinsen täglich. Stunde für Stunde muß Nordrhein-Westfalen über 800 000 DM Zinsen bei den Banken abliefern. Die Zinsen binden rund 14 % der Steuereinnahmen dieses Landes. Allein mit der Zinsschuld von einem Tag könnten wir 500 Polizisten und 300 Lehrer einstellen und ein Jahr lang bezahlen, wären wir in der Lage, 4 000 zusätzliche Kindergartenplätze einzurichten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das muß man sich einmal vorstellen, Herr Rau!)

Wenn Sie von der SPD schon nicht mit Geld umgehen können, warum haben Sie dann nicht unser Sparkonzept akzeptiert, Herr Ministerpräsident?

(Minister Schleußer: Weil wir das bessere Konzept haben!)

(B) - Nein, offensichtlich nicht.

(Minister Schleußer: Natürlich!)

- Nein! Sie machen mehr Neuverschuldung, als wir je geplant haben, Herr Finanzminister!

(Erneuter Zuruf des Ministers Schleußer)

Mit unserem Sparkonzept, Herr Minister Schleußer, haben wir Ihr unverantwortliches Gerede, die Kosten für die deutsche Einheit würden zu massiven Einschnitten in die wichtigsten Bereiche der Politik führen, als den untauglichen Versuch der SPD entlarvt, von ihrer politischen Gestaltungsunfähigkeit abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns einmal in Erinnerung rufen, daß wir einen Haushalt mit einer Steigerungsrate von 6,9 % vorgelegt bekamen, daß es möglich war, ihn abzuspecken, als wir 1,4 Milliarden DM für das gemeinsame Aufbauwerk im Osten

(C)

abgeben mußten und wollten. Warum ist es nur unter solchen Extremsituationen möglich, das zu tun? Warum ist es nicht möglich, das aufgrund eigener Gestaltungsfähigkeit von Regierenden zu bewerkstelligen?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Genau so ist es!)

Wir haben 4,4 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen für das kommende Jahr geplant. Wir geben davon 1,4 Milliarden DM ab, haben immer noch fast 3 Milliarden DM Steuermehreinnahmen. Wir haben eine Steigerung des Haushalts von 5,4 %. Es gibt Kommunen im Lande, die sich die Finger danach lecken, niemals eine solche Steigerungsrate überhaupt zu erreichen. Und Sie sagen als einziges, Herr Finanzminister: Wir sehen uns außerstande, bei den festgelegten Etatpositionen mit einer geringeren Steigerungsrate auszukommen. Mangelnder politischer Gestaltungswille dieser Regierung!

(Beifall bei der CDU)

Mit unserem Konzept haben wir Ihnen aufgezeigt, wie man trotz Kosten für die deutsche Einheit - man muß ja besser sagen: Investitionen in die deutsche Einheit - bei richtiger Prioritätensetzung die Sicherheit und Zukunft unseres Landes gewährleisten und gleichzeitig die Schulden um 1,15 Milliarden DM zurückführen kann. Die SPD verschließt sich unseren Vorschlägen, sie folgt nicht dem Pfad der Vernunft; sie setzt die innere Sicherheit und den inneren Frieden unseres Landes aufs Spiel.

(D)

Es ist das feste Ziel unserer Arbeit in den nächsten Jahren, den Bürgern unseres Landes bewußt zu machen, daß ihre Sicherheit und ihre Zukunft bei der CDU in besseren Händen sind;

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

denn Ihnen, Herr Ministerpräsident Rau, trauen immer weniger Leute zu, daß Sie die von Ihnen selbst in Berlin hierfür eingeforderte Kraft, Energie und den Einsatz aufbringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Abgeordneter Helliwig [SPD]: Das war ein Linssen-Gericht!)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Professor Dr. Farthmann das Wort.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat es für richtig gehalten, an den Anfang seiner Ausführungen zum Landeshaushalt Bemerkungen über den Mord an Karsten Detlev Rohwedder zu stellen. Ich kann und muß Ihnen mitteilen, Herr Linssen - und das ist noch nie in diesem Landtag der Fall gewesen, glaube ich, noch nicht ein einziges Mal -, daß ich auch von den Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. und der GRÜNEN beauftragt bin, hier zu sagen, wie betroffen alle anderen Parteien darüber sind, in welcher Weise Sie sich über unsere gestrige Absprache hinweggesetzt und sie mißbraucht haben.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und GRÜNEN)

Die verschiedenen Anträge, die dazu vorlagen, sind doch nicht deswegen zurückgezogen worden, damit Sie dieses Thema hier unter anderem Etikett genauso abfrühstücken können, wie Sie das sonst getan hätten!

(Beifall bei der SPD)

(B)

Das ist ein Mißbrauch dieser Vereinbarung und zeigt mir zweierlei, Herr Linssen: Einmal, daß wir uns ernsthaft fragen müssen, was Absprachen mit Ihnen überhaupt noch für einen Wert haben,

(Beifall bei SPD, F.D.P. und GRÜNEN)

was es überhaupt noch für einen Sinn hat, daß wir gestern anderthalb Stunden zusammengesessen haben. Wir haben uns darüber verständigt, daß wir aus übergeordneten Gründen auf polemische Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Terroristenanschlag verzichten wollten. Ich frage mich, was das alles noch für einen Sinn hat, wenn wir das erleben müssen, was Sie hier getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Als Zweites ergibt sich für mich daraus, daß die CDU nicht darauf verzichten will, den Mord an Rohwedder für parteipolitische Auseinandersetzungen auszunutzen.

(C)

(Zustimmung bei der SPD und den GRÜNEN)

Es tut mir herzlich leid, daß ich Ihnen das sagen muß.

Herr Linssen. Sie haben auch noch die Frage der inhaftierten RAF-Mitglieder angesprochen. Entweder tun Sie das wider besseren Wissens, oder Ihnen fehlt jede Sensibilität.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: So ist das!)

Erstens: Was die damalige Frage der Zusammenlegung betraf, haben Sie gesagt: "Die Landesregierung ist vor der RAF in die Knie gegangen"; ich glaube, das war wörtlich Ihre Formulierung. Sie wissen, wie ich darüber gedacht habe. Wir haben damals darüber gesprochen. Deshalb wissen Sie ganz genau, daß es um eine völlig andere Alternative ging. Es ging um die Alternative, ob man durch das Anbieten einer Chance an diese Strafgefangenen unter Umständen Einsicht und Umkehr würde erreichen können.

Wenn Sie selbst diese Alternative einseitig der Landesregierung anlasten wollten, da sich jetzt herausgestellt hat, daß die Erwartungen nicht eingetreten sind - ich habe diese Bedenken immer gehabt, ich habe da gar nichts zu verbergen, ich habe auch gar nichts zu korrigieren -, müssen Sie wissen, daß die Anregung damals von dem Staatssekretär im Justizministerium, Kinkel, ausging, der heute der Bundesjustizminister ist, und daß dies eine Überlegung war, die breit durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien hindurchging.

(D)

Dies jetzt als ein billiges Einknicken oder Umkippen der Landesregierung darzustellen, ist schlechthin absurd.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gleiche, Herr Linssen, gilt für Ihre Einschätzung der jetzigen Situation. Ich dachte, Sie hätten gewußt - es ist Ihnen ja auch mitgeteilt worden, entweder haben Sie es nicht begriffen oder nicht begreifen wollen -, daß im Augenblick in der Öffentlichkeit darüber nicht gesprochen werden soll, daß das eine Absprache mit dem Bundesinnenminister und mit dem Bundesjustizminister ist. Der Justizminister unseres Landes handelt in dieser Frage in absoluter Absprache mit den entsprechenden Kollegen vom Bund.

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Hört, hört!)

Ich muß hier in aller Deutlichkeit und Öffentlichkeit sagen: Das ist Herrn Linssen auch mitgeteilt worden. Er kann jetzt nicht behaupten, er hätte das nicht gewußt. Das trotzdem hier für parteipolitische Polemik auszunutzen, ist im Grunde unglaublich!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich sehe auch den künftigen Auseinandersetzungen zu anderen Fragen in diesem Landtag skeptisch entgegen, wenn wir uns künftig nach Absprachen nicht mehr darauf verlassen können, daß sich daran auch gehalten wird. Ich weiß nicht, wie sich der Stil hier weiterentwickeln wird. In den letzten Monaten habe ich es hier mehrfach zu spüren vermeint, daß man sich auf Absprachen oder Aussagen nicht verlassen kann. Das ist heute nach der so eindeutigen Absprache im Fall Rohwedder wieder der Fall. Herr Linssen hat sich in so eindeutiger, unzweifelhafter Weise darüber hinweggesetzt, daß ich entsetzt und persönlich enttäuscht bin.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Meine Damen und Herren! Nun zur Beratung des Landeshaushalts: Die Verabschiedung des diesjährigen Landeshaushalts findet unter dramatischen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Umständen statt.

Um Wirtschaft, Verwaltung und Infrastruktur in der ehemaligen DDR wieder in Gang zu bringen, haben die fünf neuen Bundesländer einen unabweisbaren Finanzbedarf von vielen hundert Milliarden DM. Ich sage in aller Deutlichkeit: Diese Forderung kann niemanden verwundern, der das Erbe der SED-Kommandowirtschaft realistisch abgeschätzt hat.

Bereits am 22. März 1990 - hören Sie gut zu - hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, das ja weit davon entfernt ist, unser Sprachrohr zu sein, eine erste Schätzung des zur Modernisierung und Sanierung von Infrastruktur und Umwelt notwendigen Finanzbedarfs in der damaligen DDR vorgelegt. Bereits vor einem Jahr hat dieses Institut den Betrag von 680 Milliarden DM für erforderlich gehalten, um die Energieversorgung, das Telefonnetz, die Wohnungen, die Verkehrsinfrastruktur und die Kanalisation auf den neuesten Stand zu bringen.

(C)

Ich habe diesen Betrag von 680 Milliarden DM und deren Quelle hier im Landtag in einer Plenarsitzung wie der heutigen, und zwar am 13. Juli 1990, genannt. Der Finanzbedarf war also genauestens bekannt. Das ist damals alles abgewiegt und beschönigt worden. Steuererhöhungen wären - das hätte damals schon jeder wissen müssen - der einzig seriöse Weg gewesen, diese Milliardenbeträge aufzubringen.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl am 2. Dezember hat die Koalition die Leute belogen, daß sich die Balken biegen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Bundeskanzler selbst hat am 15. November 1990 wörtlich gesagt - ich darf mit Zustimmung des Präsidenten zitieren -:

Wenn ich dem Bürger jetzt vor dieser Wahl sage: Wir machen keine Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, dann machen wir keine.

(Zurufe von der SPD)

Kanzleramtsminister Seitz hat am 19. November 1990 gesagt:

(D)

Wir reden vor der Wahl nicht anders als nach der Wahl: Keine Steuererhöhung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit!

Bundesfinanzminister Waigel hat am 15. Dezember 1990 gesagt:

Wir wollen keine Steuererhöhungen, die Gift für die Konjunktur, das wirtschaftliche Wachstum und die notwendigen Investitionen wären.

Jetzt wird dieses Gift eimerweise verschüttet. So ist es doch.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Steuerlüge hat der Bundeskanzler der deutschen Einheit den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen,

(Beifall bei der SPD)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

denn er hat die in den bewegenden Novembertagen des Jahres 1989 immer wieder bekundete Solidarität der Bürger in Westdeutschland für die Bürger in der damaligen DDR eines kurzfristigen Wahlvorteils wegen geopfert.

Nach der Wahl kam dann die große Wende. Zuerst gab Wirtschaftsminister Möllemann am 12. Februar dieses Jahres kleinlaut zu, Oskar Lafontaine habe die Situation doch wohl zutreffender eingeschätzt als die Bundesregierung.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf]
[GRÜNE]: Was ist mit Frau Matthäus-Maier?)

Mit der Vorlage des Steueränderungsgesetzes am 11. März dieses Jahres wurde dann das Desaster aktenkundig. Am 1. Juli werden Steuern und Gebühren zur Finanzierung der deutschen Einheit drastisch um über 46 Milliarden DM erhöht.

Es handelt sich dabei - das ist übrigens auch bezeichnend - ausschließlich um Bundessteuern; die Länder bekommen davon nicht einen Pfennig. Im einzelnen geht es um eine Erhöhung der Mineralölsteuer, Betrag 20 Milliarden DM, einen Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Betrag 22 Milliarden DM, die Erhöhung der Versicherungssteuer um 2,7 Milliarden DM, und die Erhöhung der Tabaksteuer um 1,8 Milliarden DM.

Wie ein Stück aus dem Tollhaus hat sich das Auf und Ab bei den Telefongebühren gestaltet. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz - aber das rettete den Freund dort auch nicht mehr -

(Heiterkeit bei der SPD)

hat die Bundesregierung scheinbar ihre angekündigte Gebührenerhöhung, die auf 25 Pfennig pro Einheit gesetzt werden sollte, zurückgenommen. Gleichzeitig wollte sie dann aber sozusagen stillschweigend von den 20 freien Gebühreneinheiten 10 streichen, was 2,30 DM pro Monat und Anschluß bedeutet und bei den meisten Anschlüssen praktisch auf das gleiche hinauskommt wie die Erhöhung auf 25 Pfennig pro Einheit.

Die Wähler in Rheinland-Pfalz haben diese dreiste Täuschung aber durchschaut. Die CDU hat dafür eine

Quittung bekommen, wie sie drastischer nicht ausfallen konnte.

(Beifall bei der SPD)

Das war wirklich ein Erdbeben, der an der obersten Grenze dessen lag, was die optimistischsten Vorausagen bei uns erhofft haben. Besser ging es überhaupt nicht.

Wir wollen auch nicht vergessen: Schon im Januar dieses Jahres waren die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 19 Milliarden DM angehoben worden, die ausschließlich Arbeiter und Angestellte belasten. Dieser ganze Finanzierungspakt - Herr Arentz, Sie gucken schon ganz betrübt - nannte sich Solidaritätspakt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Was die Bundesregierung unter Solidarität versteht, das wissen wir jetzt ganz genau, nämlich daß Beamte und Selbständige von den Beiträgen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit in den fünf neuen Bundesländern verschont bleiben, und die Erhöhung der Steuern und Abgaben nimmt den westdeutschen Steuerzahlern - hören Sie genau zu - mehr weg, als die Steuersenkungen 1986, 1988 und 1990 erbracht haben. Das ist unglaublich.

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Hört, hört! - Abgeordneter Büssow [SPD]: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Haushalte mit bis zu 45 000 DM Jahreseinkommen müssen, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vergangene Woche dem Finanzausschuß des Bundestages vorgerechnet hat, "noch erheblich draufzahlen". Ganz bezeichnend - auch wieder etwas für den Solidaritätspakt von Herrn Arentz -: Für die Einkommen über 80 000 DM bleiben bemerkenswerte Entlastungen übrig. So sieht das mit dem Solidaritätspakt aus.

Absolut unerträglich - ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt - ist die Absicht der Bundesregierung, die Vermögen- und Gewerbesteuer abzuschaffen. Die Millionäre in den alten Bundesländern erhielten damit ein Steuergeschenk von zusätz-

(C)

(D)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

lich 10 Milliarden DM. Den Verzicht auf die Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer wird es aber mit der SPD nicht geben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Gott sei Dank sind wir durch das hervorragende Ergebnis in Rheinland-Pfalz dazu in der Lage, diesen Vorstoß im Bundesrat zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt sich nachdrücklich - das ist für unser Land in der jetzigen Situation ja viel schwieriger -, wie recht wir hatten mit unserer Kritik an den Steuerensenkungen, die die Länder handlungsunfähig machen. Sie können die dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen nicht finanzieren. Wir würden gern das tun, was Herr Linssen eben kritisiert hat, nämlich die Kindergartenplätze und die Altenheimplätze, noch besser ausgestalten. Dann sorgen Sie doch dafür, daß uns das Geld dafür nicht weggenommen wird, dann können wir das machen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Wir werden den Bürgern sagen, Herr Linssen, daß wir das deswegen nicht bezahlen können, weil der Bund uns das Geld weggenommen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind doch nach wie vor und mehr denn je eine reiche Gesellschaft. Es hat eine unermessliche Zunahme des privaten Reichtums gegeben. Ich habe hier selbst einmal die Zahlen genannt: In den letzten zehn Jahren zwischen 1980 und 1990 sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um mehr als das Doppelte gestiegen, als wir vorher hatten. In diesen zehn Jahren mehr als in den ganzen Jahren vorher! Sie stiegen um 300 Milliarden DM. Von 240 Milliarden DM im Jahre 1980 haben sie jetzt 540 Milliarden DM erreicht.

Erfreulicherweise sind auch die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in demselben Zeitraum kräftig angestiegen, prozentual aber deutlich weniger, nämlich nicht um 125 % wie bei den Selbständigen, sondern um 40 %, um ein Drittel, aber immerhin auch von 490 Milliarden DM auf jetzt 690 Milliarden DM. Wir sind eine durch und durch reiche und

(C)

wohlhabende Gesellschaft. Aber der Staat kann seine dringendsten Aufgaben nicht erfüllen, das wollen wir dabei nicht vergessen; das ist der Ansatz unserer Kritik.

Da müssen Sie von der Opposition sich verhalten lassen: Der Widerspruch zwischen einem armen Staat, den sich die Reichen leisten können, und einem Staat, auf dessen Dienstleistungen die Bürger mit geringerem Einkommen dringend angewiesen sind, dieser Widerspruch wird leider immer krasser.

Die Länder werden im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand des finanziellen Ruins gedrückt. Unserem Land Nordrhein-Westfalen fehlen in diesem Jahr 2,6 Milliarden DM in der Landeskasse, nämlich 1,4 Milliarden DM Mindereinnahmen bei den Umsatzsteuern, 300 Millionen DM für den Zins- und Tilgungsanteil des Landes am Fonds Deutsche Einheit, 350 Millionen DM Einnahmeverluste bei der Einkommensteuer als Folge der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und 600 Millionen DM Einnahmeverluste wegen der angekündigten Erhöhung der Kinderfreibeträge.

Bis 1994 summieren sich diese Einnahmeverluste wegen der steigenden Finanzierungskosten für den Fonds Deutsche Einheit auf 13 Milliarden DM. Was könnten wir alles an schönen Sachen für die Interessen unserer Bürger machen, wenn wir dieses Geld hätten!

(D)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: NRW verdient doch an der Vereinigung!)

Aber das ist ja noch nicht alles. Wenn die Koalitionspläne Wirklichkeit werden sollten, muß mit weiteren Einnahmeverlusten gerechnet werden, nämlich ab 1993 bei der Vermögensteuer jährlich 1,8 Milliarden DM, bei der Gewerbekapitalsteuer jährlich 1,2 Milliarden DM bei den Gemeinden, und schon im nächsten Jahr droht der Verlust von 756 Millionen DM aus dem Strukturhilfegesetz, die nach dem Willen der Bundesregierung in die neuen Länder umgeleitet werden sollen. Das war der Betrag, der uns zugeflossen ist wegen der Initiative des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, die wir ausdrücklich gutgeheißen haben und die uns in besonderem Maße zugute gekommen ist.

(A) (Dr. Farthmann (SPD))

Nur deshalb, meine Damen und Herren, nicht, weil die Landesregierung das nicht will oder "politikunfähig" ist, wie das hier eben dargestellt wurde, müssen wir in diesem Jahr Streichungen vornehmen, die teilweise schmerzliche Einschnitte bedeuten.

Um unseren Beitrag für den Aufbau der fünf neuen Länder aufzubringen, müssen wir den Mietern im sozialen Wohnungsbau eine Kürzung des Härteausgleichs um 25 Prozent zum 1. Juli zumuten. Wir müssen eine neunmonatige Besetzungssperre im öffentlichen Dienst einführen; das halte auch ich für äußerst problematisch, aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Gestrichen wird im Staatshochbau und beim Straßenbau. Bei vielen freiwilligen Leistungen des Landes gibt es gegenüber 1990 keine Erhöhung. In einigen Bereichen, wie beim Rettungsdienst, im Denkmalschutz oder bei Ausbau oder Erneuerung von Flugplätzen, müssen sogar vorübergehend Kürzungen hingenommen werden.

Was die Hilfe für die fünf neuen Länder anbetrifft, kann ich auch an dieser Stelle der Bundesregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie ein Jahr nutzlos hat verstreichen lassen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist unglaublich!)

(B)

- Sie mögen das nicht mehr wissen,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Lafontaine war alles zu schnell! - Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

aber ich erinnere mich noch, wie die Bürger drüben vertröstet wurden. Ich werde das gleich belegen.

Es waren Trautmäntzer - das ist uns als Begründung gesagt worden -,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Lafontaine!)

die darauf gesetzt haben, daß mit der Einführung der D-Mark, mit der Übernahme der westdeutschen Wirtschaftsgesetze und mit ein wenig Anschubfinanzierung aus den Ruinen der SED-Planwirtschaft quasi von selbst ein blühendes Land entstehen würde.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Quatsch!)

(C)

Das war doch Ihre Aussage. "Die beste Wirtschaftspolitik ist keine Wirtschaftspolitik" - dieses Glaubensbekenntnis, das soll es ja einmal gegeben haben, ist den Menschen in der ehemaligen DDR teuer zu stehen gekommen.

Immerhin scheint man in Bonn jetzt ja begriffen zu haben, daß es so nicht weitergehen kann. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Das von der Bundesregierung verabschiedete "Gemeinschaftswerk Aufbau Ost" ist haargenau das, was ich in meinem Thüringer Wahlkampf pausenlos gefordert habe. Es hätte nur ein ganzes Jahr früher kommen können, kommen müssen.

(Jawohl! und Beifall bei der SPD)

Leider ist in den fünf neuen Ländern inzwischen vieles zusammengebrochen: Der Wirtschaftskreislauf ist ins Stocken geraten und teilweise sogar unterbrochen. Die Industrieproduktion, die wirtschaftliche Basis jeder entwickelten Volkswirtschaft, liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um sage und schreibe 50 % unter dem Wert des Vorjahres. Das hat es bei uns auch annäherungsweise niemals gegeben. Wenn wir eine "Stagnation der Industrieproduktion" verzeichnen, sprechen wir von "Krise". Das Schlimmste, was uns hier passiert ist, war, daß im Jahr 1975 infolge des Ölpreisschocks die Produktion um 6,8 Prozentpunkte zurückging. In der ehemaligen DDR liegt die Industrieproduktion um 50 % unter dem Vorjahr, und es besteht die Aussicht, daß sie im Laufe dieses Jahres um weitere 10 % zurückgeht. Das heißt: Bis Ende dieses Jahres dürfen - darüber besteht leider mittlerweile kaum noch Zweifel - wohl annähernd 3,5 bis 4 Millionen Ostdeutsche ohne bezahlte Arbeit sein.

(D)

Die Bundesregierung hatte kein Konzept zur Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft. Sie setzte ausschließlich auf die Kräfte des sogenannten freien Marktes. Sie hat die tatsächliche Situation völlig falsch eingeschätzt und war nicht fähig oder nicht willens, tatkräftig und entschlossen zu handeln. Das jetzt an die SPD gerichtete Angebot zur Zusammenarbeit ist nichts anderes als der Hilferuf eines Ertrinkenden.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Meine Damen und Herren, wie die Menschen drüben getäuscht und ständig getröstet worden sind, kann man sogar durch Daten belegen:

- Wir erinnern uns sicher alle genau - ich glaube, wir haben sogar hier darüber diskutiert -, daß Herr Modrow, der letzte kommunistische Ministerpräsident, seinerzeit mit leeren Händen aus Bonn zurückgeschickt wurde. Damals haben Sie von der CDU gesagt: Wir können doch nicht eine kommunistische Regierung stabilisieren! Gut, das hat jeder halbwegs eingesehen.
- Dann wurde gesagt: Am 18. März, wenn die demokratische Wahl stattgefunden hat, kommt das Wirtschaftswunder. Am 18. März hat sich überhaupt nichts ereignet.
- Dann richteten sich die Hoffnungen der Menschen drüben auf den 1. Juli. Sie hofften, wenn die D-Mark eingeführt wird, kommt das Wirtschaftswunder. Die Leute haben die D-Mark - gutes und richtiges Geld - gekriegt, aber die Talfahrt der Wirtschaft ging weiter rasant bergab.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Die war vorprogrammiert!)

(B)

- Als nächstes Datum wurde der 3. Oktober genannt. Ich erinnere mich noch genau: Ich habe mich in allen Debatten während meines Wahlkampfes damit herumschlagen müssen. Es wurde gesagt: Wenn die deutsche Einigung erst vollzogen ist, dann ist die Bundesregierung in Bonn ja auch für uns verantwortlich, dann wird alles besser.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Euch war das alles viel zu schnell! - Gegenruf des Abgeordneten Frechen [SPD])

Auch nach dem 3. Oktober hat sich nichts getan.

- Als letztes "Hoffnungsdatum" wurde schließlich der 2. Dezember genannt, der Tag der ersten gemeinsamen Bundestagswahl. Da wurde den Leuten gesagt: Wenn ihr eure eigenen Repräsentanten in Bonn habt, sorgen die schon für das Wirtschaftswunder, die werden auf den Busch klopfen.

(C)

Jetzt, meine Damen und Herren, ist das alles vorbei. Die harte Wirklichkeit hat alle diese Versprechungen ad absurdum geführt. Wir stehen vor dem Desaster.

Der Bund hat mit seiner Finanzpolitik im übrigen auch im Westen im wahrsten Sinne des Wortes die Axt an die Wurzel des Föderalismus gelegt. Der deutsche Föderalismus ist krank, darüber täuscht nichts mehr hinweg. Ich will versuchen, das nachzuweisen:

Nichts weist auf diese Tatsache deutlicher hin als der ständige Finanzschacher zwischen Bund und Ländern um die Umsatzsteuerverteilung. Die fünf neuen Bundesländer hängen ohnehin elend am Tropf der Bonner Regierung, von den elf alten Bundesländern sind heute schon acht von den Zuweisungen aus der Bundeskasse abhängig. Die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern gibt den Ländern tatsächlich sehr viel weniger Geld, als sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Steuerverteilung verstößt damit gegen die Grundprinzipien unserer Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesrepublik, um das in Erinnerung zu rufen, ist nach dem Willen der Väter des Grundgesetzes eben kein Zentralstaat, sondern ein Bundesstaat. Nach Artikel 30 des Grundgesetzes ist "die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben Sache der Länder." Das heißt: Die primäre Kompetenz wollten die Väter des Grundgesetzes den Ländern zuweisen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Bei der Wiedervereinigung haben Sie gekniffen!)

Nicht zu vergessen, meine Damen und Herren: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zuerst die Länder gegründet - nämlich 1946 -, und erst danach - nämlich 1949 - die Bundesrepublik.

Gerade jetzt nach der deutsch-deutschen Einigung brauchen wir leistungsfähige Länder, die ihre Aufgaben aus eigener Kraft und in eigener Autonomie bewältigen können.

(Beifall bei der SPD)

Mit den Landtagswahlen am 14. Oktober letzten Jahres in den neuen Ländern ist dort das demokrati-

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

sche Fundament dafür gelegt worden. Jetzt müssen wir mit Rat und Tat zur Seite stehen, damit dort und in den Gemeinden schnell funktionsfähige Verwaltungen entstehen.

Föderalismus muß sich gerade in dieser Aufbauphase bewähren. Nordrhein-Westfalen hat deshalb mit seiner Hilfe für Brandenburg und mit dem Staatsvertrag ein deutliches Zeichen gesetzt und ist vorbildlich gewesen. Schon seit Mitte des vergangenen Jahres leisten wir mit rund tausend Beamten vielfältige personelle Hilfe. Damit waren wir Vorreiter für andere Bundesländer.

Meine Damen und Herren, es sind die Länder und Gemeinden, die entsprechend unserem föderalistischen Staatsaufbau dem Bürger alle Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Das sind nämlich die Dinge, die er täglich spürt. Schulen, Universitäten, Kindergärten, Polizei, öffentlicher Personennahverkehr und sozialer Wohnungsbau - alle diese elementaren Bedürfnisse sind Länder- und nicht Bundesaufgaben. Die Länder müssen gefälligst in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben zu erfüllen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Inzwischen hat der Bund bei der konkurrierenden Gesetzgebung viele Kompetenzen an sich gerissen, ohne sich darum zu kümmern, ob wirklich ein Bedürfnis für ein Bundesgesetz besteht. Ein gutes Beispiel sind die Kindergärten; Herr Linssen ist darauf ja auch eingegangen. Natürlich begrüßen es die Mütter, wenn per Bundesgesetz jedem Kind ein Kindergartenplatz garantiert werden soll. Nur, wer das bezahlt und durchführt, steht auf einem völlig anderen Blatt. Aber das ist doch das Entscheidende!

(Beifall bei der SPD)

Der Bund holt sich bei den Steuerzahlern und Sozialversicherungspflichtigen allein in den nächsten Jahren fast 68 Milliarden DM, von denen keine Mark direkt in die Kassen der Länder oder der Gemeinden fließt. Gleichzeitig müssen die Westländer ordentlich an die Ostländer abgeben, nämlich - alles in allem gerechnet, mit den Umsatzsteueränderungen - rund 80 Milliarden DM in den nächsten vier Jahren. Zusätzlich sollen sie Steuergeschenke, die Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer bezahlen. Das Ergebnis ist: Bonn stockt seinen Anteil an

(C)

dem gesamten öffentlichen Kuchen zu Lasten der Gemeinden und Länder enorm auf, wir aber sind nach wie vor diejenigen, die die Aufgaben gegenüber dem Bürger zu leisten haben.

Die finanziellen Grundlagen des Föderalismus in der Bundesrepublik sind aus dem Lot geraten. Die unerwartete Einheit hat die Schwachstellen des seit Jahrzehnten notdürftig gekitteten Bund-Länder-Verhältnisses unbarmherzig aufgedeckt. Die Finanzverfassung der Bundesrepublik ist dringend und grundlegend reformbedürftig.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund-Länder-Finanzausgleich muß zugunsten der Länder verbessert werden. Die Länder brauchen eine bessere Finanzausstattung in eigener politischer Verantwortung, um die Zukunftschancen ihrer Regionen zu verbessern, so wie es alle Landesverfassungen vorsehen.

Deswegen habe ich die Oppositionsfractionen anlässlich der Regierungserklärung des Finanzministers am 24. Januar dieses Jahres aufgefordert, mit uns gemeinsam den Anschlag Bonns auf die Handlungsfähigkeit unseres Landes abzuwehren. Diese Gemeinsamkeit ist notwendig, weil der Föderalismus für uns alle, für Regierung und Opposition, die Grundlage des politischen Handelns ist. Während die GRÜNEN und die F.D.P. wenigstens noch im Ansatz diskussionswürdige Einsparvorschläge unterbreitet haben, hat die CDU keinen ernstzunehmenden Einsparungsvorschlag nennen können; außer Ladenaufwachen hatte Herr Schauerte nichts zu bieten. Einige bemerkenswerte Beispiele: Andere Bundesländer, beispielsweise das vielgerühmte Land Baden-Württemberg, beneiden uns um die WestLB, die wir zur Struktur- und Industriepolitik dringend brauchen. Herr Schauerte wollte sie verkloppen. Verscherbeln wollte die CDU auch das Grundstück an der Tannenstraße. Bloß besteht für dieses Grundstück noch nicht einmal ein Planungsrecht. Ob man eine grüne Wiese verkauft oder ein beplantes Grundstück, geht von der Differenz her in das Zehnfache des Betrages. Es ist überhaupt nicht zu verantworten, das jetzt zu verkaufen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Der Finanzminister will doch selber verkaufen! Fragen Sie ihn doch einmal!)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Schierer Opportunismus war es, daß Sie die Ansätze für die Asylantenbetreuung um 240 Millionen DM kürzen wollten. Das hat mit seriöser Finanzpolitik nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Warum denn nicht? Erklären Sie das einmal!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts heute untermauern wir die Handlungsfähigkeit unseres Landes in einem schwierigen finanzpolitischen Umfeld. Das ist uns wohl bewußt. Wir hoffen, 1991 mit Ausgaben in Höhe von 71,3 Milliarden DM auszukommen. Das sind 5,7 % oder 3,8 Milliarden DM mehr als im letzten Jahr. Ich weiß, daß das eigentlich zuviel ist; das hat Herr Linssen ja auch kritisiert. In der Tat ist eine Steigerung von 5,7 % aber ein Sparhaushalt, weil - das liegt an der Struktur unseres Haushalts - folgende Mehrausgaben zwangsläufig sind: 1,6 Milliarden DM beim Personal - die Länderhaushalte haben nun einmal extrem hohe Personalhaushalte -, knapp 300 Millionen DM bei den Zinsen, 490 Millionen DM beim Wohngeld und beim BAFöG und 1,3 Milliarden DM mehr bei der Gemeindefinanzierung waren nicht zu vermeiden. Mit diesen Steigerungen haben wir keinen politischen Handlungsspielraum gewonnen. Jeder, der nicht wie ein Blinder von der Farbe vom Landeshaushalt reden will, muß das berücksichtigen.

Unsere Nettokreditaufnahme wird bei 4,9 Milliarden DM liegen. Das sind knapp 600 Millionen DM oder 13 % mehr als 1990. Das tut uns sehr weh, aber wir sehen keine andere Möglichkeit. Die Nettokreditaufnahme liegt ohnehin schon an der äußersten noch vertretbaren Grenze. Die SPD-Fraktion hat zwei volle Tage - sogar eine halbe Nacht - die notwendigen Sparmaßnahmen beraten. Ich meine, auch im nachhinein sagen zu können: Angesichts der bedrückenden Umstände mit gutem Ergebnis. Die Grenze von 4,9 Milliarden DM bei der Nettokreditaufnahme konnte gehalten werden, allerdings mit einer kleinen Einschränkung: Da sich die Umsatzsteuerausfälle in diesem Jahr noch nicht bei der Gemeindefinanzierung auswirken sollen, haben wir sie bis 1993 kreditiert. Bis dahin wird die Nettokreditaufnahme um diesen Betrag erhöht.

(B)

(C)

Bei allen Einsparungen ist es uns gelungen, die Schwerpunkte unserer Politik, die wir vor der Wahl versprochen haben, durchzuführen.

Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung die Schaffung von 20 000 zusätzlichen Kindergartenplätzen jährlich vorgesehen. Wir haben noch eine Kraftanstrengung unternommen und "eine Schippe draufgelegt": Wir wollen 27 000 Kindergartenplätze schaffen. Daß die Folgekosten natürlich auch von den Eltern und den Kommunen mitgetragen werden müssen, ist uns bewußt. Es soll uns doch einmal jemand sagen, ob es irgendwo eine günstigere Finanzaufteilung bei den Kindergartenbeiträgen als bei uns gibt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch absurd, wenn Sie behaupten, wir wären die teuersten. Wir sind an der untersten Grenze. Wir werden die Eltern entsprechend beteiligen. Ich sage das vorher ausdrücklich; ich habe es auch vor der Landtagswahl gesagt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das hat nur keiner gehört!)

- Wir halten auch Wort und fördern den Bau von Sozialwohnungen, und zwar in einem Umfang von 26 700.

(D)

- Wir halten Wort und nehmen eine große Kraftanstrengung in der Altenpolitik vor, indem wir 230 Millionen DM für zusätzliche Altenpflegeplätze bereitstellen. Die SPD-Fraktion hat im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen nochmals 110 Millionen DM zusätzliche Mittel für diese immer wichtiger werdende Aufgabe zur Verfügung gestellt.

- Die Personalhaushalte 1989 und 1990 standen im Zeichen des Tarifabschlusses von 1988, in dem eine dreijährige Laufzeit und eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart worden waren mit dem Ziel, mehr Beschäftigungschancen zu bringen.

Wir haben uns daran gehalten. Das Land hat in den Jahren 1989 und 1990 9 400 neue Arbeitsplätze geschaffen; weitere 9 400 wurden auf Dauer gesichert. Die neu

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

geschaffenen Arbeitsplätze verteilen sich im wesentlichen wie folgt:

- rund 4 700 für die Schulen,
- fast 2 000 für die Polizei,
- 1 800 für die Hochschulen,
- 260 für den Umweltschutz und
- 230 für die Finanzverwaltung.

Im Haushaltsjahr 1991 setzen wir erneut ein beschäftigungspolitisches Signal und tun gleichzeitig etwas gegen personelle Engpässe an den Schulen und bei der Polizei. Insgesamt werden in diesem Jahr 2 736 neue Stellen geschaffen, nämlich

- 700 zusätzliche Stellen für Polizeianwärter, so daß die Gesamtzahl auf 1 480 steigt,
- 1 031 zusätzliche Lehrerstellen - insgesamt werden damit in diesem Jahr mehr als 3 600 Lehrer neu eingestellt -,
- 100 zusätzliche Stellen zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit; Herr Linssen, Sie haben die Zustände lauthals kritisiert, wir tun etwas zur Verbesserung: hundert zusätzliche Stellen!,
- 200 zusätzliche Stellen für den Umweltschutz und
- 37 zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte zur Beschleunigung von Asylverfahren.

(B)

Die Steuerausfälle zugunsten der neuen Länder und die weiteren Finanzhilfen für die neuen Länder zu verarbeiten und dabei gleichzeitig noch die Eckpunkte unserer Politik verbessert bedienen zu können, das war in der Tat eine unglaubliche Kraftanstrengung. Das wird auch nicht zu wiederholen sein. Wenn unsere Einnahmen weiter geschmälert werden, werden die Bürger es auch spüren müssen; das geht gar nicht anders. Denn mit diesen Belastungen ist für uns das Ende der Fahnenstange erreicht. Mehr Einsparungen können weder das Land noch die Gemeinden verkraften.

(Beifall bei der SPD)

Bei allem, was wir an solidarischen Hilfen für die neuen Länder leisten, dürfen wir aber auch die riesigen Chancen nicht vernachlässigen, die aus der deut-

(C)

schen Einheit auch für unser Land Nordrhein-Westfalen erwachsen.

Vor allem unsere Wirtschaft wird auch von der deutsch-deutschen Einigung begünstigt werden.

Bereits vor einem Jahr hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung die geographische Lage des Landes für die Bedienung der neuen Märkte in Ostdeutschland und in Ost- und Mitteleuropa als außerordentlich günstig beurteilt.

Nordrhein-Westfalen wird überdurchschnittlich von der Belebung des Handels profitieren. Unser Land besitzt auch bei einer langfristig verstärkten Standortkonkurrenz in Mitteleuropa durchaus die Chance, sich in diesem Wettbewerb nicht nur zu behaupten, sondern zur Schnittstelle und zum Bindeglied innerhalb der gesamteuropäischen Achsen zu werden.

Wir haben es unserer beharrlichen Strukturpolitik zu danken, die vor allem im Ruhrgebiet die Kahlschlag-sanierung unserer industriellen Basis verhindert hat, daß wir jetzt über genau die zukunftssträchtige Produktionsstruktur verfügen, um den neuen Ländern bei der Sanierung und Modernisierung von Wirtschaft, Umwelt und Infrastruktur zu helfen.

Nordrhein-Westfalen hat heute anerkanntermaßen eine Spitzenposition bei

(D)

- chemischen Produkten, natürlich im
- Maschinenbau, aber auch im
- Großanlagenbau, bei den
- Stahlerzeugnissen, bei den
- Kraftwerks- und Turbinenanlagen, bei
- Umweltschutzgütern und auch bei
- Informations- und Kommunikationssystemen.

Die hervorragenden Perspektiven unseres Landes - das müssen wir wissen - sind allerdings an zwei Bedingungen geknüpft, und zwar erstens daran, daß der Strukturwandel nicht stehenbleibt, sondern daß wir ihn fortsetzen können.

Ich nenne an dieser Stelle ganz ausdrücklich das Beispiel "Heidelberger Druckmaschinen", das uns gezeigt hat, wo die Grenzen sind. Diesen hervorragenden Betrieb mit hervorragender Zukunftstechnik hätten wir gerne in Datteln oder Oberhausen gehabt.

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Er ist nach Brandenburg gegangen; und wir gönnen es den Brandenburgern auch. Es ist auch Verständnis dafür aufzubringen, daß die Wirtschaft von den einmalig günstigen finanziellen Zusagen in Ostdeutschland Gebrauch macht; das ist auch der Sinn der Sache. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß unsere strukturschwachen Regionen, namentlich der Emsscher-Lippe-Raum, abgehängt werden. Wir müssen unsere Aufgaben in unserem Lande weiter erfüllen. Das ist die erste Bedingung.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Vorbedingung ist, daß die alten Ost-West-Verkehrsachsen, die nach dem Zweiten Weltkrieg - ich will nicht sagen eingemottet, aber doch - erheblich reduziert worden waren, wieder aktiviert werden. Das betrifft vor allem die Bahn- und Straßenverbindungen Ruhrgebiet-Hannover-Berlin und Ruhrgebiet-Kassel-Sachsen.

Der Ausbau dieser Verkehrsachsen muß oberste Priorität haben. Ich hoffe deshalb, daß der neue Bundesverkehrsminister die Anmeldungen Nordrhein-Westfalens zum ersten gesamtdeutschen Bundesverkehrswegeplan übernimmt.

(B) Die Bahn- und Straßenverbindungen nach Ostdeutschland müssen sowohl im Interesse der neuen Länder als auch in unserem Interesse vorrangig ausgebaut werden.

Nordrhein-Westfalen steht vor weiteren Herausforderungen.

Die Energiepolitik bleibt weiterhin die Schicksalsfrage des Landes.

Das gilt für die Steinkohle, der offenbar von jedem der zahllosen Bundeswirtschaftsminister immer wieder das Existenzrecht verweigert wird. - Damit werden wir uns morgen, Herr Dr. Rohde, in einer Regierungserklärung befassen.

Allerdings gibt es nach meiner Meinung beim Streit um die Kernenergie einen Lichtblick. Denn mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, daß sowohl die Elektrizitätsversorgungsunternehmen als auch der Bundeswirtschaftsminister der Kernenergie - ich will es ganz vorsichtig ausdrücken - nicht die großen Chancen einräumen, die manche davon erwarten.

(C)

Denn die Entscheidung des RWE und der VEBA, keine neuen Kernkraftwerke zu bauen, wenn es nicht zu einem politischen Konsens darüber kommt, bedeutet praktisch doch wohl das endgültige Aus. Anders kann man es nicht verstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Rohde
[F.D.P.])

Diesen Konsens aber wird es wohl nicht geben, weil die SPD den Ausstieg aus der Kernenergie unwiderprüflich beschlossen hat und weil alle Hoffnungen, wir könnten in diesem Punkt unsere Meinung ändern, wirklich absurd sind.

(Beifall bei der SPD)

Mit allem anderen würden wir uns lächerlich machen, da bisher kein einziger Grund gegen die Kernenergie entfallen ist. Die Argumente dagegen sind eher noch gravierender geworden. Die Ergebnisse, die infolge des Unfalls von Tschernobyl bekanntgeworden sind, haben die Situation eher verschlimmert als verbessert.

Das gleiche gilt für den anderen entscheidenden Punkt, nämlich die Entsorgung. Die Entsorgung des atomaren Mülls ist bis auf den heutigen Tag ein ungelöstes Problem, und solange sich da keine entscheidende Änderung ergibt, kann es doch unter glaubwürdigen Politikern keine ernsthafte Diskussion über das geben, was wir gesagt haben.

(D)

Meine Damen und Herren, wir als Sozialdemokraten sind für einen Konsens in der Energiepolitik. Darin muß sich aber auch der feste Wille niederschlagen - nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der Tat -, bis zur Jahrtausendwende den unerschöpflichen und regenerierbaren Energiequellen einen höheren Anteil an der Energieversorgung zuzuweisen als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Diese Vision wird von der jüngsten Esso-Energieprognose auch eindrucksvoll unterstrichen - nicht der SPD-Prognose, sondern der vom Mineralölkonzern Esso. Diese Prognose geht davon aus, daß die Kernenergie 1990 in den alten und neuen Bundesländern einen Anteil von 14 % am Primärenergieverbrauch in Deutschland hatte und die erneuerbaren Energien bei 3 % lagen; es wird aber für das Jahr 2010 ein Kernenergieanteil von 10 % und für die erneuerbaren

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Energien ein Anteil von 13 % prognostiziert, das heißt ein größerer Anteil als für die Kernenergie heute. Das scheint uns durchaus fortschrittsweisend zu sein.

Diese Prognose stellt allerdings auch klar, daß wir weder auf die Steinkohle noch auf die Braunkohle verzichten können. Wir verfügen bereits heute über die modernsten und saubersten Kraftwerke der Welt. Ihr Wirkungsgrad wird ständig weiter erhöht. Das hat ja auch eine wichtige Bedeutung für die CO₂-Diskussion.

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für die Nöte und Erfordernisse der neuen Bundesländer wiederhole ich: Auch unsere Bürger haben berechnigte Ansprüche auf ein angemessenes staatliches Angebot an Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns bewußt, daß wir in der nächsten Zukunft kürzer treten und teilweise auch zugunsten der fünf neuen Länder zurückstehen müssen. Aber trotzdem hat auch Nordrhein-Westfalen einen Anspruch auf ein Mindestmaß an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur.

(B)

Ich bin mir bewußt, daß der Interessenausgleich zwischen Ost und West eine schwierige Gratwanderung sein wird, vielleicht die schwierigste wirtschaftspolitische Gratwanderung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Wähler haben uns Sozialdemokraten am 13. Mai im Vertrauen darauf gewählt, daß wir diesen Interessenausgleich zustande bringen und die berechtigten Interessen Nordrhein-Westfalens kraftvoll im Kreis der fünfzehn anderen Bundesländer und gegenüber dem Bund vertreten. Die Bürger in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, können sich darauf verlassen, daß wir genau dies tun werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Farthmann und erteile für die F.D.P.-Fraktion dem Abgeordneten Dr. Rohde das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben

(C)

es, Herr Linssen, Herr Fraktionsvorsitzender der CDU, für richtig gehalten, in Ihrer Rede zum Haushalt ausführlich auf den Rohwedder-Komplex einzugehen, ebenso wie - etwas weniger ausführlich, aber doch eingehend - auf die Probleme der Zusammenlegung der RAF.

Ich finde, es hat, Herr Linssen, wenig Sinn, Vereinbarungen zu schließen, wie wir das gestern mit der Landesregierung getan haben - alle Fraktionen -, und sich dann an diese Vereinbarungen nicht zu halten. Ich weiß nicht, welchen Sinn es noch hat, solche Vereinbarungen zu treffen; denn eines war, wie ich meine, für alle ersichtlich: Rücknahme des Ersatz-Mörders hieß auch: Rücknahme einer Ersatz-Debatte.

(Beifall bei F.D.P., SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, darüber waren sich alle einig, und wenn der oberste Grundsatz in der Politik heißt: "Pacta sunt servanda!", dann finde ich, daß Sie sich an diesen Pakt nicht gehalten haben.

Ich sage auch noch einmal ausführlich: Ich bedauere das auch deswegen, weil wir ja nicht allein für uns und aus unserer eigenen Betrachtungsweise zu diesem Agreement gekommen sind, sondern weil wir uns auch ausführlich mit den Mitgliedern der Bundesregierung abgesprochen haben, die für diesen Bereich zuständig sind.

(D)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Damit haben die nichts zu tun!)

Das ist einmal der Justizminister, der von uns gestellt wird und der sich, wie Herr Kollege Farthmann zu Recht gesagt hat, damals für eine Zusammenlegung der RAF eingesetzt hat, um den Versuch zu machen, sie zur Umkehr zu bringen - auch wenn das bisher nicht erfolgt ist. Dennoch war der Versuch richtig. Es gab auch eine Abstimmung mit dem dafür zuständigen Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Minister Schäuble, Ihrem Parteifreund.

Deswegen bedauere ich es auch, daß Sie, nachdem wir das, wie ich glaube, gestern hier deutlich gemacht und auch für übereinstimmend mit der Bundesregierung gehalten haben, hier diese Debatte entfesselt haben - wobei der Hintergrund für diesen Verzicht doch der war, daß wir niemanden in Verteidigungs- oder Legimitationszwänge bringen wollten.

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.])

Das ist ja die Position, die der Innenminister gestern völlig zu Recht vertreten hat: "Bringt mich doch nicht in die Lage, wenn ihr mit Angriffen aufwartet, sie zu kontern!" Das war der Grund, warum wir, ohne Einzelheiten zu nennen, mit dem abstrakten Wort "übergeordnet", das die Präsidentin heute morgen noch verlesen hat, gesagt haben: Wir verzichten aus übergeordneten Gründen auf diese Debatte. Es wäre gut gewesen, Sie hätten sich an diese Vereinbarung gehalten.

(Beifall bei F.D.P., SPD und zum Teil auch bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist klar, daß sich nach wenigen Monaten deutscher Einheit das öffentliche Interesse nach wie vor stark oder fast ausschließlich auf die ehemalige DDR, auf die fünf neuen Bundesländer konzentriert. Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, das ist die Forderung unseres Grundgesetzes, und - Herr Farthmann, nachdem Sie eben auf die Steuerlüge, die angebliche Steuerlüge der Bundesregierung, eingegangen sind - ich glaube, es wird noch lange Zeit dauern, bis diese Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse hergestellt ist. Sie herzustellen, wird den Westen, wird uns, die alten Bundesländer, die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesregierung noch erhebliche finanzielle Anstrengungen kosten oder diese zur Konsequenz haben, und Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Farthmann, für diesen Aufschwung Ost, für die Investitionen in den fünf neuen Bundesländern werden die Steuererhöhungen verwandt - nicht dafür, daß es in Bonn irgendwelche Gelage gibt, wo diese Gelder verfrühstückt werden, sondern sie werden ausschließlich in die fünf neuen Bundesländer gesteckt.

Sie hatten in Rheinland-Pfalz mit dieser Geschichte von der Steuerlüge Erfolg, Herr Farthmann. Aber wenn Sie sagen, Sie hätten alles vorausgesehen, Sie hätten alles gewußt, muß ich sagen: Wahrscheinlich sind Sie der einzige "Besserwissi", der alles gewußt hat. Wir werden uns natürlich in Stockholm dafür einsetzen, daß Sie den Nobelpreis für Besserwisserei oder besondere prophetische Gaben bekommen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ich habe es doch hier im Landtag gesagt!)

(C)

- Herr Farthmann, Sie wissen, wie sehr ich Sie respektiere. Aber wenn ich Sie weiterhin ernst nehmen soll, können Sie doch nicht behaupten, Sie hätten alles gewußt. Die ganze Welt schaut auf dieses welt-historische Experiment Nr. 1, wie es denn möglich sein kann, eine Volkswirtschaft nach 40 Jahren Sozialismus umzusteuern. Die Russen schauen darauf, die Polen, die Tschechen, die Rumänen, die Bulgaren, die Koreaner - aber Sie wußten alles besser.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Nein, die Beträge haben wir gekannt!)

- Die Beträge? Was ist denn alles auch von Ihnen unterschätzt worden? Wir haben doch häufiger darüber gesprochen. Die Schwierigkeiten in der Umstellung der Mentalität, die Revolution in den Köpfen ist total unterschätzt worden; heute reden wir noch darüber.

Sie sagen, wirtschaftspolitisch hätten Sie alles vorausgesehen; Sie hätten schon im letzten Jahr ein solches Programm vorgeschlagen. Gut, Sie waren vielleicht der einzige. Aber die gesamte neoklassische Wirtschaftstheorie hat sich doch vertan. Es gibt doch keinen einzigen Lehrstuhl in der Bundesrepublik Deutschland, in der ganzen Welt, der vorausgesehen hat, was notwendig war. Gut, Sie haben es vorausgesehen, Sie sind ja auch Professor.

(Heiterkeit)

Nur: Die anderen Kollegen haben es nicht geschafft.

Die Rolle des Eigentums ist unterschätzt worden. Erst gestern gab es den Spruch des Bundesverfassungsgerichts. Die Rolle einer neuen Rechtsordnung ist unterschätzt worden. Es ist natürlich unterschätzt worden, wie schwierig es ist, eine neue Rechtsordnung auf die Beine zu stellen, wie schwierig es ist, eine effektive Verwaltung zu installieren. Wir reden doch gleich erst über den Vertrag mit Brandenburg. Also haben wir die Probleme bis heute doch noch nicht einmal vom Westen her gelöst. Nur Sie wußten alles besser.

Ich sage Ihnen im Klartext: Wäre die SPD an der Macht gewesen - Herr Kollege Farthmann, hören Sie genau zu; Herr Kollege Trinius hat das damals bekannt -, dann gäbe es vielleicht keine Steuererhöhung, obwohl Sie natürlich jede Gelegenheit nutzen, eine Steuererhöhung herbeizuführen, gleichgültig, was

(D)

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.])

passiert - das ist bei Ihnen sozusagen ein ewig eingeschliffenes Ritual -, aber mit der SPD in der Verantwortung hätte es mit Sicherheit keine Wiedervereinigung gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Und da ist mir doch eine Bundesregierung, die die historische Chance zur Wiedervereinigung genutzt hat, auch mit einer Steuererhöhung lieber als eine SPD in der Verantwortung, die möglicherweise auch eine Steuererhöhung herbeigeführt hätte, allerdings ohne die Chance zur Wiedervereinigung zu nutzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Das geht zu weit! Die SPD steht seit 1950 für die Einheit Deutschlands!)

- Na klar, verbal! Nur: Als es darum ging, zu teilen - -

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Nicht verbal! Dafür haben wir manches eingesteckt!)

(B)

- Herr Wendzinski, vor ein paar Tagen hat der unverdächtige Politologe Prof. Grosser auf der Veranstaltung "175 Jahre Regierungspräsident Düsseldorf" gesagt, Sie hätten die Kosten der Wiedervereinigung so hoch getrieben, daß Sie sich selbst gefesselt und die Chance der Wiedervereinigung in einer einmaligen historischen Situation nicht genutzt hätten. Er hat auch uns etwas ins Stammbuch geschrieben. Aber nun tun Sie doch nicht so, als wenn Sie, Herr Farthmann, alles besser gewußt hätten. Das ist nicht der Fall. Wenn Fehler gemacht worden sind, dann sind sie von Ihnen gemacht worden, dann sind sie von uns gemacht worden. Aber es geht nicht an, daß jemand sagt: Ich weiß alles besser.

Auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogen ist festzustellen, daß man wirksam nur helfen kann, wenn man seine eigenen Finanzen in Ordnung hält. Und da stellt sich die Frage: Wie ist es denn eigentlich um die nordrhein-westfälischen Finanzen bestellt? Wir finden - erste Feststellung -, daß die SPD nicht die notwendige Kraft aufgebracht hat, wie es erforderlich gewesen wäre und wie es von den anderen Fraktionen auch vorgeschlagen worden ist, mehr einzusparen, als tatsächlich geschehen ist.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Wir finden - zweitens -, daß die mittelfristige Finanzplanung weder den Herausforderungen des Landes - Sie haben unter dem Stichwort "Ost-West-Verkehr" darauf hingewiesen - noch den Herausforderungen, die von der deutschen Einheit ausgehen, genügt. Wir finden, daß es eine Neuorientierung im Landeshaushalt mit der Konzentration auf Bildung und Wissenschaft sowie innere Sicherheit nicht gegeben hat, und bedauern das. Weil es keine Neuorientierung gegeben hat, bleiben die alten Fragen, die immer wieder gestellt werden.

Herr Farthmann, Sie sind im Grunde viel zu intelligent, um stets zu wiederholen: Alles ist prima im Lande Nordrhein-Westfalen, es ist alles zum besten geordnet. - Das wird langsam langweilig.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Warum wollte er nach Thüringen gehen?)

Es bringt auch nichts, immer zu sagen: Die Bundesregierung ist an allem schuld.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Rohde, Sie sagen immer nur das Gegenteil!)

(D)

Das ist sicherlich ein schönes Feindbild, aber im Grunde muß Sie es doch langsam anöden, ständig dieses Kinderfernsehen hier aufzuführen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Herr Vesper, Sie werden nachher ja auch sprechen bzw. angesichts der klaren Verhältnisse in Ihrer Fraktion Ihre Kollegin.

(Heiterkeit)

Wir fragen: Wie steht es eigentlich um die Umwelt? Ist sie nicht nach wie vor zu stark belastet? Wird genügend Umweltschutz umgesetzt? Wie steht es, Herr Ministerpräsident, um ältere Menschen? Haben sie wirklich die Chance, ihren Lebensabend in größtmöglicher Unabhängigkeit zu verbringen, oder bleiben sie nicht ohne ausreichende Hilfen?

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.])

Natürlich sind wir uns darüber im klaren, daß die Bundesrepublik Deutschland, daß auch Nordrhein-Westfalen zwei ganz entscheidende Herausforderungen gleichzeitig zu bestehen hat: auf der einen Seite den fünf neuen Bundesländern zu helfen, auf der anderen Seite im Wettbewerb mit Japan in der internationalen Konkurrenz zu bestehen. So fragen wir: Haben wir alles getan, um unsere Stärken auszubauen und unsere Schwachpunkte zu beheben? Kann die SPD diese Frage guten Gewissens bejahen? Sicherlich nicht! Ist unser Land gut gerüstet für die Zukunft?

Ich meine, daß es, um gerüstet zu sein, eine der wichtigsten Voraussetzungen ist - als Fußvolk der Opposition muß man das den hohen Reitern in der Regierung und der SPD-Fraktion sagen -, über ein ausreichendes - oder sagen wir: ein gewisses - Maß an Lernfähigkeit zu verfügen. Wir könnten uns viele Plenarsitzungen und Ausschusssitzungen sparen, wenn Kritik und Vorschläge der Opposition ernster genommen würden, wenn nicht sofort die Monstranz der Unfehlbarkeit hochgehalten würde, wenn man sich nicht mit Schönfärberei begnüge oder, wie Herr Farthmann das eben wieder meisterhaft vorgeführt hat, nicht ständig sagte, Bonn sei an allem schuld.

(B)

Wenn das das wichtigste Mittel der Auseinandersetzung im Kampf um Argumente ist, Herr Farthmann, dann muß ich wiederholen - Herr Farthmann, Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze -, müßten Sie wirklich etwas selbstkritischer sein. Das sage ich genauso kritisch uns, den Oppositionsparteien, der F.D.P., der CDU und den GRÜNEN. Ab und zu gibt es zuviel Fundamentalopposition. Ab und zu wäre es also auch sinnvoll, wenn wir lernten und uns häufiger an konstruktiver Opposition beteiligten.

Aber was "konstruktive Opposition" betrifft, so hat es für diesen Haushalt am runden Tisch ein solches Ausmaß an konstruktiver Opposition gegeben, wie das vorher nie der Fall war. Sie wären gut beraten gewesen, darauf stärker einzugehen.

Mit dieser "Captatio benevolentiae" zurück zu der Frage: Wie gut ist denn eigentlich das Land Nordrhein-Westfalen gerüstet? Dabei, Herr Finanzminister und Herr Kollege Farthmann, fand ich es gut, daß es, was den Haushalt angeht, Unterschiede zwischen Ihnen und dem Finanzminister gegeben hat. Ich lobe das besonders, weil es wirklich schrecklich wäre, wenn wir alle einer Meinung wären.

(C)

Natürlich gibt es diese Unterschiede auch in den Oppositionsfraktionen, wenn es um Vorrangigkeiten und insbesondere um Nachrangigkeiten geht. Ich fand es - wie gesagt - ganz gut, daß hier zum ersten Mal unterschiedliche Bewertungen für den Haushalt kenntlich wurden.

Welche Bildungschancen hat denn eigentlich unsere Jugend? Versetzt die Ausbildung in unseren Schulen und Hochschulen junge Leute in die Lage, ihr Leben selbst zu bestimmen, berufliche Chancen beim Schopf zu packen? Herr Ministerpräsident, was hat es gebracht, daß wir von der F.D.P. seit Jahren versuchen, im Bildungsbereich sachlich und nüchtern Bilanz zu ziehen, ein ungeschminktes Bild der Schul- und Hochschulwirklichkeit zu zeichnen?

Ich finde, die Suche nach vernünftigen Kompromissen hätte schon längst Verbesserungen für Schulen und Hochschulen erbringen können. Warum packen wir nicht endlich die Verkürzung der Schulzeit an, wissend, daß diese lange Schulzeit im europäischen Wettbewerb zu Lasten der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland geht? Warum bekennt sich die SPD nicht vorbehaltlos zum Gymnasium als Schulform der besonderen Qualifikation, der sozialen Leistungsschule, wie es der Philologenverband zutreffend formuliert hat?

(D)

Wir sind durchaus bereit und haben angeboten, mit einer Gesamtschule Frieden zu schließen, die diese Schulform auch als Alternative zur Hauptschule attraktiv macht. Auf dieses Angebot sind Sie nicht eingegangen. Wir warten weiter auf Ihr Zugehen auch in Richtung Opposition, um endlich zu einem Schulfrieden im Lande zu kommen.

Es könnte ja auch eine gemeinsame Aufgabe sein, eine Realschule durchzusetzen, die in Anbetracht des unumstrittenen Wertes ihres Abschlusses am Arbeitsmarkt das Überlaufen des Gymnasiums verhindert. Denn über eines sollten wir uns doch klar sein: Wir brauchen Vielfalt statt Einfalt. Daß die Gesamtschule in ländlichen Gegenden besonders attraktiv ist, das wissen die Kommunalpolitiker aus CDU und F.D.P. genauso.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Seit wann?)

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.])

- Das wird ja nun ständig durch Gründung von Gesamtschulen im ländlichen Gebiet verdeutlicht.

Aber wir wissen auch, daß es notwendig ist, alle Schulen und alle Kinder gleich zu behandeln. Das geschieht eben mit der Bevorzugung von Gesamtschulen nicht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Also müssen wir hier doch, da wir wissen, daß es ständig einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot gibt, für gleiche Schulformen oder zumindest für die Chancengleichheit aller Kinder sorgen.

Bei der Vorlage des Berufschulberichts hat der Wirtschaftsminister freimütig eingeräumt, daß sich die Zahl der Ausbildungsabbrüche in den letzten Jahren verdoppelt hat. Nach diesem sympathischen Eingeständnis des Wirtschaftsministers müssen daraus doch Konsequenzen gezogen werden. Es nützt doch überhaupt gar nichts, wenn wir, die Eltern oder jüngere Leute Ihnen immer schreiben, daß der Unterricht ausfällt, es aber diese ständige Schönfärberei gibt. Alle wissen doch, daß zuviel Unterricht ausfällt. Von daher, Herr Kultusminister, fand ich es gut - deswegen möchte ich Sie einmal besonders loben -, daß Sie, nachdem sich alle Düsseldorfer Kollegen zusammengetan haben und gefragt haben, wie es um den Unterrichtsausfall an den Gymnasien in Düsseldorf gestellt ist, eine ungewöhnlich präzise, wahrheitsgemäße und ausführliche Antwort gegeben haben. Dafür bin ich sehr dankbar. So etwas hätte man natürlich sehr viel eher machen können. Es hätte nicht erst der Koalition aller Kollegen bedurft, um das zu erreichen. Vielen Dank!

Aber: Man muß daraus auch die Konsequenzen ziehen. So hilft auch nicht die Schönfärberei von Herrn Farthmann. Wir in Nordrhein-Westfalen können uns doch seit Jahren eine zutreffende Lehrerbedarfsrechnung nicht leisten. Auch deshalb stellen wir zu wenig Lehrer ein, nicht nur wegen der Haushaltssituation, sondern auch, weil es keine genauen Berechnungen gab.

Ich glaube, Sie haben noch nicht einmal Ihre eigenen Kollegen in den Stand versetzt, überprüfen zu können, was an Unterricht ausfällt.

(C)

Bei uns in Nordrhein-Westfalen muß ein Lehrer die meisten Schüler unterrichten. Wir haben die ältesten Lehrerkollegien, den höchsten Unterrichtsausfall, den größten fächerspezifischen Lehrermangel, die größten Klassen. Und wir erteilen unseren Kindern den wenigsten Unterricht pro Woche. Deshalb mahnen wir bei Ihnen Realitätssinn, Mut zur Wahrheit und Verzicht auf Schönfärberei an.

Vielleicht ist es hier einmal möglich, so, wie wir das gestern beim Haushalt versucht haben, gemeinsam Probleme an den Schulen und Hochschulen aufzuarbeiten und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Zu welchen merkwürdigen Erscheinungen die "Manie" - so muß man das fast schon bezeichnen - der Kollegen in der SPD-Fraktion führt, haben wir vor ein paar Tagen gemerkt. Ich gratuliere den Kollegen von der SPD, daß Sie Ihre Regierung immer mit Klauen und Zähnen verteidigen, selbst wenn die Regierung gar nicht verteidigt werden will. Sie gehen in Ihrer Hilfe sehr weit:

Da lehnt die SPD-Fraktion im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung den F.D.P.-Antrag "Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren - Vorrang für Bildung und Wissenschaft" unter Hinweis auf die darin getroffene Feststellung der F.D.P. ab, daß "dieses System lange Studienzeiten, hohe Abbrecherzahlen und Qualitätseinbußen in Lehre und Forschung provoziert" habe.

(D)

Dann kommt Herr Kollege Schultz-Tornau, der die Vorlagen der Landesregierung wirklich gut studiert - was auch seine Aufgabe ist -, und verweist auf ein Vorwort zu einer Schrift der Ministerin, in dem es genauso heißt: Die Qualität unserer Studienabschlüsse ist europaweit unbestritten, aber es gibt Mißstände: Die Studiendauer schwillt an, Studentinnen und Studenten geben auf, brechen das Studium ab, springen von Fach zu Fach, die Ursachen sind erforscht, es mangelt nicht an Vorschlägen, woran es aber fehlt, sind die Maßnahmen selber. - Genau das hatten wir angemahnt. Die SPD-Fraktion sagt dann: Das kann nicht sein.

Ich würde Ihnen also empfehlen, die Vorlagen der Landesregierung genauso gut zu lesen, wie das die Opposition tut. Wenn die Landesregierung einmal sympathisch selbstkritisch ist, Herr Farthmann: Manchmal kann man eben auch aus unterschiedlicher

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.])

parteipolitischer Bewertung zu denselben Ergebnissen kommen. Es wäre ganz nützlich, Sie würden sich an solche Erkenntnisymbiosen gewöhnen.

Deswegen, Herr Ministerpräsident: Wenn wir schon zu denselben Ergebnissen gekommen sind, warum können wir dann nicht auf der Grundlage ähnlich ehrlicher Analysen und Aussagen gemeinsam ein "Aktionsprogramm Qualität von Schule und Hochschule" auflegen, das wir den jungen Menschen schuldig sind, anstatt uns immer wieder in diesem absolut öden Ritual von Angriff und Verteidigung zu ergehen, das nichts bringt?

Es darf auch nicht dabei bleiben, daß nach den jüngsten Erhebungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft - es ist jetzt ein anderer als Herr Möllemann, aber er kommt eigentümlicherweise zu denselben Ergebnissen - Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich bei den Pro-Schüler-Aufwendungen mit 5 800 DM gemeinsam mit Schleswig-Holstein unter den alten Bundesländern den vorletzten Platz einnimmt. Dabei darf es nicht bleiben, auch nicht dabei, daß Nordrhein-Westfalen bei dem Verhältnis von Studenten zu Ausbildungspersonal bei den Universitäten und den Fachhochschulen unter allen alten Bundesländern das Schlußlicht bildet. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam hier Konsequenzen ziehen, anstatt Illusionen zu verbreiten und Schönfärberei zu betreiben.

Herr Kollege Farthmann hat die Energiepolitik angesprochen. Ich frage: Kann es wirklich ein intelligentes politisches Konzept sein, in unserem Land an der Förderung von Steinkohle um fast jeden Preis festzuhalten? Nordrhein-Westfalen ist im Konzert aller Bundesländer kleiner geworden. Zum Trost dafür: Auch Bayern ist kleiner geworden, was dort besonders schmerzt. Es stellt sich aber die Frage: Läßt sich eigentlich ein energiepolitischer Kurs, die Steinkohle um jeden Preis zu erhalten, überhaupt durchsetzen? Führt das nicht zu einer Konfrontation Nordrhein-Westfalens mit dem "Rest der Welt"?

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege Farthmann: Es kann doch, was die Subventionen angeht, nicht sein, daß Sie der Bundesregierung vorwerfen, daß sie die Steuern erhöht, sich gleichzeitig aber, wenn sich die Bundesregierung bemüht, Subventionen abzubauen, auch gegen den Subventionsabbau stellen, und zwar gegen den Subventionsabbau bei der Kohle, in

(C)

der Landwirtschaft, bei der Albrecht-Initiative, der Gemeinschaftsaufgabe und sogar - wie wir jetzt gelesen haben - bei der Verbraucherhilfe. Sie müssen sich schon für eine Strategie entscheiden. Sie müssen schon ehrlich sagen, was Sie wollen: keine Steuererhöhung und Subventionsabbau oder Steuererhöhung und keinen Subventionsabbau! Sie können aber nicht beide Prinzipien miteinander vermengen. Das ist unehrlich, und so geht es nicht.

Herr Ministerpräsident, Herr Möllemann hat Ihnen Gespräche zur Energiepolitik angeboten und hat Gespräche mit Herrn Brandt, mit Herrn Lafontaine und - wie ich höre - mit Herrn Vogel geführt. Ist es nicht notwendig, für die nordrhein-westfälische Energiepolitik neue Verbündete zu suchen? Ich glaube, daß das nicht einfach sein wird. Ist es nicht sinnvoll, auch zu einem neuen Konsens im Hinblick auf die Kernenergie zu kommen, wobei es ja außerordentlich viele Variationsmöglichkeiten gibt. Wenn aber der Bundestag ein Gesamtsubventionspaket zu verabschieden hat, dann brauchen wir eben Verbündete, andere Länder. Die Küstenländer, Bayern und Baden-Württemberg haben eben andere Interessen. Deshalb wäre es gut, wenn sich die SPD für den neuen Energiekonsens konsensfähig machen würde, sich jedenfalls darum bemühen würde.

(D)

Wenn Sie die Kernenergie verteufeln, fragen wir uns auch: Machen Sie sich nicht blind gegenüber CO₂? Wenn es heißt "Steinkohle um jeden Preis", können Sie dann überhaupt noch objektiv über die Nordwanderung der Steinkohle entscheiden? Wenn Sie als Landesregierung sagen, Sie wollten eine objektive Prüfung der Notwendigkeit von Garzweiler II, also des Braunkohleabbaus hier im Westen, und andererseits aus der Kernenergie aussteigen, an der Steinkohle festhalten und Importkohle abwehren wollen, dann sind Sie doch zwangsläufig auf billige Braunkohle angewiesen. Oder andersherum: Politisch und möglicherweise auch rechtlich fehlt Ihnen dann die Freiheit, zwischen Alternativen zu wählen, weil Sie möglicherweise Ihr Ermessen so gebunden haben, daß Ihnen nichts anderes übrigbleibt, als einseitig auf die Braunkohle zu setzen. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich auch diese rechtliche Problematik einmal überlegen würden, die dann möglicherweise politisch dazu führt, daß die Probleme des Grundwassers mit den Auswirkungen nach Holland nicht mehr richtig bewertet werden.

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

Herr Farthmann hat die Notwendigkeit angesprochen, die Ost-West-Achse auszubauen. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Farthmann, daß einer jedenfalls die deutsche Einigung nicht vorausgesehen hat, nämlich Herr Zöpel. Denn wenn er sie vorausgesehen hätte, hätte er sicherlich auch die Ost-West-Achse ausgebaut, wobei man Zweifel hat, ob das aufgrund seiner verkehrspolitischen wie seiner deutschlandpolitischen Position überhaupt möglich gewesen wäre. Aber eines ist jedenfalls Tatsache, ohne Rücksicht darauf, ob man es vorausgesehen hat oder nicht: Um die Straßen- und Eisenbahnverbindungen in Ost-West-Richtung sieht es erbärmlich aus. Ich finde, auch die einseitige Beschwörung des absoluten Vorrangs des ÖPNV rächt sich.

Wir brauchen heute neue Verkehrskonzepte. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen. Sie veranstalten bald, Herr Verkehrsminister Kniola, den Verkehrskongreß. Wir möchten hierzu auf eines hinweisen: Wir finden, daß die Verteufelung des Autos nicht der richtige Weg ist. Wir brauchen ein integriertes Gesamtverkehrskonzept, das die Vorteile aller Verkehrsträger bündelt. Wir müssen feststellen: Es gibt weder einen attraktiven ÖPNV noch ausreichend Ost-West-Verbindungen für das Auto, sei es Pkw, sei es Lkw. Wir werden noch lange Zeit auf das Auto angewiesen sein.

(B)

Das Beispiel des Ausbaudefizits der Ost-West-Achse macht deutlich, daß sich eine ganze Reihe von lieb gewordenen Standortqualitäten, an die wir uns gewöhnt haben, verändert haben oder verändern werden. Ich frage mich, nachdem wir gestern, Problem-lagen einkleidend, zusammengesessen haben, warum es nicht einmal ein Gespräch gibt, das die Landesregierung den Fraktionen anbietet, um zu sagen, wie es uns eigentlich möglich ist, den Bankenplatz Nordrhein-Westfalen zu sichern. Brauchen wir nicht ganz neue Anstrengungen und auch ganz neue Konzepte, die Messelandschaft Nordrhein-Westfalens zu sichern? Als wir in Leipzig waren bei dem Versuch von Kurt Schoop, den Messeplatz Leipzig auszubauen, und nachdem wir die Gespräche, die wir dort geführt haben, Revue passieren ließen, war deutlich geworden, daß es offenbar im internationalen Messengeschäft eine gewisse Konzentration auf Metropolen geben wird, die in der Lage sind, ausreichende Flughafenkapazitäten und auch mehrere Messen an einem Tag anzubieten, was Nordrhein-Westfalen mit Essen, Düsseldorf oder Köln ja könnte, wenn es zu einer

(C)

neuen Form der Zusammenarbeit käme. Ferner kommt es auch darauf an, das notwendige Unterhaltsangebot und das notwendige Beherbergungsgewerbe, die Hotelkapazität anzubieten. Dabei stellt sich immer wieder die Frage des Ausbaus der Verkehrskapazität, der Schwierigkeit der Akzeptanzprobleme, der Durchsetzung von Trassen und der Länge von Genehmigungsverfahren. Kann es dazu nicht auch einmal Erörterungen geben, bei denen man gemeinsam versucht, solche Probleme, die sich für Nordrhein-Westfalen stellen, zu lösen?

Natürlich stellt sich da auch die Frage: Was machen Sie denn jetzt eigentlich mit dem Transrapid? Hat der dasselbe Schicksal wie Kalkar zu erleiden? Erst wird er als Flaggschiff beschworen, und jetzt will offenbar keiner mehr etwas von ihm wissen.

Also, wir wollen, nachdem wir uns bei der Vorbereitung der Montankonferenz darüber ausführlich unterhalten haben, natürlich, Herr Ministerpräsident, keine Regierung zur gesamten Hand, und wir wissen uns mit Ihnen einig, daß auch Sie das nicht wollen, was ja eine Form seltener, aber notwendiger Übereinstimmung zwischen der Opposition und der Regierung ist. Aber dennoch bieten wir - das haben wir schon ein paarmal getan - unsere Mitarbeit an, zum Beispiel auch die Akzeptanzprobleme für Sondermüll und Müllverbrennungsanlagen gemeinsam in einer großen Koalition - ich weiß nicht, ob die GRÜNEN sich beteiligen; ich denke nicht -

(D)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sicher nicht!)

zu lösen. Es wäre gut, würden Sie auch auf dieses Angebot eingehen, das wir bereits 1986 unterbreitet und 1990 wiederholt haben. Wir haben aber immer noch nichts von Ihnen gehört.

Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, Privatisierung staatlicher Aufgaben, Verbesserung der Genehmigungsverfahren - das ist ja auch so ein Punkt der Lernfähigkeit der Landesregierung. Ich habe noch nicht gehört, daß Sie die Vorschläge des Bundesinnenministers dazu aufgegriffen haben, aber es ist doch stets so: Immer, wenn wir gerügt haben, die Genehmigungsverfahren seien zu lang, dann wählten Sie sich in einer Verteidigungsposition, obwohl Sie es ja gar nicht nötig hätten, sich in die Verteidigungsposition hineinzubegeben; denn Sie sind ja so stark und

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

haben ja zweimal die Landtagswahlen mit absoluten Mehrheiten gewonnen - -

(Ministerpräsident Dr. Rau: Dreimal!)

- Ja, gut. Also, man unterschätzt das schon fast, da man schon gar nicht mehr weiß, wie lange Sie im Amt sind.

Aber wenn wir jetzt sagen: Verbessert die Genehmigungsverfahren!, dann sagen Sie immer: Mein Gott, also im Vergleich zu anderen Bundesländern geht das in Nordrhein-Westfalen noch. Es wäre also sinnvoller, Genehmigungsverfahren zu verkürzen. Das heißt: Dasselbe, was für die neuen fünf Bundesländer gilt, gilt natürlich auch für Nordrhein-Westfalen, nämlich Rahmenbedingungen zu verbessern und damit Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren besser und schneller auszugestalten, also auch wieder einmal auf die Vorschläge der Opposition einzugehen.

Wir haben bewußt - ich habe das eben gesagt - auf die Aufarbeitung des Rohwedder-Komplexes, auf diese Fragen der inneren Sicherheit verzichtet.

(B)

Aber ich finde, es wäre gut - und zukünftige Pannen sind ja nicht auszuschließen, zukünftige Fehler sind nie auszuschließen, insbesondere nicht bei solchen Komplexen, wo jahrelang nichts und auf einmal etwas passiert -, wenn man den Mut aufbrächte, auch einmal Fehler aufzuarbeiten und aus Fehlern zu lernen. Und da sagen wir: Ist denn die Polizei in Nordrhein-Westfalen gerüstet, mit den neuen Formen des organisierten Verbrechens, der Drogenkriminalität und dem organisierten Verbrechen fertig zu werden? Nein! Vielleicht sind auch andere Bundesländer nicht gerüstet. Nur, das ist ja auch so ein Fall für Lernfähigkeit oder für ein ödes Hin- und Herschieben von Positionen, Herr Innenminister. Vor Jahren haben wir gesagt, es wäre doch gut, gäbe es gemeinsame Anstrengungen für ein FBI oder ein Europäisches Polizeiamt, wie Sie das vor ein paar Tagen formuliert haben. Als wir damals den Vorschlag machten, haben Sie gesagt: Mein Gott, ist das illusionär! Was bringt das denn alles? Es ist ja unheimlich schwierig, das überhaupt in der Innenministerkonferenz durchzusetzen.

Aber es könnte doch, was die Kommission angeht, die wir gestern besprochen haben, nützlich sein und auch Ihnen, der Landesregierung, zur Ehre gerei-

(C)

chen, weil es sich um eine Regierungskommission handelt, als Land Nordrhein-Westfalen Vorschläge zu machen. Der Opposition nützt das meistens wenig, weil die Regierenden als Handelnde immer die Vorteile einheimsen. Wir hätten auch in solchen Punkten, wo es um die gemeinsame Vertretung von neuartigen Vorschlägen gegenüber Bonn oder der EG geht, gemeinsam solche Positionen einzunehmen. Also, wir begrüßen Ihren Vorschlag und würden uns nur freuen, würde man ab und zu solche Positionen gemeinsam vertreten.

Herr Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen hat eine der dichtesten und interessantesten Kulturlandschaften der Welt, und das loben Sie zu Recht. Weil das so ist, würden wir uns wünschen, daß auch die politische Kultur dem Standard der anderen Kultur im Lande entspricht und daß man stärker lernt, wenn Opposition vernünftiges Regierungshandeln einklagt oder entsprechende Vorschläge macht.

Damit bin ich bei einem Punkt des Haushalts, nämlich den Verpflichtungsermächtigungen. In unserem Entschließungsantrag sagen wir: Wer heute ja sagt zu einer sechszehnten Steigerung des Haushalts, wer ja sagt insbesondere zu sage und schreibe 10 Milliarden DM an neuen Verpflichtungsermächtigungen, der verzichtet auf das Budgetrecht des Landtags. Dann gibt es nämlich keine Möglichkeit mehr für Spielraum, dann bleibt nur noch, alles abzusegnen.

(D)

Sie, Herr Finanzminister, haben mir eben während eines kurzen Gesprächs gesagt, daß Sie sich ja schon sehr stark in Richtung dieser Kürzungen oder Einbindungen oder besonderen Sorgfalt bewegt haben, hier nicht unnötig auszugeben. Wir beglückwünschen Sie zu diesem Weg.

Aber wenn wir Sie jetzt ständig loben würden, hätten wir ja überhaupt keine Kritik mehr anzubringen, und das wäre wirklich peinlich für die Opposition. Deswegen sage ich noch einmal: Wir sind der Meinung, daß man strenger, härter, konsequenter kürzen muß, als Sie es schon getan haben. 10 Milliarden DM Verpflichtungsermächtigungen sind zuviel. Erforderlich ist eine Kürzung von 30 %.

Sie, Herr Finanzminister, wissen in ganz besonderer Weise, daß Sie beim Haushalt zu sparen haben. Wenn man sich die Pensionsrückstellungen, abgese-

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

hen von den Zinsen, ansieht, wird deutlich, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Ich hatte auch, mich in Ihre Position versetzend, einmal taktisch oder strategisch gedacht, daß Sie größeren Erfolg bei Ihren Kollegen hätten, Ihre ersten Sparvorschläge, die sich ja mehr den unseren näherten, durchzusetzen, wenn Sie gesagt hätten: "Wir könnten unsere Chancen im Wahlkampf 1994 erhöhen, wenn wir jetzt sparen und dann mehr ausgeben können." Wir wissen ja, daß es immer Ihr Prinzip ist, vor Landtagswahlkämpfen einen Landeshaushalt zu schneiden, der auf möglichst viel Ausgaben setzt. Wenn man das einmal als Ihr eigentliches ökonomisches Prinzip ansieht, dann haben Sie natürlich die Chance nicht genutzt.

Sie wissen, daß Sie von der Verpflichtung, stärker im Personalhaushalt zu sparen, nicht wegkommen. Wenn wir uns die Rationalisierungsanstrengungen der privaten Wirtschaft ansehen, haben wir bisweilen den Eindruck, daß Rationalisierung für die Kollegen von der SPD immer ein Schimpfwort ist. Es kann ja auch heißen: Es bleibt bei dem Personal, aber man verzichtet auf Personalmehreinstellungen, weil man die Arbeitskraft besser einsetzt - durch Maschinen, durch Geräte, durch moderne Kommunikationstechniken, was auch immer.

(B)

Dazu fehlt uns jedoch ein Konzept. Uns fehlt auch ein Konzept der kritischen Überprüfung der wahrgenommenen Aufgaben unter Berücksichtigung von Privatisierungsmöglichkeiten und der Einbeziehung privaten Sachverständes, der Straffung von Entscheidungsverfahren, der Entfrachtung überflüssiger Normen.

Wenn ich mir die Rationalisierungskonzepte der privaten Wirtschaft in der Vorlage von Personalführungskonzepten ansehe, stelle ich fest, daß immer gesagt wird - das gilt ab zu auch für die F.D.P.; das gebe ich gerne zu -: Es gibt zu viele Häuptlinge und zu wenige Indianer. Wenn ich mir daraufhin die Ministerien ansehe und mich frage, wer da wirklich arbeitet und wer da nur koordiniert oder Häuptling ist, statt Indianer zu sein - "Koordinierungsoberminister" -, dann ergibt sich aus allen Personalkonzepten: In den letzten Jahren hat sich ein Zuviel an Leitungsebenen angesammelt. - Wir wären froh, wenn Sie auch einmal an dieses Problem herangängen.

(C)

Sie sehen also: Es gibt genug zu tun. Schönfärberei hilft wenig.

Wir haben mit besonderer Verwunderung, Begeisterung fast, in der "NRZ" vom 19. April gelesen, in der SPD kritisiere eine starke Gruppe von Abgeordneten - ich weiß nicht, wie stark sie ist; so stark kann sie nicht sein, denn durchgesetzt hat sie sich nicht - -

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]: Die müssen sich stärken!)

- Die müssen sich stärken, Michael; völlig richtig. - Jedenfalls war zu lesen, ein starke Gruppe von Abgeordneten kritisiere die Inanspruchnahme der Gemeinden für die Finanzierung von Ganztagschulen, der Eltern für Kindergärten, und angemahnt werde ein neues Personalvertretungsgesetz. Da fange ich an zu träumen, wenn ich das lese, um diese Freunde zu stärken, denen wir eine außerordentliche Sympathie entgegenbringen:

(Beifall bei der F.D.P.)

Wäre es nicht einmal möglich, zu einem "Runden Tisch" zu kommen, an dem wir einmal gemeinsam den Versuch machen, Schwachstellen für die Wettbewerbsfähigkeit und Stärke Nordrhein-Westfalens zu analysieren und gemeinsam Konsequenzen zu ziehen? Wir bieten unsere Mitarbeit an.

(D)

Es wäre gut, wenn Landesregierung und Mehrheitsfraktion ab und zu von ihrem hohen Roß herunterstiegen, um mehr auf "Her Majesty's loyal opposition" - wir sind ja unheimlich loyal - zu hören, also auf das Fußvolk der Opposition. Das würde der Politik für Nordrhein-Westfalen bestimmt nützen. Herr Ministerpräsident, in Abwandlung eines anderen Spruches: Wir sind das Fußvolk.

(Heiterkeit des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Sie wären gut beraten, stärker auf das Fußvolk der Opposition zu hören. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Höhn das Wort.

(A)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich bin enttäuscht von der Rede von Herr Linssen - nicht nur, weil sie den Verabredungen aller Fraktionen von gestern nicht entspricht, sondern auch deshalb, weil Herr Linssen bezüglich des Mordes an Herr Rohwedder hier den Versuch gemacht hat, aus einem Mord politisches Kapital zu schlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dies ist ein Thema, das zu sensibel ist; es ist für solche politischen Auftritte ungeeignet.

(Zustimmung des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Ich möchte in meiner Haushaltsrede auf drei Themen eingehen, die, wie ich meine, die nordrhein-westfälische Bevölkerung in den letzten Wochen im wesentlichen bewegt haben. Das sind erstens der Völkermord an den Kurden und die Möglichkeiten, die Nordrhein-Westfalen hat, dort zu helfen; das ist zweitens die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern und ihre Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen, und das ist drittens die direkte Situation in Nordrhein-Westfalen selbst.

(B)

Die Medien haben uns in den letzten Wochen Bilder von Menschen gezeigt, die unter erbärmlichsten Bedingungen auf der Flucht sind, die Hunger haben, die krank sind und frieren; Erwachsene, die Kindern Nahrungsmittel aus den Händen reißen; kleine Kinder, die noch kleinere Geschwister kilometerweit barfuß durch die eisige Kälte tragen müssen.

Seit Wochen verfolgen uns Bilder von gehetzten, gedemütigten, kranken und sterbenden Menschen, Kurden und Schiiten, die vom Terrorregime des Saddam Hussein gnadenlos verfolgt werden. Gegen Wehrlose und Fliehende setzt Saddam Hussein Napalm, Phosphor und Giftgas ein. Die Tragödie dieser Menschen ist das unmittelbare Ergebnis des Golfkrieges.

Diesmal sehen alle die Opfer und sind bestürzt und entsetzt. Nur, es muß uns klar sein, daß diese Menschen, die heute vor den Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein fliehen, noch vor einigen Wochen vor den Bomben der Alliierten geflohen sind. Damals wurden uns durch die kriegsbedingte Medien-

(C)

zensur nur die Piloten, Flugzeuge und Bomben gezeigt. Doch auch diese Bomben haben Menschen getötet, sie haben Trinkwasseranlagen zerstört, sie haben Tote und ein verseuchtes, zerstörtes Land hinterlassen. Das gehört eben zur Logik eines Krieges, also auch zur Logik des Golfkrieges.

Die Bilder und Ereignisse von Januar und Februar sollten beweisen, daß ein Krieg technisch führbar und militärisch gewinnbar ist. Aber die Bilder von März und April zeigen uns, daß es keinen sauberen Krieg geben kann. Ein Krieg ist für die Menschen und die Natur zerstörerisch. Kriege sind in ihren Auswirkungen nicht kontrollierbar; das zeigt unter anderem die Verfolgung der Schiiten und Kurden.

Die Interessen der Anti-Saddam-Koalition, getragen vom Westen, Syrien, den Golfstaaten und der Türkei, waren und sind nicht vereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, dessen Verwirklichung Auswirkungen auf die innenpolitische Situation der Nachbarländer des Irak hätte. Die Türkei schloß vor der militärischen Niederlage der Kurden ihre Grenzen für Hilfslieferungen und wurde damit zum Helfer von Saddam Hussein. Die im Südirak stationierten alliierten Truppen wiegten die Aufständischen durch ihre Ankündigung, keine Bombardierungen durch die irakische Luftwaffe zu dulden, in einer trügerischen Sicherheit.

(D)

Das Magazin "Spiegel" fragt am 15. April 1991:

Präsident Bush hat die Iraker erst zum Tyrannensturz aufgerufen und dann jede direkte Unterstützung verweigert. Ist das nicht Betrug?

Das kurdische Volk hat eine lange Leidensgeschichte hinter sich. Es soll immer wieder der Eindruck erweckt werden, daß das Leiden des kurdischen Volks mit dem Giftgasmassaker von Saddam Hussein vor drei Jahren, dem Tausende von Kurden zum Opfer fielen, begann; aber die Geschichte sagt etwas anderes. Nicht nur im Irak, auch in der Türkei, im Iran, in Syrien werden die Kurden verfolgt und unterdrückt, wobei Saddam Hussein allerdings besonders brutal vorgeht.

Die Krisensituation im Nahen und Mittleren Osten ist durch die Kolonialpolitik der europäischen Staaten in den letzten 70 Jahren angelegt worden. In dieser Zeit

(A) (Höhn [GRÜNE])

war es nie das Ziel, den Palästinenserinnen und Palästinensern, den Kurden oder Schiiten zu helfen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern es war das Ziel, den Einfluß in der Region zu behalten. Entsprechend mißtrauisch sind inzwischen die Kurden - und zu Recht! Die alte britische Kolonialpolitik von "balance of power" hat noch heute Gültigkeit.

Im "Spiegel"-Magazin 6/1991 heißt es dazu:

Nach Informationen der Washington Post sollen Ankara und Teheran deshalb schon am 4. Januar ein Geheimabkommen unterzeichnet haben, in dem sie sich verpflichten, nach dem Ende des Golfkrieges die Teilung des Irak sowie die Ausrufung eines unabhängigen Kurdenstaates zu verhindern. Amerika soll sich, als Dank für die Benutzung der Luftwaffenbasis, verpflichtet haben, keine kurdische Autonomiebewegung zu unterstützen.

Das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren!

(B)

Die Probleme des Nahen und Mittleren Ostens sind durch den Golfkrieg dramatisch verschärft worden. Das gilt für die Palästinenserinnen und Palästinenser, für den Libanon, für die Schiiten und die Kurden. Bush hat den Krieg militärisch gewonnen, aber politisch verloren. Das sind die Tatsachen.

Dieser Krieg ist von den Alliierten begonnen worden, um eine neue, nach ihren Interessen geformte Weltordnung mit militärischen Mitteln schaffen zu können. Entgegen ihren Beteuerungen war das Ziel dieser militärischen Unterstützung die Ausschaltung des Irak als regionale Großmacht. Es ging von Anfang an nicht um die Befreiung der Menschen in Kuwait und um die Herstellung des Selbstbestimmungsrechts, sondern um die langfristige Sicherung wirtschaftlicher Interessen in dieser Region.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders als bei der Subventionierung des Vernichtungskrieges gegen den Irak ist die humanitäre Hilfe für die Opfer dieses Krieges gering. Die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen sind völlig unzureichend. Die Bundesregierung hat sich mit ca. 18 Milliarden DM an

(C)

den Kosten für den Golfkrieg beteiligt; für humanitäre und medizinische Hilfe bewilligte das Kohl-Kabinett Anfang April dagegen gerade 28 Millionen DM. Durch den öffentlichen Druck und wohl auch als Ausdruck des schlechten Gewissens wurde diese Summe zwar inzwischen auf 415 Millionen DM erhöht, aber beide Zahlungen stehen in keinem Verhältnis zueinander.

Doch auch das Land Nordrhein-Westfalen ist gefordert, das kurdische Volk darin zu unterstützen, sein Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen. Wir schlagen vor, daß die Landesregierung den Aufbau einer Friedenspartnerschaft zwischen Kurdistan und Nordrhein-Westfalen in die Wege leitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die Regionen in Europa zu stärken und damit die Vielfalt der verschiedenen Kulturen in Europa zu wahren. Es geht nun darum, ein Volk dabei zu unterstützen, seine Sprache, seine Kultur, seine Lebensweise zu erhalten. Ebenso muß es um eine Unterstützung für die Schiiten gehen. Es ist in der jetzigen Situation richtig, zunächst Schutzzonen für die Kurden zu errichten; aber wir sind sicherlich ebenso einig, daß das Kurdenproblem nicht durch Sammellager und Reservate gelöst werden kann.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zunächst aber sollte NRW sehr schnell angesichts des Elends und der Bedrohung der kurdischen und schiitischen Flüchtlinge ein humanitäres Hilfsprogramm auflegen. Einen entsprechenden Haushaltsvorschlag haben wir zu dieser dritten Lesung eingereicht, und wir hoffen auf große Zustimmung zu diesem Vorschlag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solcher Schritt ist auch eine Wiedergutmachung für die Schäden, die durch den Verkauf von Massenvernichtungsmitteln von nordrhein-westfälischen Rüstungsfirmen an die irakische Regierung dem kurdischen Volk entstanden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Höhn [GRÜNE])

Wieviel von Institutionen erreicht werden kann, zeigen die langfristig angelegten Hilfsmaßnahmen von MEDICO-International. Aber auch Einzelpersonen können und wollen helfen. Innerhalb von nur wenigen Tagen wurden über 30 000 DM für einen Hilfskonvoi für die kurdische Bevölkerung gesammelt, der vom GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Siegfried Martsch und dem Arbeiter-Samariter-Bund Witten organisiert und durchgeführt wird.

Diese menschliche Tragödie darf uns nicht stumm machen, im Gegenteil: Sie erfordert unsere Phantasie und unsere Aktivitäten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt ein zweites Thema, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen seit Monaten beschäftigt: die Entwicklung in den fünf neuen Ländern. Die Fehleinschätzungen der Regierung Kohl müssen nun alle, die Menschen in Ost und West, bitter bezahlen. Was am 1. Juli 1989 nach Meinung der Bundesregierung so hoffnungsfroh beginnen sollte, die Währungsunion mit dem Umtauschkurs 1 : 1, dafür wird uns allen - sowohl den Osis als auch den Wessis - in den nächsten 10 oder 20, vielleicht sogar 30 Jahren die Rechnung präsentiert werden.

(B)

Kohl wird als Kanzler eines absoluten Spitzenrekordes in die bundesrepublikanische Geschichte eingehen: Noch nie sind Wahlversprechungen eines Politikers ein Volk so teuer zu stehen gekommen wie diesmal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wäre die Bundesregierung damals den Vorschlägen der GRÜNEN und Teilen der SPD, zum Beispiel auch Oskar Lafontaines, gefolgt und hätte sich für einen langsamen Übergang des wirtschaftlichen Systems entschieden, wäre uns allen viel erspart geblieben. So wurde der Volkswirtschaft ein Liberalisierungsprogramm von äußerster Brutalität zugemutet: einzigartig in der Geschichte.

Der Schock der Grenzöffnung alleine war für viele ehemalige DDR-Firmen eine Existenzbedrohung. Die Währungsunion sorgte für den Overkill, denn mit der Einführung der D-Mark kam eine 300%ige Aufwertung auf die Ex-DDR zu. Damit mußten Waren dreimal so teuer angeboten werden, wie sie im Verhältnis

(C)

zu Westprodukten eigentlich wert waren. Das wäre ähnlich, als wenn in der Bundesrepublik deutsche Autos morgen dreimal so teuer angeboten würden wie japanische, amerikanische oder französische Produkte und mit denen dann konkurrieren sollen.

Sämtliche Wirtschaftsinstitute hatten vor den Konsequenzen gewarnt. Kohl wußte also genau, was er tat, denn die Währungsunion war ein ganz konsequenter Schritt in einer Folge von Schritten, die er geplant hatte.

Deshalb ist es auch falsch, was Herr Rohde eben gesagt hat: Keiner habe es gewußt. Es hat genug Institute, auch Wirtschaftsinstitute gegeben, die vor diesem Schritt gewarnt haben. Trotzdem ist er erfolgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schritte, die Kohl eingeleitet hat, waren folgende. Der erste Schritt hieß: Macht den Osis den Mund wässrig. Drückt ihnen ein 100-DM-Schnupperangebot in die Hand, und laßt sie durch die weihnachtlich geschmückten Ladenzeilen im Westen spazieren.

Der zweite Schritt hieß: Laßt sie ihre Sparkonten 1 : 1 tauschen, damit auch die erste HiFi-Anlage, das erste Auto oder die erste Urlaubsreise nach Mallorca drin sind.

(D)

Der dritte Schritt hieß: Weckt in ihnen die Hoffnung, daß sie sich in zwei bis drei Jahren das alles leisten können, von dem sie meinen, daß es sich Leute im Westen leisten können.

Der vierte Schritt hieß: Paßt auf, daß sie erst dann aus diesem Glitzertraum aufwachen, wenn die Bundestagswahl vorbei ist, und daß sie erst nach dem 2. Dezember erkennen, daß in unserem Wirtschaftssystem alles seinen Preis hat - auch Glitzerträume und Schnupperangebote.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Folgen dieser "verkohlschen" Politik in den fünf neuen Bundesländern sind uns weitgehend bekannt: Massenarbeitslosigkeit, Massenkurzarbeit auf Null, Firmenzusammenbrüche, Wegbruch der sozialen

(A) (Höhn [GRÜNE])

Leistungen und ein Finanzloch im Osten, das in dieser Größe nicht notwendig war.

Die Leidtragenden sind einmal wieder überproportional die Frauen, die als erste ihre Jobs verloren, die Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder verloren und die sich nun möglichst schnell damit abfinden sollen, daß typische Frauenberufe und damit Frauenarbeit traditionell schlechter bewertet werden: Frauen auf Abruf, wenn die Wirtschaft sie braucht, Frauen gefeuert, wenn die Wirtschaft sie nicht mehr benötigt. In der ehemaligen DDR sind die Frauen durch ihren Job, durch Hausarbeit und Kindererziehung schamlos zwei- und dreifach ausgebeutet worden. Aber was erwartet sie eigentlich jetzt?

Auch die Folgen im Westen sind nicht weniger unsozial und unverschämt. Kohl wird in die Geschichte als der umgekehrte Robin Hood eingehen: Er nimmt den Armen und gibt den Reichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Die kleinen Leute, Sozialhilfeempfänger und kleine Rentner, müssen die Lasten tragen. Eine Erhöhung der Sozialabgaben für Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte um 2,5 % soll durch eine Senkung der Rentenabgaben um 1 % abgemildert werden. Dabei ist doch bekannt, daß 20 % neue Rentner- und Rentnerinnen unsere Rentenkassen belasten. Diese Renten müssen zusätzlich aufgebracht werden, und zwar von den jetzigen Rentenbeitragszahlern und -zahlerinnen, denn in der ehemaligen DDR war eben kein funktionierendes Rentensystem vorhanden, das übernommen werden konnte.

Was heißt das? Das heißt doch ganz klar und konkret, daß innerhalb kürzester Zeit die Senkung der Rentenabgaben um 1 % wieder rückgängig gemacht werden muß, ja, im Gegenteil, daß auch hier eine weitere Erhöhung anstehen wird. Nach der Steuerlüge ist also die nächste Lüge schon in Sicht: die Rentenlüge.

Die Telefongebühren sollen innerhalb kürzester Zeit das zweite Mal erhöht werden. Auch hier wird nach demselben Prinzip verfahren: Schröpfe die Kleinen und schone die Großen. Die Rentnerinnen und Rentner mit einer Kleinstrente trifft die Erhöhung der Telefongebühren mit dem gleichen Betrag wie den Millionär. Auf mittlere Sicht wird die deutsche Ein-

(C)

heit auch von den Rentnerinnen und Rentnern mit Minimalrenten bezahlt werden müssen. Das ist die Wirklichkeit, die Kohl uns mit seiner Politik eingebrockt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und was dem Ganzen die Krone aufsetzt: Die Vermögensteuer soll abgeschafft werden. Gegen diese Unverschämtheit war selbst ein Franz-Josef Strauß mit seiner Flugbenzinsteuerbefreiung ein Waisenknabe. Es gehört zu den schlimmsten Entgleisungen deutscher Politik, daß die Bundesregierung die Begüterten und die Reichen steuerlich sogar entlastet, während sie die kleinen Leute schröpfen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut erwartet - so heißt es in einem Papier -, daß die Produktion in den fünf neuen Ländern 1991 gerade einmal ein Drittel des Wertes von 1989 erreichen wird. Die fünf neuen Länder tragen nach den neuesten Zahlen mit 8,3 % zum Bruttosozialprodukt bei. Diese Tatsachen können zwei Konsequenzen haben: Entweder sinkt dann auch der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung entsprechend, oder wir leben alle auf Pump, wenn nämlich zusätzliches Geld in Umlauf gebracht wird. Auf Pump leben heißt: Die Inflationsrate steigt, Kreditzinsen steigen mit allen negativen Folgen. Konkurse, Versteigerungen sind die logischen Konsequenzen.

(D)

Niemand weiß zur Zeit, wie sich die horrenden Belastungen mittelfristig auswirken. Der Wirtschaftskoloß Bundesrepublik wankt, wenn auch wenig. Wenn in den fünf neuen Ländern die Produktivität in zehn Jahren der in den alten Bundesländern entsprechen soll, müßten 1,5 bis 1,9 Billionen Mark investiert werden. Billionen, meine Damen und Herren! Im Vergleich dazu geht der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages davon aus, daß in den nächsten drei bis fünf Jahren gerade mal 70 Milliarden DM investiert werden. Die Kluft zwischen den reichen westlichen Ländern und den fünf neuen Ländern wird also noch Jahrzehnte bestehen. Die Perspektive für die fünf neuen Länder ist die, das Sizilien der Bundesrepublik zu werden.

Diese gewaltigen Unterschiede, die riesigen Finanzsummen, die in den fünf neuen Ländern benötigt werden, können nicht wie bisher über den Länderfi-

(A) (Höhn [GRÜNE])

nanzausgleich umverteilt werden. Es müssen neue Finanzformen gefunden werden für diese vollkommen neue Aufgabe. Eine solche Situation hat es eben in der Geschichte bisher nie gegeben.

Das, was an sozialen Einschnitten und Steuererhöhungen jetzt und in den nächsten Monaten auf uns zukommt, ist - was die Milliardensummen angeht, die noch benötigt werden - ein Tropfen auf den heißen Stein. Wer den Leuten in Ost und West nicht jetzt - jetzt! - reinen Wein einschenkt, was auf sie zukommt in den nächsten Jahren, der verhält sich unverantwortlich der Bevölkerung gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Durch die verfehlte Bonner Politik, konkret durch die unnötigen Kosten für den Golfkrieg und die überhöhten Kosten der Vereinigung, wird die Bundesrepublik in den nächsten Jahren mit mindestens 150 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich belastet.

Auch unsere Haushaltsberatungen sind davon überschattet worden, daß im Landeshaushalt ganz kurzfristig noch einmal weitere 1,4 Milliarden DM eingespart werden mußten. Nur war das nicht ganz so schwer, weil Nordrhein-Westfalen in seinem Landeshaushalt nach Abzug der Kosten für die deutsche Einheit 3 Milliarden DM mehr zur Verfügung standen als noch im letzten Jahr. Das heißt, das, was Herr Farthmann uns eben weismachen wollte, daß es für Nordrhein-Westfalen nur Belastungen aus der deutschen Einheit gibt, stimmt nicht. Nordrhein-Westfalen profitiert von der deutschen Einheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt also trotz der immensen Kosten, die natürlich auch den NRW-Haushalt belasten, genügend Finanzmittel, das Land Nordrhein-Westfalen unter ökologischen, sozialen, demokratischen und dezentralen Aspekten umzubauen.

Das sehen wir in dem uns vorliegenden Haushalt nicht. Die Landesregierung versagt beim Umweltschutz. 1991 werden weniger Mittel für den Umweltschutz ausgegeben als 1990 - ein Rückschritt im ökologischen Bereich, der im diametralen Gegensatz zu den publicitywirksamen Show-Veranstaltungen von Umweltminister Matthiesen steht. Die Umweltausga-

(C)

ben haben gerade einmal einen kümmerlichen Anteil von 1,6 % am Gesamthaushalt.

Den großen Worten und Versprechungen sind Alibivorhaben gefolgt. Die ökologische Modernisierung, die die SPD seit 1985 proklamiert hat, kommt langsamer voran als eine Schnecke. Die SPD redet viel von Umweltschutz, aber die Umweltausgaben sind in den letzten fünf Jahren um 100 Millionen DM gesunken. Der Anteil der Umweltausgaben am Landeshaushalt sank seit 1986 von 2,1 % auf 1,6 %.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Ungeheuerlich!)

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wo die SPD die Prioritäten setzt. So wird das Land Nordrhein-Westfalen dem ökologischen Umbau noch in 100 Jahren hinterherkriechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer den ökologischen Umbau ernsthaft vorantreiben will, muß das Instrumentarium von Ökosteuern und Ökoabgaben einsetzen.

In der Bundesrepublik wie auch in Nordrhein-Westfalen selbst haben sich in den letzten Jahren Umweltskandale gehäuft. Langsam wird vielen deutlich, welche Folgekosten die Produktion verursacht, die nicht im Einklang mit der Natur steht. Die Politik in diesem Land ist zu lange nach dem Motto verfahren: Wenn die Umweltverschmutzung zu groß wird, bauen wir einfach die Schornsteine höher, damit sich der Dreck besser verteilt.

(D)

Das gilt insbesondere übrigens immer noch für die Müllpolitik von Minister Matthiesen in Nordrhein-Westfalen. Wer Müllverbrennung in Industrieanlagen zuläßt, verfährt genau nach diesem Schema, daß Dioxine nämlich einfach solidarisch über das ganze Land verteilt werden, das heißt: Die Dioxinbelastung wird sozialisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Umweltverschmutzung gilt aber eben nicht das Sprichwort "Aus den Augen, aus dem Sinn", sondern es gilt das Motto: aus den Augen in den Wind, in das Wasser, auf den Boden! Und irgend-

(A) (Höhn [GRÜNE])

wann kommt das alles zurück, was wir als Emissionen in unsere Umwelt herauslassen.

Jede Umweltsünde holt uns irgendwann wieder ein. Ein Beispiel dafür sind die neuesten Berichte aus Marsberg. Vor 50 Jahren nahm die Kupferhütte in Marsberg ihren Betrieb auf, eine Dioxinschleuder besonderer Güte. 20 Jahre lang, von 1955 bis 1975, wurden 800 000 t hochgradig dioxinverseuchte Schlacke auf Sportplätzen, Schulhöfen und Fahrradwegen in der ganzen Bundesrepublik verteilt. In Bremen wurde der Skandal jetzt entdeckt, als Dioxinwerte von bis zu 100 000 Nanogramm pro kg Trokenmasse im Boden festgestellt wurden.

In Seveso hatten 1 000 Nanogramm pro kg Trockenmasse im Boden ausgereicht, um die Leute zu evakuieren. So hoch ist inzwischen der Verseuchungsgrad in der Bundesrepublik, und zwar nicht nur in Bitterfeld, meine Damen und Herren, sondern auch in den westlichen Bundesländern.

Das Beispiel Marsberg zeigt, wie vorsichtig wir sein müssen. Die vielen industriellen Altlasten, auf denen wir in Nordrhein-Westfalen leben, sind tickende Zeitbomben. Sie zu sanieren erfordert Summen in gigantischer Höhe. Nur um eine einzige Altlast zu analysieren, also um festzustellen, welche Giftstoffe überhaupt dort im Boden schlummern, sind oft Millionen notwendig. Wenn wir sie einfach liegenlassen, sickern die Giftstoffe ins Grundwasser und vergiften uns oder unsere Kinder in späteren Jahren.

(B)

Aus diesem Grund ist es zum einen notwendig, schnell neue Wege der Sanierung zu finden, und zum anderen, die Umweltverpester zur Kasse zu bitten. Das haben wir als GRÜNE vor; dazu haben wir mit unseren Ökoabgaben Vorschläge gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem die GRÜNEN seit Jahren unterschiedlichste Ökoabgaben - zum Beispiel auf Abgas, auf Abfall oder auf Abwasser - gefordert haben und das in diesen Haushaltsberatungen auch wiederum sehr detailliert getan haben, liegt nun ein Antrag der SPD vor, die Auswirkungen von Ökosteuern und Ökoabgaben auf Nordrhein-Westfalen prüfen zu lassen. Baden-Württemberg als CDU-Land ist darin schon ein Stück weiter und hat Ökoabgaben auch auf Landesebene inzwischen eingeführt.

(C)

Die SPD verspricht seit 1985 die ökologische Erneuerung, sie hat nur vergessen zu sagen, daß die Erneuerung im Schneckentempo erfolgen soll.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren im sozialen Bereich systematisch gespart. Ein Beispiel ist die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst. In den letzten zwei Jahren wurde im öffentlichen Dienst eine Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden erreicht. Die Tarifabschlüsse waren mit 1,7 % und 1,4 % entsprechend gering. Aber anstatt neue Stellen zu schaffen - Ziel der Gewerkschaften und der Beschäftigten war ja, einen Solidarbeitrag für die Arbeitslosen in diesem Land zu leisten -, versuchte das Land, seinen Haushalt durch die niedrigen Tarifabschlüsse zu sanieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beschäftigten fühlten sich zu Recht verschaukelt. Ihre Arbeitsbedingungen verschlechterten sich, die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch. Wen wundert es, daß in diesem Jahr bei den Tarifverhandlungen von Arbeitszeitverkürzung nicht mehr die Rede war und mit 6 % eine kräftige Lohnerhöhung ins Haus stand.

Ähnliches gilt an den Schulen. Der äußerst sparsame Landesrechnungshof hat ausgerechnet, daß jedes Jahr mindestens 2 000 zusätzliche Lehrer- und Lehrerinnenstellen unbedingt erforderlich sind. Die Landesregierung schafft gerade mal 600. Der Stellenmangel an den Schulen hat inzwischen eklatante Auswirkungen: Klassen werden zusammengelegt, Stunden fallen aus, der Elternprotest wächst stetig an.

(D)

Wie schön mit Zahlen manipuliert werden kann, wird gerade in diesem Bereich deutlich. Da steht in der Zeitung, daß 2 000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden sollen. Es wird nur nicht dazugeschrieben, daß 1 400 in Pension gehen und daß damit nur 600 neue Stellen geschaffen worden sind.

Das ist eine Politik, die auf Show-Effekte aus ist, die bei Unbeteiligten vielleicht sogar Wirkung erzielt, aber an den Schulen merken die Betroffenen sehr wohl, daß die Situation immer brenzlicher wird. Wir GRÜNEN meinen, daß 1991 8 000 neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden müssen. Das lindert die größte Not und ist nach unseren

(A) (Höhn [GRÜNE])

Berechnungen in diesem Jahr möglich und finanzierbar.

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Rau großspurig 100 000 neue Kindergartenplätze in den nächsten 5 Jahren angekündigt. Bravo! Nur, bezahlen sollen die Gemeinden und die Eltern. So nicht, Herr Ministerpräsident Rau!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer die Musik bestellt, muß auch löhnen! Dieser Spruch gilt nicht nur im Ruhrgebiet, ich denke, er gilt für ganz Nordrhein-Westfalen und auch für Ministerpräsident Rau. Nach unseren Vorstellungen ist es möglich, daß 1991 30 000 neue Kindergartenplätze geschaffen werden, und zwar vom Land bezahlt.

Wußten Sie eigentlich, daß nach den jetzigen Bestimmungen des Ministeriums der durchschnittliche Platz, der pro Kind im Gruppenraum eines Kindergartens zur Verfügung steht, unter 2 Quadratmetern liegt, also kleiner ist als ein durchschnittliches Bett?

Wußten Sie, daß auf diesen 2 Quadratmetern noch ein Stuhl, ein Anteil vom Tischchen und ein Anteil von den Regalen für das Spielzeug Platz haben muß?

(B)

Wußten Sie, daß damit einem Kind im Durchschnitt weniger als 1 Quadratmeter zum Spielen zur Verfügung steht? Das ist ungefähr soviel, wie Sie jetzt gerade zum Sitzen benötigen. An dieser Situation in den Kindergärten wollen wir etwas ändern.

Am "Tag des Kindes" werden immer so schöne Reden gehalten. Es wäre schön, wenn ich es noch erleben könnte, daß die schönen Reden für die Kinder in diesem Land endlich einmal umgesetzt werden.

Wußten Sie, daß der Beruf der Erzieherin - übrigens ein typischer Frauenberuf - im Verhältnis zur Ausbildung zu den schlechtestbezahlten im öffentlichen Dienst gehört? Dabei erfordert dieser Beruf Kreativität, pädagogische Fähigkeiten, Durchsetzungsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Fröhlichkeit und vieles mehr. Dieses Mißverhältnis zwischen Leistung und Bezahlung meine ich, wenn ich sage: Frauen haben in diesem Land noch viel zu tun! Von der Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt.

(C)

Dabei ist eine Erzieherin im Kindergarten noch gut dran. Sie gehört zu den Glücklichen, die noch einen Job haben. Wir, die GRÜNEN-Fraktion, wollen zum Beispiel, daß die Landesregierung dafür sorgt, daß die hohe Erwerbslosigkeit von Frauen abgebaut wird. Tatsächlich ist im Landeshaushalt vorgesehen, diesen Betrag um 10 Millionen DM zu kürzen.

Wie war das noch mal? - Die SPD, eine Partei, bei der Fraueninteressen gut aufgehoben sind? Wir hier im Landtag spüren davon nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst kleine Projekte - eine Zufluchtsstätte für sexuell mißbrauchte Mädchen, die Mädcheninitiative Bielefeld, die vom Land 200 000 DM benötigte, um ihre Arbeit zu verwirklichen - scheitern an den falschen Prioritäten der Landesregierung. Es reicht nicht, eine Frauenministerin zu bestellen,

(Zuruf der Ministerin Ridder-Melchers)

die Frauenministerin muß auch die finanziellen Spielräume haben, um Politik für Frauen machen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Der Finanzminister war in der Lage, innerhalb einer Woche 1,4 Milliarden DM im Haushalt zu kürzen. Diese Landesregierung aber ist nicht in der Lage, ein paar hunderttausend DM für sinnvolle Frauenprojekte lockerzumachen. Das ist das Mißverhältnis der SPD-Politik in diesem Land.

(Sehr richtig! und Beifall bei den GRÜNEN)

Um die Dimensionen deutlich zu machen, die in den unterschiedlichsten Bereichen zur Verfügung stehen, ein Beispiel: Ein Kilometer Autobahn kostet ca. 12 bis 15 Millionen DM. Wie viele Frauenprojekte könnten wir von dem Geld für nur einen Kilometer wohl bezahlen!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von SPD und CDU - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Die Frauen wollen aber Auto fahren! - Ministerpräsident Dr. Rau: Und wie viele Betten passen da hin?)

(A) (Höhn [GRÜNE])

- Ja, es wäre vielleicht eine bessere Idee, wenn wir diesen Kilometer Autobahn überdachen und Betten daraufstellen würden, als jeden Tag Hunderttausende von Autos darüber rollen zu lassen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber über diesen Kilometer fahren doch die ganzen Frauen!)

- Nein, Herr Schauerte, das zeigt, wie wenig Ahnung Sie von Frauenpolitik haben. Die Frauen benutzen in der Mehrheit den öffentlichen Nahverkehr, und diejenigen, die die Autos benutzen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu kommen, sind meistens die Männer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von SPD und CDU)

Dabei sind Frauen mehrfach betroffen, wenn im sozialen Bereich gekürzt wird, wie es schon seit einiger Zeit der Fall ist; ich habe schon einige Beispiele erwähnt. Hinzu kommen Kürzungen bei der Sozialhilfe und bei der Altenpflege.

Die Gemeinden werden finanziell geradezu ausgetrocknet. Über Jahre hinweg sind ihnen immer mehr zusätzliche Aufgaben übertragen worden, aber die entsprechenden Finanzmittel stehen nicht mehr zur Verfügung. Wenn die Gemeinden sämtliche Auflagen und Gesetze von Bund und Land umsetzen würden, wären die meisten von ihnen schon pleite. Um dieser Pleite zu entgehen, setzen sie die Gesetze eben nicht mehr um. Da wird bei der Sozialhilfe geknapt, da können im Altenpflegebereich ambulante Dienste nur noch von den wohlhabenden Kommunen ansatzweise ausgebaut werden. Viele andere Gemeinden gehen leer aus.

Die Bevölkerung hat den größten Bezug zur Politik über die Kommune. Dort können Menschen aktiv werden, Ideen entwickeln und diese einbringen, dort kann Demokratie vor Ort verwirklicht werden. Die Grundlage dafür ist aber ein ausreichender finanzieller Spielraum. Genau dieser wird den Kommunen aber immer stärker beschnitten. Wir GRÜNE wollen diesen Trend wieder rückgängig machen, wir wollen eine finanzielle Ausstattung der Gemeinden, die ihnen die kommunale Selbstverwaltung zurückbringt.

Wofür das Geld ausgegeben wird, ist eine Frage der Prioritäten. Und da setzen wir GRÜNEN die Gewicht-

(C)

te anders, als dieser Landeshaushalt es tut. Wir wollen den Umbau von Nordrhein-Westfalen erreichen, auf ökologischem Gebiet mit der Schaffung von Öko-Abgaben für besonders umweltbelastendes Verhalten. Wir wollen diese Mittel nutzen, um umweltschonendes Verhalten zu fördern und alternative Finanzspielräume zu erschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen im Straßenbau sparen und dafür den öffentlichen Nahverkehr fördern. Wir wollen Verbesserungen im sozialen Bereich, in Kindergärten, in Schulen, bei der Sozialhilfe und in der Altenpflege. Wir wollen aktive Frauenpolitik machen. Viele dieser Vorstellungen setzen eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden voraus.

Dieses Land benötigt einen gründlichen Umbau in ökologischer, sozialer, demokratischer und dezentraler Hinsicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN haben mit unseren Vorschlägen zum Landeshaushalt Konzepte entworfen und gezeigt, wie dieser Umbau nach unserer Meinung mit den Finanzmitteln, die diesem Land zur Verfügung stehen, möglich ist. Es wird noch ein hartes Stück Arbeit sein, die langsame Schnecke SPD auf Trab zu bringen, damit sie sich etwas in diese Richtung bewegt.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Ministerpräsident Dr. Rau: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir vor diesem intimen Zuhörerkreis nur einige Bemerkungen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Wir sind da!)

Frau Kollegin Höhn, Sie werden noch einige Zeit brauchen, bis Sie mich an das Bild einer trabenden Schnecke, von der Sie im letzten Satz Ihrer Rede gesprochen haben, gewöhnt haben.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie meinte eine tragende Schnecke!)

- Nein, nein, sie hat gesagt: die langsame Schnecke SPD auf Trab zu bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klimke [CDU])

- Ich sehe da gerade jemanden, der vom Trab mehr versteht als Sie von Schnecken. - Aber ich werde mich an das Bild gewöhnen. Ich freue mich sogar über das Bild, auch wenn es einen Bruch hat; denn der Satz von Günter Grass, der Fortschritt ist eine Schnecke, und die Identifizierung von SPD mit Fortschritt, gefallen mir.

(Beifall bei der SPD)

Nicht gefallen hat mir das - ich sage das eher beiläufig nach dem, was die Damen und Herren Vorredner gesagt haben -, was Herr Kollege Linssen gesagt hat. Ich habe im Landtag selten Goethe zitiert, aber dabei habe ich gedacht, man sollte sagen, Herr Linssen: Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Dabei gestehe ich, daß ich auf Ihre Rede mit einiger Spannung gewartet habe; denn ich hatte mir auf der Fahrt hierher überlegt - zugegebenermaßen im Auto, Frau Höhn -, was der Oppositionsführer sagen wird. Dabei war ich auf drei Dinge gekommen. Ich hatte erstens gedacht, er spricht zum Haushalt. Das war ein Irrtum. Dazu habe ich nichts gehört. Dann habe ich gedacht: Wenn er nicht zum Haushalt spricht, wird er wahrscheinlich in der Depression des Tages als Nachbar derer, die am Sonntag eine Wahl nicht nur erlebt, sondern die gewählt haben, als christdemokratischer Politiker in Düsseldorf den Versuch machen, öffentlich den Gründen dafür, daß der Weg zur Splitterpartei in Rheinland-Pfalz schneller wird, nachzuspüren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das haben Sie ernsthaft gedacht?)

- Ja sicher, deshalb bin ich so enttäuscht.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Sie reden jetzt auch zum Haushalt, nicht wahr?)

(C)

- Sie können sich darauf verlassen, daß ich zum Haushalt rede.

Dann habe ich geglaubt, aus den Gründen für das, was am Sonntag in Rheinland-Pfalz geschehen ist, ergeben sich möglicherweise neue Erkenntnisse im Hinblick auf die Politik der CDU.

Sie haben am Schluß Ihrer Rede wieder einmal gesagt, das Land sei mich nun allmählich leid,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Viel netter habe ich das gesagt!)

obwohl Sie dreimal erlebt haben, daß Ihre Prophezeiungen im Hinblick auf die Zustimmung, die die SPD und ich bei den Bürgern erfahren, falsch waren. Durch Ereignisse, die ich nicht zu verantworten habe, bin ich nicht nur seit Januar der dienstälteste, sondern seit Sonntag auch der lebensälteste Ministerpräsident. Ich möchte den Versuch gern noch einmal ein viertes Mal wagen,

(Beifall bei der SPD)

wenn der Wähler es will, die Politik dieses Landes in der Funktion, die ich jetzt habe, mitzugestalten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es ist wirklich kein Nachwuchs da! Sie müssen weitermachen!)

(D)

- Was meinen Nachwuchs angeht, verbitte ich mir jede Einrede.

(Heiterkeit bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nachfolger!)

- Sehen Sie, das sollten Sie aus Rheinland-Pfalz lernen: Man muß aufpassen, daß die Nachfolger einem nicht zu früh in die Hacken treten.

(Heiterkeit)

Ich bin ja für Fröhlichkeit in der Debatte, ich möchte Ihnen aber doch gern sagen: Dieser Haushalt ist die angemessene und richtige Antwort in einer schwierigen Zeit.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Ich will Ihnen das gerne zu erläutern versuchen. Denn man darf nie aufgeben, Menschen zu überzeugen zu versuchen. Und so ist die Debatte auch der Versuch, das eine oder andere Argument - und sei es auch nur durch Zitate - wieder an den Mann oder an die Frau zu bringen.

Aber bevor ich mich dem zuwende, würde ich gerne - auch angeregt durch einen Zwischenruf - sagen: Ich war bei der zweiten Lesung nicht anwesend, habe einige Wochen hier nicht erleben können, aber die Diskussionen um die Frage mitbekommen, ob der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der Kollege Farthmann, eine andere Aufgabe übernehmen würde. Mir liegt daran, auch öffentlich zu sagen, daß es für die Arbeitnehmer von Zeiss gut gewesen wäre, wenn ein so erfahrener Mann den Aufbau hätte leiten können, und daß es gut für unser Land ist, daß es dazu nicht gekommen ist. Ich freue mich, daß er hier ist und daß er hier bleibt!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das gerne auch einmal öffentlich aussprechen.

(B)

Wir haben mit dem Haushalt gezeigt - und zwar die Landesregierung gemeinsam mit der sie tragenden Fraktion -, daß wir in dieser schwierigen Situation handlungsfähig sind. Wir haben in kürzester Zeit - Frau Höhn meinte, in einer Woche; das ist nur der öffentliche Teil - 1,4 Milliarden DM eingespart, die wir für die neuen Länder brauchten und die wir brauchten trotz vorheriger Abstimmung mit dem Bund, daß der Fonds "Deutsche Einheit" den Beitrag der Länder vollständig enthalte.

Wir haben das so getan, daß keine Abstriche an der Regierungserklärung gemacht zu werden brauchen. Ich habe es bedauert, daß das in den kritischen Beiträgen der Opposition nicht wenigstens mit angeklungen ist.

Sie haben gesagt: Wir müssen viele Wohnungen bauen. - Richtig. Sie haben nicht gesagt, daß wir 27 000 bauen, daß wir 27 000 Plätze in Kindergärten und Tagesstätten zur Verfügung stellen.

Und wenn wir heute vormittag schon Bedenkenswertes und Unterstützenswertes über die Situation der alten Menschen in unserer Gesellschaft hören, dann

(C)

fügen Sie doch bitte hinzu, daß wir in der Altenpolitik eine große Anstrengung machen und daß es sich um einen Zuwachs um mehr als ein Viertel gegenüber dem Haushaltsansatz von 1990 handelt.

Wenn Sie die ökologische und ökonomische Situation unseres Landes beschreiben, dann fügen Sie doch hinzu, daß wir die Schwerpunkte beim übrigen Personalzuwachs, außer bei den zusätzlichen Stellen für Lehrer und Polizei, im Umweltschutz, bei der Gewerbeaufsicht, in den Hochschulen und bei der Beschleunigung von Asylverfahren haben.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der - im Augenblick jedenfalls - entscheidende und für jeden erkennbare Unterschied - der vergangene Sonntag hat das gezeigt - zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung: Wir handeln nach der Wahl nicht anders, als wir es vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die Kindergartenlücke von 1980!)

(D)

- Herr Kollege Schauerte, hören Sie mir zu; das ist gut für Sie. - Das gilt übrigens für die versprochenen Leistungen, aber das gilt auch für die Erwartungen des Landes an die Kommunen und an die Bürger. Ich habe in der Regierungserklärung am 15. August, die ja zum Teil auch von der Opposition gelobt worden ist, unmißverständlich gesagt - jeder kann das nachlesen - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die Regierungserklärung war nach der Wahl, nicht vor der Wahl!)

- Die Regierungserklärung war nach der Wahl, aber ich habe auch vor der Wahl Entsprechendes gesagt. Herr Kollege Farthmann hat eben darauf hingewiesen. Die Erhöhung der Kindergartenbeiträge haben der Kollege Farthmann und ich vor der Landtagswahl öffentlich angekündigt. Herr Kollege Schauerte, lesen muß man, bevor man ruft.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Aber in der Regierungserklärung vom 15. August - das war nach der Wahl - habe ich gesagt:

Angesichts der finanziellen Situation des Landes, nicht zuletzt als Folge der deutschen Einheit, müssen Kommunen und Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen.

Ich habe als Beispiel für diese Beteiligung der Bürger in der Regierungserklärung genannt - ich zitiere -:

Angesichts der Belastungen, vor denen wir stehen, muß es erlaubt sein zu fragen: Müssen sich unterschiedliche Einkommens- und Vermögenslagen nicht auch bei der Beteiligung an den Kosten öffentlicher Leistungen deutlicher widerspiegeln?

Wir sind alle gefordert, wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit auch da zu verwirklichen, wo Kritik und Gegenwehr von denen kommen, die bisher Leistungen des Staates empfangen haben, obwohl sie darauf nicht angewiesen sind.

(B) Das gilt, meine Damen und Herren. Und ich vermag nicht einzusehen, daß der kaufmännische Angestellte in Baden-Württemberg oder in Niedersachsen - oder nehmen Sie welches Bundesland auch immer - für den Platz für sein Kind im Kindergarten 180, 240 oder wie in großen Städten bis 300 DM zahlt und daß ich als späberufener Vater 100 DM zu zahlen habe und das, was zu den Kosten eigentlich noch beigetragen werden müßte, dann als Spende an den Träger machen soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, da kann man den Weg der Gerechtigkeit gehen, indem man die starken Schultern stärker belastet als die schwachen Schultern.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das in der Regierungserklärung gesagt. Sie konnten hören:

Zur neuen Konzentration auf diese Aufgabe

- Kindergärten und -tagesstätten -

(C)

gehört es, daß die Beteiligung von Land, Gemeinden und Eltern an der Finanzierung neu geordnet wird.

Ich habe hinzugefügt:

Auch die Elternbeiträge, die seit 1982 unverändert sind, müssen neu festgelegt werden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben versprochen, sie würden abgeschafft!)

- Das haben Sie jetzt mit 1971 verwechselt. Und wenn Sie noch 100 Jahre zurückgehen, haben Sie ein schönes Jahr.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1980 haben Sie das versprochen!)

- Ich habe das nicht versprochen, Herr Schauerte.
- Ich zitiere weiter:

Die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Familien soll noch stärker beachtet werden.

(D) Ich habe Entsprechendes beim ganztägigen Schulangebot gesagt, bei Gewässerschutz und Abwassergebühren, und ich kann Ihnen sagen: Wir bleiben bei dem, was wir vor der Wahl gesagt haben, und wir bleiben bei der Erfüllung der Regierungserklärung. Das wird im nächsten Jahr noch schwerer als in diesem Jahr.

(Zuruf von der F.D.P.: Darum genehmigen Sie keine Ganztagschule!)

Wir haben zum Glück mehr Zeit. Wir haben Einnahmeausfälle durch zusätzliche Leistungen für die neuen Länder, und niemand glaube, das sei auf den Haushalt 1991 beschränkt. Auch die mittelfristige Finanzplanung ist betroffen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist nicht vorgelegt worden.)

Mir liegt daran, daß die Aufgabenschwerpunkte aus der Regierungserklärung im Haushalt wiederzufinden sind, und das ist bei diesem Haushalt so.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Nun will ich gern einen Gedanken aufnehmen, der sowohl bei Herrn Linssen als auch bei Herrn Kollegen Rohde auftauchte. Herr Rohde hat das ziemlich drastisch gesagt: Wir schimpften immer nur auf Bonn, und nichts anderes fiel uns ein, und das sei langweilig. Herr Kollege Rohde, es ist in der Tat so, daß viele landespolitische Erwartungen wegen der immer ungerechter werdenden Verteilung der Mittel zwischen Bund und Ländern nicht erfüllt werden können.

Aber es gibt Bereiche - und die will ich gern einmal darstellen -, in denen wir mit der Bundesregierung hervorragend zusammenarbeiten. Ich gestehe, wenn ich an die erste Hälfte meiner bisherigen Amtszeit denke und dann an den Wechsel 1982/83, daß sich da vieles verbessert hat gegenüber dem, was in den Jahren 1983 ff. gewesen ist. Auch die Bemühungen des Bundeskanzlers, z. B. der Kohle bis 1995 die Garantie für 40,9 Millionen Jahrestonnen zu geben, wie er sie ausgesprochen hat, muß öffentlich gewürdigt werden. Nur dürfen ihm dann die eigenen Leute diese Position nicht wieder wegnehmen!

(Beifall bei der SPD)

(B)

Sonst kommt der Bundeskanzler in Schwierigkeiten, und ich muß ihn doch schützen, wenn er etwas für Nordrhein-Westfalen zusagt.

Aber ein Systemfehler wird sich immer deutlicher bemerkbar machen, und das hat nichts mit SPD, F.D.P. und CDU zu tun. Das ist die Tatsache, daß die Länder keinen Anteil am Steuerzuwachs haben. Herr Kollege Farthmann hat darauf hingewiesen: Die in zwei Jahren zu erwartende Einnahmeorgie von 47 Milliarden DM geht voll an den Bund. Wir als Sozialdemokraten streiten über die soziale Gerechtigkeit dieser Steuermehreinnahmen; wir haben andere Positionen vertreten. Aber wenn dann z. B. ein 7,5%iger Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer beschlossen wird und das gesetzestechnisch so gemacht wird, daß keinesfalls wie sonst bei der Einkommen- und Lohnsteuer die Länder beteiligt werden können, wenn dann die Erhöhung der Mineralölsteuer natürlich so beschlossen wird, daß nur der Bund davon etwas hat, weil die Mineralölsteuer eine reine Bundessteuer ist, dann erwarte ich, daß der Bund mit uns Gespräche beispielsweise über die Frage führt, ob man, wenn man aus ökologischen oder wirtschaftlichen Gründen zu der Überzeugung kommt, das Steu-

(C)

eraufkommen durch Autofahren müsse vergrößert werden, nicht Mineralölsteuer und Kraftfahrzeugsteuer so zusammenfaßt, daß anschließend die Länder nicht wieder diejenigen sind, die die Lasten zu tragen haben, während der Bund das Geld einnimmt.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das soll doch in die neuen Länder! - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Dann sollten Sie das auch Baden-Württemberg und Bayern mitteilen!)

Sicher teile ich denen das mit. Ich kann doch hier meinen Diskussionsbeitrag leisten, auch wenn ich andere noch nicht habe überzeugen können. An die Adresse der Bundesregierung ist der Vorwurf zu richten, daß sie ständig bei Steuersenkungen die der Länder und Gemeinden senkt und bei Erhöhungen die des Bundes erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Meinung - und ich habe dafür eine ganze Reihe von Belegen, und ich habe es oft vor diesem Landtag ausgesprochen -: Wir müssen zur Gemeinsamkeit finden um der neuen Länder willen und um der gemeinsamen Zukunft willen. Nur, Gemeinsamkeit ist nicht Anschluß der einen an die anderen, sondern ist Ergebnis eines Dialogs, und dieser Dialog ist bis auf die Verhandlungen zum zweiten Staatsvertrag entweder verweigert oder unzulänglich und nebenher geführt worden.

(D)

Die Bundesregierung hat kein finanzpolitisches Konzept für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern. Ihre Politik verteilt die Lasten ungerecht, und das führt dazu, daß es hier wachsende Verdrossenheit gibt und wachsende Verunsicherung im Osten.

Die Interessen der Länder und Gemeinden werden rücksichtslos übergangen. Das geht zu Lasten wichtiger Aufgaben der sozialen Infrastruktur. Der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit muß endlich wieder gelten, und alle Länder brauchen ab 1992 dringend zusätzliche Einnahmen. Ich hoffe, daß die Chancen dafür nach der Wahl in Rheinland-Pfalz günstiger geworden sind. Es gibt eine Stärkung der Position der SPD-geführten Bundesländer. Das wird zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne eines lebendigen Föderalismus geben.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie wollen mit Ihrer Mehrheit weitere Steuererhöhungen durchsetzen!)

- Herr Kollege Schauerte, was Steuererhöhungen angeht, haben wir nicht den Ehrgeiz, Sie zu übertreffen. Wir wären schon dankbar gewesen, wenn Sie auf die Steuersenkungen damals verzichtet hätten. Dann hätten Sie die Steuererhöhungen jetzt nicht gebraucht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der F.D.P.: Dann wäre das alles schon verbraucht!)

Ich hatte, meine Damen und Herren, am Anfang gesagt, daß ich damit gerechnet hätte, Herr Linssen würde drei Fragen stellen oder drei Themen behandeln. Zwei davon habe ich genannt; das dritte habe ich nicht genannt. Ich hatte nach früheren Erörterungen hier geglaubt, Herr Linssen als Vorsitzender der CDU-Fraktion würde hier wenigstens ein Wort, einen Satz, einen erklärenden oder entschuldigenden Satz zu der Tatsache sagen, daß zwei Tage nach der rheinland-pfälzischen Wahl der Bundestagsabgeordnete Helmut Kohl erklärt, der Sitz der Bundesregierung solle von Bonn weggelegt werden. Das wäre gut gewesen.

(B) (Zuruf von der CDU)

Ja, bei uns gibt es auch welche, die diese Meinung haben; aber wir haben ja hier im Landtag eine Meinungsbildung gehabt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Herr Kollege Farthmann zum Beispiel.)

- Beispielsweise! Da können Sie einmal sehen, was wir für gute Leute haben, Herr Schauerte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Oder Herr Vogel!)

- Auch! Aber es geht doch hier um unsere Landespolitik und darum, daß am Sonntag eine Wahl gewesen ist, in deren Vorfeld jedenfalls im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz kein Thema brisanter gewesen ist als dieses und die Menschen nach keinem Thema mehr gefragt haben.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

(C)

Ich habe es als merkwürdig empfunden, daß das zwei Tage nach der Wahl in Rheinland-Pfalz kam. Ich denke, das ist mehr als eine Stilfrage. Aber der Bundeskanzler muß wissen, was er tut.

(Zuruf von der CDU: Allerdings!)

Ich dachte, eine Erläuterung werde vom Fraktionsvorsitzenden der CDU kommen.

Ich bleibe dabei, meine Damen und Herren: Ich habe Gesprächsbereitschaft angeboten, seit das Thema virulent ist. Ich habe übrigens ein Gespräch geführt, und ich werde Gespräche in dieser Frage führen. Eine Entscheidung gegen Bonn würde die Region Köln/Bonn, würde die Rheinschiene treffen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Dann sagen Sie das dem Landespolitiker Farthmann!)

Ich bin davon überzeugt, daß diese Art, jetzt Entscheidungen anzukündigen, gleichzeitig aber hinzuzufügen, daß sie erst in 10, 15 Jahren fällig werden, dem Raum Berlin noch nicht nützt und der Rheinschiene schon schadet. Das halte ich für ganz besonders verhängnisvoll.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten von F.D.P. und GRÜNEN)

(D)

Ich werde für die Interessen Bonns und für die Interessen der Rheinschiene eintreten, aber ich werde das nicht tun, indem ich mich in den Chor derer begeben, die Berlin "schlechtreden". Berlin ist eine große Metropole, Berlin hat Zukunft, Berlin hat im Augenblick unendliche Probleme und Sorgen. Ich habe am 3. Oktober einen Hauptstadtvertrag für Berlin vorgeschlagen, weil es, wie Willy Brandt es gesagt hat, natürlich nicht dabei bleiben kann, daß der eine das Türschild und der andere die Einrichtung bekommt. Darüber wird es Gespräche geben.

Es wird übrigens, Herr Kollege Rohde, natürlich auch Gespräche mit Herrn Möllemann geben. Ich habe gestern mit ihm telefonisch Kontakt gehabt und hoffe, daß die Büros heute morgen einen Termin zustande bekommen haben. Daß das erst so spät ist, hängt damit zusammen, daß ich mir im Urlaub den "Spiegel" nicht gekauft hatte, so daß ich gar nicht

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

wußte, mit wem er in welcher Reihenfolge reden wollte.

(Heiterkeit)

Aber das ist jetzt in Ordnung. Wir treffen uns, und das wird ein freundliches Gespräch; denn an Konsens liegt mir. Ich gestehe aber, ich habe fünf Jahre lang in der Ministerpräsidentenkonferenz versucht, einen Konsens zur Entsorgung zustande zu bringen. Es gab CDU-Kollegen, die sich sogar geweigert haben, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen, während ich immer gesagt habe: Wir brauchen zuerst einen Konsens in der Entsorgungsfrage; sonst ist vieles andere Makulatur, was wir zur Energieversorgung miteinander besprechen.

Ich weiß, daß ich nicht vollständig alle Fragen, die gestellt worden sind, aufgegriffen habe. Aber ich würde gern Frau Kollegin Höhn noch bitten, bevor sie die Zahlen, die sie hier zum Anteil des Umweltschutzes in unserem Haushalt zitiert hat, in öffentliche Versammlungen bringt - insofern waren wir hier keine -, sich doch einmal mit dem System der Plafondierung vertraut zu machen,

(B) (Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Ist doch absolut lächerlich! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das sind doch Ausreden! Das bringt doch nichts!)

sich einmal anzusehen, wieviel wir im Umweltschutz in den verschiedenen Jahren getan haben. Sie werden feststellen, die Rolle des Umweltschutzes ist nicht rückläufig.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Aber natürlich ist sie rückläufig! Offensichtlich!)

- Nein, sie ist nicht rückläufig, sondern sie geht voran.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das ist doch nur Gerede!)

Wir erfreuen uns an den Erfolgen und hoffen, daß wir eines Tages, weil wir Erfolge haben, das Gewicht auf andere Prioritäten legen können.

(C)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Werden Sie doch einmal deutlich!)

Der Umweltschutz wird so bleiben, daß sich die Schnecke nicht überholen läßt, weder von links noch von quer.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt mit seinen 72 Milliarden DM, übrigens auch mit 21 000 zusätzlichen Personen aufgrund des Tarifabschlusses mit der ÖTV,

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das ist auch lächerlich, Herr Rau! Das wissen Sie doch!)

ist eine richtige Antwort in schwieriger Zeit. Auf diese Landesregierung ist Verlaß.

(Lachen bei der CDU)

Sie wird die Möglichkeiten zum Gespräch, von denen auch Sie, Herr Kollege Rohde, gesprochen haben, immer dann nutzen, wenn sie den Eindruck hat, daß alle Gesprächsteilnehmer nicht nur lernfähig, sondern auch lernbereit sind und daß das, was man miteinander besprochen hat, auch gilt. Vielleicht ist von daher der heutige Tag nicht der, an dem man Proklamationen im Blick auf Gemeinsamkeit bekanntgibt. Aber das soll uns nicht irremachen.

(D)

Wir werden nach Gemeinsamkeiten suchen - ohne jede Verwischung; denn den Wählerauftrag möchten wir gern mit einer klaren Mehrheit weiter ausführen. Wir möchten dem Wählerauftrag gerecht werden, so wie es jetzt 25 Jahre später die Bürger in Rheinland-Pfalz auch meinem Freund Rudolf Scharping aufgegeben haben. Darüber freue ich mich herzlich, und diese Freude wird die ganze Woche anhalten. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident muß sich heute morgen im Wagen tat-

(A) (Dr. Linssen [CDU])

sächlich unheimlich mit der Opposition beschäftigt haben; denn auf Ihren eigenen Redebeitrag können Sie, Herr Ministerpräsident, nicht viel Aufmerksamkeit verwendet haben.

Sie haben eine Bewertung meiner Einlassungen vorgenommen. Ich will einmal versuchen, auf den Punkt zu bringen, was Sie hier vorgetragen haben.

Sie haben mit dem begonnen, was Sie öfter tun: Ich will es 1995 doch noch einmal machen. - Je öfter die Bemerkung kommt, desto eher ist sie dazu angetan, Diskussionen möglichst im Keim zu ersticken; denn natürlich scharren Herr Clement, Herr Matthiesen und vielleicht noch andere mit den Hufen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das merkt auch der Ministerpräsident. Deshalb betont er auch immer wieder, daß er viel Energie, viel Zeit und viel Kraft in die Bewegung neuer Aufgaben setzen wird. Ich wünsche mir im Interesse des Landes, Herr Ministerpräsident, daß dem so ist. Das wünschen wir alle. Das ist sicher ein großer Konsens.

(Abgeordneter Hemker [SPD]: Er macht das im Gegensatz zu Ihnen!)

(B)

Sie beschäftigen sich mit dem Nachfolger von Herrn Farthmann, der ja nicht gefunden werden konnte. Sonst wären ja Leute gehandelt worden, was natürlich zeigt, daß diese SPD-Fraktion total ausgeblutet ist.

(Lachen bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Sie konnten selbst in den Ihnen gut gesonnenen und wohlwollenden Zeitungen lesen, daß es für den Herrn Farthmann offensichtlich keinen Ersatz gibt. Ich erinnere mich an frühere Zeiten, als wir hier Stahldebatten geführt haben. Als der Herr Farthmann anderswo zur Jagd war, war das hier ein wilder Hühnerhaufen. Es zeigt sich, daß sich das bis heute nicht geändert hat.

Der dritte Punkt - Herr Ministerpräsident, das hören wir häufiger -: "Kein schöner Land in dieser Zeit". Als ich mit dem Wagen hier hinfuhr, hatte ich mir überlegt, was der Ministerpräsident wohl sagen werde. Ich kam sehr schnell darauf, daß es nur die Arien "Kein schöner Land in dieser Zeit" und "Angemessene Antwort in schwieriger Zeit" sein können.

(C)

Der Ministerpräsident hat noch nicht einmal die Kürzung des Haushalts von 72 Milliarden DM auf 70,6 Milliarden DM mitbekommen. Sie sind noch von der alten Zahl ausgegangen. Sie waren in Urlaub. Ich hoffe, daß Sie sich gut erholt haben.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident
Dr. Rau: Müssen Sie mir auch noch die Versprecher anrechnen? - Abgeordneter Hemker [SPD]: Er hat doch nichts anderes!)

- Wenn es nur ein Versprecher war, dann ist ja alles in Ordnung. Es paßte aber genau; denn das war die Zahl aus der Einbringung des Haushalts. Die Kürzung hat natürlich stattgefunden, als Sie nicht da waren.

Der nächste Punkt lautet: "Wir reden vor der Wahl nicht anders als nachher!" - Daß es verlockend ist, das jetzt anzubringen, können wir uns ja vorstellen. Deshalb habe ich mich auch nicht mit Rheinland-Pfalz beschäftigt.

Aber nun müssen wir das einmal hier in NRW prüfen. Es gibt viele Leute in diesem Land, Herr Ministerpräsident, die von der "Kindergartenlüge" Ihrer Regierung sprechen.

(Beifall bei der CDU und einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

(D)

Diese Leute sprechen davon, daß Sie 1980 klar gesagt haben: "Mit uns gibt es keine Kindergartenbeiträge der Eltern mehr!" - Statt dessen erhöhen Sie diese Beiträge gewaltig, weil Sie das ganze sonst überhaupt nicht mehr finanziert bekämen.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem ganzen Katalog, den Sie in Ihrer Regierungserklärung vom 15.08. vorgelegt haben, haben Sie überhaupt nichts gesagt. Da haben Ihnen CDU und - vielleicht noch etwas weiter - F.D.P. in vielen Bereichen zugestimmt, weil das ein Forderungskatalog für diese Legislaturperiode war, den wir in weiten Teilen unterschreiben konnten.

In der Frage, inwieweit Sie sich in der Lage sehen, diesen Wunschkatalog überhaupt in dieser Legislaturperiode umzusetzen, obwohl Sie 3 Milliarden DM mehr an Steuereinnahmen in diesem Jahr haben und

(A) (Dr. Linssen [CDU])

beim besten Willen nicht das Klagelied in Richtung Bonn anstimmen können, verweigern Sie die Diskussion und sind eine Beurteilung schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Punkt ihrer Äußerungen war nämlich: In diesem Land ist alles schön, und wenn etwas schwierig ist, dann kann es nur an Bonn liegen. - Die Leute in Nordrhein-Westfalen sind das so satt! Sie wollen endlich einmal in der Regierung eine eigenständige Kraft erkennen können.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Deswegen wählen Sie CDU wie in Rheinland-Pfalz?!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es überhaupt nicht mehr verstehen, daß Sie noch darauf kommen, Bonn hätte auf die Steuersenkung verzichten sollen, Herr Ministerpräsident. Sie wissen genauso gut wie ich, daß die Haushalte der letzten Jahre überhaupt nur gefahren werden konnten, weil die Steuern in einem ungeheuren Maße in die Kassen gesprudelt sind: fast 10 % mehr im Jahre 1989,

(Beifall bei der CDU)

(B) in diesem Jahr - zunächst veranschlagt - 8,4 %. Und jetzt geben wir von den 4,4 Milliarden insgesamt 1,4 Milliarden DM an die neuen Bundesländer ab.

Das sind Zahlen, von denen jeder Finanzminister nur träumen kann. Herr Schleußer müßte wirklich jeden Tag ein Grußtelegramm an Herrn Waigel schicken; so schön ist das!

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Diese Steuersenkungspolitik war völlig richtig. Wenn Sie an dieser Stelle einmal die Tiraden des Sozialneids in Richtung Großverdiener Revue passieren lassen, die Sie losgelassen haben - Herr Ministerpräsident, Sie haben immer von sich selber gesprochen und gefragt, ob es richtig sei, daß Sie so entlastet werden -, ist es nicht mehr als sozial gerecht, daß Sie bei den Steuererhöhungen, die jetzt beschlossen werden, auch in besonderem Maße betroffen werden.

Ist das gerecht oder nicht?

(C)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das wäre gerecht!)

- Sehr schön! Ich bedanke mich sehr.

"Steuern für die neuen Länder? - Auch die alten Länder müssen partizipieren!" - Herr Ministerpräsident, wo bleibt das Wort "Teilung durch Teilen überwinden!?" - 127 Milliarden DM werden allein für die Infrastrukturerneuerung der neuen Bundesländer benötigt.

(Minister Clement: Das hätten Sie früher wissen müssen!)

Wie soll das denn überhaupt finanziert werden? Dann reden Sie einer weiteren Steuererhöhungspolitik das Wort. Entweder müssen wir drüben etwas wegnehmen, oder wir konzentrieren uns wirklich auf die neuen Länder.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, ich meine, wir können darüber froh sein, daß darüber nachgedacht wird, wie im gesamten Verkehrssektor vieles, was zunächst in die neuen Länder fließen soll, eventuell zurückkommt und wir in diesem Land doch noch vieles bewältigen können, weil die Maßnahmen drüben gar nicht so schnell in Beton gegossen werden können, wie das Geld fließt. Das ist doch unser Hauptproblem und hat etwas mit den Kapazitäten in der Industrie drüben zu tun. Das hat vor allen Dingen auch etwas mit Kapazitäten in der ganzen Frage der Manpower zu tun, welche Menschen da sind, die etwas umsetzen können.

(D)

Lassen Sie mich auf Ihren letzten Appell, der Bonn und Berlin betrifft, kommen: Darüber haben wir uns gestern ganz kurz unterhalten. Die CDU-Fraktion hat nun wirklich keinen Nachholbedarf; denn wir waren es, die in diesem Landtag eine namentliche Abstimmung zu Bonn durchgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das war, wie Sie wissen, einigen führenden Leuten bei Ihnen gar nicht so angenehm. Ich freue mich, daß Sie, Herr Ministerpräsident, immer auf der Seite

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Bonn waren. Herr Clement hat in Bonn hervorragend dafür gearbeitet. Das wird von uns neidlos anerkannt.

Ich kann nur sagen: In dieser Frage bilden wir eine Große Koalition.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Um Gottes willen!)

In diesem Zusammenhang ist das Wort des Bundespräsidenten sicherlich sehr gewichtig.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Wie lange hält Ihr Wort?)

Da ist auch das Wort des Bundeskanzlers ein wichtiges Wort.

Aber das wird die CDU-Landtagsfraktion nicht in ihrer Haltung irremachen, sich für Bonn einzusetzen. Ich wünsche mir, daß wir am 20./21. Juni bei der Abstimmung eine Entscheidung des Deutschen Bundestages für Bonn bekommen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich will auch nicht davon sprechen, daß mich natürlich die Absicht, als Land NRW in Berlin 20 000 Quadratmeter zu kaufen, zu einem früheren Zeitpunkt etwas irritiert hat.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

- Sie auch? Dann sind wir uns auch wieder einig.

Lassen Sie mich ein abschließendes Wort zu den Bemerkungen der Fraktionsvorsitzenden sagen, die hier betont haben, ich persönlich hätte mich heute morgen nicht an Absprachen, die wir gestern getroffen hatten, gehalten. Ich nehme solche Bedenken ernst, sicherlich mit unterschiedlicher Gewichtung. Wenn die GRÜNEN etwas zum Bereich der inneren Sicherheit haben, nehme ich das relativ unernst, weil das bei ihnen ein Punkt ist, der ihnen wehtut, von dem sie gar nichts wissen wollen. Wenn die SPD das sagt, dann weiß ich, daß Ihnen alles, was mit Herrn Schnoor zu tun hat, mehr als unangenehm ist. Deshalb ist das bei mir ebenfalls eine relative Betrachtung.

(C)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wie bitte? Das kann doch nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der SPD)

Aber wenn die F.D.P. das sagt, dann macht mir das schon Kummer. Deshalb möchte ich das in Einzelheiten klarlegen.

Wir haben gestern vereinbart, daß wir die Aktuelle Stunde zur RAF gerade wegen der neuen Kassiberfunde nicht fahren. Ich habe zu den Kassibern überhaupt nichts gesagt, obwohl darüber heute mehr als genug in der Zeitung steht. Man kann sich natürlich fragen, ob die Zeitungen immer mehr wissen oder sagen müssen als wir. Aber ich habe in keiner Phase irgendeine Zusage gegeben, daß ich mir deshalb unsere Haltung in Vergangenheit und Gegenwart zu der Zusammenlegung von Terroristen irgendwie abkaufen lasse.

(Beifall bei der CDU)

Überhaupt nicht! Ich darf zum Beispiel auch Herrn Schäuble aus der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zitieren, die wir Samstag vor acht Tagen in Stuttgart hatten. Da hat er noch einmal ganz präzise, mit allem Ernst und allem Nachdruck gesagt: Ich bin strikt gegen jede Zusammenlegung von Terroristen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens haben wir gestern die Einsetzung einer Regierungskommission zur Verbesserung des Schutzes gegen Terroristen vereinbart. Mit der Einsetzung dieser Kommission wird, so meine ich, auch klar, daß es mit einem "Persilschein", wie er in der Sondersitzung des Innenausschusses von der SPD für den Innenminister vorgetragen worden ist, nichts auf sich hat, daß dieser "Persilschein" obsolet ist, und daß auch der Ministerpräsident bestätigt: Wir brauchen mehr Energie, mehr Kraft, mehr Einsatz für diese Frage.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Es ist unglaublich! - Abgeordneter Trinius [SPD]: Wann gilt Ihr gegebenes Wort? - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

- Ich versuche ja gerade, das klarzulegen.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Diese Kommission ist eingesetzt worden. Damit war der für heute vorgesehene Tagesordnungspunkt 3 entbehrlich. Dazu stehen wir. Das habe ich ganz klar gesagt. Aber damit ist eine Analyse der Umstände der Rohwedder-Ermordung in keinsten Weise obsolet geworden.

Meine Damen und Herren, ich erkläre hier das, was ich auch gestern in Gegenwart der Präsidentin, der Fraktionsvorsitzenden, von Herrn Schnoor und Herrn Rau gesagt habe: Wir lassen uns unsere Kritik an der inneren Sicherheit - Herr Rau, das habe ich zu Ihnen und zu Herrn Schnoor hinübergesagt - und dem Personalmangel als Ursache vieler Mißstände nicht abkaufen. Dabei bleibe ich allerdings.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Der dritte Punkt war: Herr Schnoor hat den Satz, die CDU sei auf der Suche nach Ersatzmördern, zurückgenommen. Herr Rohde hat hier erklärt, damit sei wohl auch eine Ersatzdebatte obsolet geworden. Da sind wir im Dissens, Herr Rohde. Es wäre ja noch schöner, wenn wir, wenn wir Fragen in einem Ausschuß gestellt haben, dann vom Innenminister in dieser Weise titulierte werden und er das dann zurücknimmt, dafür auch noch etwas geben müßten: daß wir nämlich überhaupt nicht mehr darüber sprechen. Das ist mit der CDU nicht zu machen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Es gab in dieser Frage keinen Pakt. Deshalb ist auch der Satz "Pacta sunt servanda" nicht zutreffend. Wir haben uns darüber gefreut, daß die Präsidentin gerade zum Frage- und Kontrollrecht der Abgeordneten sehr deutlich Stellung genommen hat.

Ich versichere hier noch einmal: Absprachen werden von der CDU präzise eingehalten; aber die politische Bewertung lassen wir uns nicht an der Garderobe abkaufen. Wir werden Pannen auch in Zukunft Pannen nennen. Mit der CDU gibt es keine "Schweigespirale".

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Wickel.

(C)

(Minister Dr. Schnoor: Ich hatte mich gemeldet!)

- Entschuldigen Sie, Herr Innenminister! Dann dürfen selbstverständlich Sie zuerst sprechen.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern ist in einem Gespräch bei der Frau Landtagspräsidentin das Kriegsbeil begraben worden. So war es vereinbart.

(Zurufe von der CDU)

Ich werde es nicht wieder ausgraben, meine Damen und Herren, trotz der Provokation, die von Herrn Linssen heute morgen erfolgt ist. Ich werde es nicht wieder ausgraben.

(Zustimmung bei der SPD)

Das Gespräch hat mich sehr befriedigt; denn es weist in die Zukunft. Es hat mich aus zwei für mich sehr wichtigen Gründen befriedigt. Erstens: Ich bin dankbar dafür, daß wir jedenfalls gemeinsam erklärt haben - ob hinter jeder Erklärung auch der feste Wille steht, das wird die Zukunft zeigen; aber ich gehe jedenfalls davon aus, daß hinter der Erklärung bei den drei Fraktionen SPD, F.D.P. und GRÜNE der feste Wille steht -, daß wir darin übereinstimmen, in Fragen der Terrorismusbekämpfung künftig auf polemische Auseinandersetzungen zu verzichten. Dies ist wichtig, meine Damen und Herren; denn die Bedrohung durch den Terrorismus hält an, und niemand von uns weiß, wann und wo die RAF wieder zuschlägt, die ja auch unsere Debatte verfolgt.

(D)

Zweitens: Ich begrüße es außerordentlich, daß Herr Rohde den Vorschlag gemacht hat, diese Kommission einzurichten, die Kommission, über die wir uns verständigt haben. Die Kommission soll sich ja mit Fragen des Personenschutzes und des Objektschutzes usw. befassen.

Ich finde, es ist gut, wenn einmal Außenstehende, nicht Insider, die möglicherweise blind sind, darüber nachdenken, was man denn noch zusätzlich tun könnte, so wie es gut war, daß es seinerzeit nach dem Anschlag auf Hanns-Martin Schleyer die Höcherl-Kommission gegeben hat, die wichtige Vorschläge gemacht hat und die auch voll akzeptiert war. Ich

(A) (Minister Dr. Schnoor)

sage deshalb hier ganz deutlich, daß ich dies begrüße und auch durch meinen Beitrag hier die Verständigung über diese beiden Punkte nicht beeinträchtigen möchte, obwohl mir dies angesichts mancher Äußerungen hier sehr schwer fällt; das will ich wohl deutlich sagen.

Es ist wichtig, daß wir uns an die Absprache halten, meine Damen und Herren, insbesondere im Interesse der Polizei, aber nicht nur der Polizei; ich komme gleich noch darauf.

Auf Ihre Rede, Herr Linssen, gehe ich nicht ein. Ich bin auch nicht bereit - das sage ich hier ganz deutlich -, Schmutzkübel anzufassen, wenn ich dies nicht unbedingt brauche.

(Beifall bei der SPD)

Aber gestatten Sie mir zwei Bemerkungen zu dem Thema innere Sicherheit, die Sie in Ihrem Beitrag zur dritten Lesung gemacht haben. Sie reden hier von der Notwendigkeit, daß Schutzmaßnahmen für gefährdete Politiker verbessert werden müssen. Da stimme ich Ihnen zu. Sie reden hier darüber im Hinblick auf den Anschlag und die Ermordung von Herrn Rohwedder, aber haben Sie sich einmal gefragt, was in diesem Zusammenhang eigentlich Ihr Antrag zur Ausbildung der Polizei bedeutet, meine Damen und Herren, über den wir ja auch nachher sprechen? In dem Antrag heißt es nämlich, daß künftig der Objektschutz von Beamten mit einer verkürzten Ausbildung durchgeführt werden soll.

(B)

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Jetzt lassen Sie mich bitte dazu einmal ausreden. Ich habe Ihnen lange genug zuhören müssen.

Sie sagen hier, meine Damen und Herren - und wir haben in der Vergangenheit bereits darüber debattiert -, es genüge, Beamte mit verkürzter Ausbildung hier zu haben. Unsere Konzeption - -

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU] meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

- Nein, ich beantworte hier keine Fragen; ich will das deutlich sagen.

(C)

(Zurufe von der CDU)

- Herr Linssen hat vorhin dem Wunsch des Herrn Vesper zu einer Zwischenfrage auch nicht entsprochen. Dann beantworte ich Fragen von der CDU heute schon gar nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Lesen Sie einmal die Rede von Herrn Dr. Linssen nach, die hier heute gehalten worden ist. Ich werde für die Verbreitung der Rede sorgen; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich komme noch einmal auf den Sachverhalt zurück. Wir haben uns in der Vergangenheit über die Frage des Personen- und Objektschutzes unterhalten. Dabei hat es einige hier im Hause gegeben, die im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik der Meinung waren, man solle die Polizei von dieser Aufgabe ganz entlasten. Das sollten andere machen. Ich habe mich dagegen immer gewehrt mit der Begründung, daß es hierbei nicht um Posten stehen geht, meine Damen und Herren, sondern um hochqualifizierte polizeiliche Arbeit, die implizieren muß, daß man nämlich Ausschau hält nach Gefährdungen. Dies ist das Konzept der Polizei, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Sie können anderer Meinung sein, aber ich frage nur: Wenn Sie auf der einen Seite vehement dafür eintreten, der Schutz von gefährdeten Personen müsse verbessert und qualifizierter werden und es seien Versäumnisse vorhanden, wie können Sie dann auf der anderen Seite in derselben Sitzung hier noch einen Antrag aufrechterhalten, in dem Sie im Grunde dafür weniger qualifizierte Polizeibeamte haben wollen? Zeigt dies vielleicht die ganze Orientierungslosigkeit der CDU, die auch aus Ihrer Auslegung der Absprache hier hervorgeht?

(D)

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Quatsch!)

Ich greife ein zweites auf. Herr Linssen hat vorhin von der Notwendigkeit gesprochen, mehr im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Rauschgiftkriminalität zu tun. Ich stimme dem ausdrücklich zu. Aber ich möchte hier auch ganz deutlich folgendes in Erinnerung rufen: Nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen und die Länder sind in

(A) (Minister Dr. Schnoor)

Fragen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Rauschgiftkriminalität zuständig, sondern auch der Bund.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ja, meine Damen und Herren, jetzt hören Sie einmal genau zu: Wir haben hier im Landtag gemeinsam das Polizeigesetz verabschiedet, das Regelungen für die Bereiche verdeckte Ermittler, Rasterfahndung und polizeiliche Beobachtung enthält. Sie können mir glauben, daß es manchem Sozialdemokraten hier nicht leichtgefallen ist - mir auch nicht -, solchen Vorschriften zuzustimmen. Wir sind auch heftig kritisiert worden. Aber wir haben hier nicht nur das Polizeigesetz so verabschiedet, sondern ich habe mich gemeinsam mit den Kollegen Stoiber und Schlee dafür eingesetzt, daß im Bundesrat eine Initiative zustande kam, ein Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf den Weg zu bringen, weil die Bonner Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung in diesen Fragen entscheidungsunfähig sind, meine Damen und Herren. Dies haben wir auf den Weg gebracht und in dieser Frage einen Bundesratsbeschuß bekommen. Das Ergebnis war nur: Leider haben die Bonner Koalitionäre auf uns Länder hier nicht gehört.

(B)

Und was geschieht jetzt, weil auch wiederum keine Verständigung in Bonn zu erreichen ist und weil wir keine Regierungsvorlage haben? Jetzt haben wir Länder - wiederum auch durch unsere Initiative - das Gesetz erneut auf den Weg gebracht, und dieses Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, meine Damen und Herren, wird am Freitag im Bundesrat verabschiedet. Das müssen Sie bitte auch sagen, wenn Sie hier auf das Land Nordrhein-Westfalen verweisen, meine Damen und Herren!

Im übrigen darf ich Ihnen dazu, weshalb die Absprache für mich so wichtig ist, folgendes sagen, und damit komme ich auf den für mich entscheidenden Punkt: Es ergeht ja hier die Mahnung, wir sollten bei terroristischen Anschlägen auf polemische Auseinandersetzungen verzichten. Dies ist übrigens das, was der Innenausschuß in Ziffer 4 seines Beschlusses gesagt hat und was auch von Koalitionsabgeordneten in Bonn nach der Innenausschußsitzung am 11. April in Bonn festgelegt worden ist.

(C)

Worum geht es dabei? Wir müssen bei terroristischen Anschlägen darauf achten, daß wir nicht ungewollt durch die parlamentarische Debatte, die notwendig ist, den Terroristen zuarbeiten. Darum geht es hier. Niemand hat das Kontrollrecht des Parlaments in Frage gestellt.

(Zuruf von der CDU: Sie!)

- Ich auch nicht! Ich halte den großen Fragenkatalog, den Herr Paus aufgestellt hat, für völlig legitim, für völlig in Ordnung. Die Debatte ging um einen anderen Punkt. Das weiß Herr Paus auch; es ging um einen ganz anderen Punkt.

Bitte, bedenken wir bei der Auseinandersetzung folgende Situation: Die Terroristen haben ihren ersten Erfolg, indem sie einen Menschen ermordet haben, den die Polizei hat schützen wollen. Die Terroristen werden sicherlich motiviert sein, weitere Mordanschläge zu begehen. Daß ich in der Debatte - darauf hat Herr Rohde vorhin hingewiesen - in die Verlegenheit kommen könnte, zur Verteidigung der Polizei auch Strategien und Konzeptionen offenzulegen, ist ein Punkt.

Aber mir geht es dabei noch um einen ganz anderen Punkt: Ich habe mich manchmal gefragt, was diese Mörder wohl denken mögen angesichts der Auseinandersetzung, die jetzt unter uns stattfindet, ob sie darin nicht einen weiteren Erfolg für sich sehen.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Stallmann [CDU])

Das betrifft nicht mich persönlich. Ich denke vielmehr an die Polizeibeamten, die im Personen- und Objektschutz einen Dienst tun, der aus deren Sicht wenig attraktiv ist. Ich bitte herzlich darum, mit zu bedenken, daß es um Polizeibeamte geht, die einen schweren Dienst tun und in Rechtfertigungszwänge kommen. Ich sage Ihnen: Der Beamte, Kriminaloberkommissar in Düsseldorf, der ein Telefongespräch mit seinem Kollegen in Berlin geführt hat, wie das üblich ist, und eine Frage gestellt hat, ist aufgrund der öffentlichen Auseinandersetzungen mehrfach aus meinem Hause gefragt worden, wie das Gespräch denn wohl genau gewesen sei, warum er das Gespräch geführt habe, was er gesagt habe. Muß man nicht befürchten, daß diese Kollegen künftig ihre Unbefangenheit bei ihrer polizeilichen Arbeit verlieren?

(A) (Minister Dr. Schnoor)

Dabei waren und sind wir Innenminister uns doch einig, daß die Fragen des Schutzes, um die es hier geht, und die Fragen der Bewertung keine politischen Fragen sind, sondern als polizeiliche Fachfragen von Polizeibeamten vorzunehmen sind. Darüber sind wir uns einig. Hüten wir uns davor, daß wir diejenigen, die das für uns tun müssen, demotivieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Linssen, ich möchte zu Ihren Erklärungen noch ein paar Worte sagen.

Wir haben gestern, als wir zusammensaßen, festgestellt, daß es in besonderen Situationen angeraten ist, mit dem Wort außerordentlich vorsichtig umzugehen. Es hat ja dazu auch eine Einigung gegeben. Weil wir das gestern wußten - sei vorsichtig mit dem Wort -, möchte ich aufgreifen, was Sie gesagt haben: daß die CDU sich keine "Schweigespirale" zugelegt hat und daß die CDU sich auch nichts hat abkaufen lassen.

(B)

Wenn das insinuiert sollte, die F.D.P. habe sich vielleicht etwas abkaufen lassen oder die F.D.P. habe sich zu einer "Schweigespirale" verpflichtet, geht das, wie Sie wissen, an den Tatsachen vorbei. Ich glaube - jedenfalls für uns, und ich denke, für die anderen auch -, keiner will sich etwas abkaufen lassen, und keiner will sich zu einer "Schweigespirale" verpflichten, sondern alle sind daran interessiert, mögliche Mängel im Kampf gegen Terroristen mit aller Energie anzugehen.

Aus diesem Grunde hatten wir uns verständigt, eine Kommission einzusetzen. Wir waren uns bewußt, daß insbesondere Nordrhein-Westfalen wegen des Mordes an Rohwedder, der ein Freund von vielen von uns gewesen ist, nicht nur ein politisches, moralisches, sondern auch ein freundschaftliches Interesse hat, hier nach allen Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Deswegen wollten wir keine Erörterung des gesamten RAF-Komplexes. Deswegen wollten wir auch keine

(C)

Erörterung des gesamten Rohwedder-Mord-Komplexes. Wir hatten uns geeinigt, darauf zu verzichten, weil wir meinten - ich nenne hier nur das abstrakte Wort "übergeordnete Gründe" -, daß es in der gegenwärtigen Situation keinen Sinn hat. Das war auch eine Absprache, von der wir meinten und auch weiterhin meinen, daß sie nicht nur zwischen uns, sondern auch mit dem Bundesinnenminister und dem Bundesjustizminister getroffen wurde.

Der Ministerpräsident hat von dem Gefühl gesprochen. Deswegen will ich noch einmal an Ihr Gefühl appellieren: Wir haben nicht etwa auf die Aktuelle Stunde verzichtet, um heute anläßlich der Aussprache über den Haushalt eine Ersatzdebatte zu führen. Ich sage noch einmal: Es ist nichts aufgehoben. Jeder von uns sieht bestimmte Widersprüchlichkeiten. Jeder sieht auch unterschiedliche Mängel. Aber in der jetzigen Situation - der Innenminister hat sich zu möglichen Veränderungen der Sicherheitslage geäußert - waren wir der Meinung: Es hat keinen Sinn, hier in eine Debatte einzusteigen, weil der Angriff fairerweise immer mit dem Einräumen einer Verteidigungsposition verbunden ist. Gerade diese Verteidigungsposition aber wollten wir dem Innenminister auch in der ungeklärten Situation nicht zumuten.

Ich bin also weiter der Meinung, es wäre besser gewesen, Sie hätten diesen Komplex in Ihren Äußerungen zur Regierungserklärung nicht angesprochen.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Busch für die Fraktion der GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rohde, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie diese Ersatzdebatte auch tatsächlich nicht weitergeführt haben, obwohl Sie ja ein Stück weit in diese Debatte eingestiegen sind. Ich denke, dem einen oder anderen mag vielleicht der Haushalt so langweilig erscheinen, daß er meint, die Zeit hier mit haushaltsrelevanten Überlegungen nicht füllen zu können, und daß er deswegen auf alle möglichen Ersatzthemen zurückgreift, auch auf solche, die eigentlich vereinbarungsgemäß heute nicht verhandelt werden sollten.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich bin der Meinung, wir sollten über den Haushalt reden. Das ist wichtig genug und auch nicht langweilig, sondern in dem Haushalt steckt eine ganze Menge Brisanz. Wir haben das schon in der ersten Lesung festgestellt, und wir sollten uns damit auch heute beschäftigen.

Wir sind ja jetzt am Ende der Haushaltsberatungen. Ich habe den Eindruck, daß das Haushaltsverfahren in Nordrhein-Westfalen Spitze ist, und zwar in einer Hinsicht: Es hat ein dermaßenes Chaos produziert, daß es eigentlich in das "Guinness-Buch der Rekorde" gehört - Haushaltsentwurf, Ergänzungsvorlage, Vorlagen der Fachausschüsse, jeweils bereichert um die entsprechenden Personalvorlagen, jeweils in riesigen Kladden, in riesigen Ordnern Berge an Papier, die allerdings nur einen mikroskopisch kleinen Informationsgehalt haben.

Ich habe mich dabei gefragt: Wissen die Parlamentarier, wissen wir eigentlich noch, worüber wir beraten, was wir letztlich beschließen sollen, oder ist es nicht schon längst so weit, daß die Ministerialbürokratie an die Stelle der Volksvertretung getreten ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Ich möchte Ihnen ein kleines, aber symptomatisches Beispiel für diesen Sachverhalt liefern: Das Finanzministerium wies während der Beratungen im Unterausschuß "Personal" darauf hin, daß man einige zusätzlich beantragte Stellen nicht mit A 16, sondern mit A 10 dotieren müsse. Das war natürlich ein Druckfehler: A 16 - A 10, das kann passieren. Das Problem ist nur: Diesen Druckfehler hat niemand aus dem zuständigen Ausschuß bemerkt. Der Unterschied zwischen leitenden Beamten auf der einen Seite und mittleren Positionen auf der anderen Seite ist dem Ausschuß also überhaupt nicht aufgefallen. Und als dann das Ministerium diese Korrektur bekanntgab, hat man sie natürlich geflissentlich übernommen und nicht etwa großartig nachgefragt, warum es denn nun so und nicht anders sei. Zwischen diesen beiden Gehaltsstufen liegen aber Welten. Es hätte doch auffallen müssen, wenn plötzlich Stellen in einer Dotierung ausgewiesen werden, die ja eigentlich noch nicht selbstverständlich sein dürfte.

Was muß eigentlich in diesem Landtag, so frage ich mich, passieren, damit sich die Abgeordneten einmal über Dominanz und Arroganz der Landesregierung

(C)

und der Bürokratie aufregen? Wird es eigentlich jemals vorkommen, daß Sie eine Verarschung durch die Regierung auch so benennen? Mir scheint es keinesfalls sicher, daß im Landtag überhaupt noch ein Mindestmaß an Überblick über die zum Teil wiederholten Veränderungen in den Einzelsätzen beziehungsweise in den Politikfeldern vorhanden ist, vor allem dann, wenn sie sich auch noch auf unterschiedliche Einzelpläne verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Papierberge, die uns geliefert wurden, helfen uns überhaupt nicht weiter.

Ich möchte einmal einige ganz einfache Fragen stellen: Wie hoch sind eigentlich die Ausgaben für die Sozialpolitik in diesem Haushalt? Wie hoch sind die Ausgaben für Bildungspolitik, für Verkehrspolitik? Oder einige konkrete Punkte: Wie hoch sind denn nun die Subventionen für den Flugverkehr, die ja doch beschlossen werden sollen, oder die Ausgaben für die Abwasserreinigung oder die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik? Oder: Wie hoch sind die Mittel für die Unternehmenssubventionierung - auch eine sehr interessante Zahl.

Wir haben uns die Mühe gemacht - Herr Ministerpräsident Rau ist leider nicht mehr im Raum; deswegen kann er auch nicht mitbekommen, wie wir unsere Zahlen zusammengestellt haben -, den Haushalt des Landes NRW in seinen wichtigen Teilen auf EDV zu nehmen, und sind dabei zu sehr interessanten Ergebnissen gekommen. In der Tat: Diese Ergebnisse schmecken Ministerpräsident Rau und den Mitgliedern der Landesregierung natürlich überhaupt nicht. Dafür habe ich größtes Verständnis. Sie haben kein Interesse daran, dieses Informationschaos zu ordnen, weil Ihnen die dann aufscheinenden Wahrheiten unangenehm sind.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür muß man Verständnis haben, aber wir können das nicht hinnehmen.

Einige kleine Beispiele! Die Subventionen für den unbezweifelbar umweltschädlichen Luftverkehr haben sich gegenüber 1990 praktisch verdoppelt: Sie betragen statt 50 Millionen nun 100 Millionen DM. 100 Millionen DM für den Flugverkehr! Diese völlig

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

unbemerkte Erhöhung in diesem Bereich entspricht ziemlich genau dem Erhöhungsbetrag, der nach großem Tamtam für den Kindergartenneubau herausgekommen ist, der nun allerdings aus dem Topf der Gemeinden finanziert wird. Also: auf der einen Seite eine lautlose Erhöhung um 50 Millionen DM, einfach so durchgedrückt, und auf der anderen Seite ein wirklich maßloses Hickhack um den Kindergartenneubau. Mit Ach und Krach, mit SpringprozeSSIONen und allem möglichen hat die SPD-Fraktion dann diese 50 Millionen DM mehr gegenüber dem Vorjahr hingekriegt.

Anderes Beispiel: Die Ausgaben für die Abwasserreinigung sind gegenüber 1990 um 100 Millionen DM gesunken. Dieses Problem wird zunehmend den Kommunen aufgedrückt, wie Sie wissen, Herr Trinius. Überhaupt sind die Umweltausgaben gegenüber 1990 im Zuge der Haushaltsberatungen um 60 Millionen DM zurückgefallen. Ministerpräsident Rau hat gerade diese Zahlen bestritten und hat von Plafondierung geschwafelt. Leider ist er hier nicht anwesend; sonst hätte ich ihn gern einmal persönlich gefragt, was das eigentlich mit den Ist-Ausgaben oder mit den Soll-Ausgaben für Umweltschutz in diesem Landeshaushalt zu tun hat.

(B) (Zuruf des Ministers Schleußer)

Uns geht es darum, wieviel Geld - Herr Schleußer, Sie wissen genau, worum es geht - in diesem Landeshaushalt für den Umweltschutz zur Verfügung steht.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Dann machen Sie sich einmal sachkundig!)

Schwafeln Sie nicht über Plafondierung, sondern sagen Sie uns die Wahrheit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist schlichtweg, daß 1,5 % dieses Landeshaushalts für Umweltschutz ausgegeben werden. 1985 - das ist ja fast schon graue Vorzeit, könnte man sagen - waren es noch über 2 %. Sie kürzen also beim Umweltschutz.

Ich nenne Ihnen auch, Herr Schleußer, noch ein ganz konkretes Beispiel. Nehmen wir die kommunalen Energiekonzepte. Sie haben doch, obwohl das wirklich die Basis für jede dezentrale, rekommunalisierte

(C)

Energiepolitik ist, diese Ausgaben sogar noch zurückgefahren. Sie waren - bisher jedenfalls - nicht einmal bereit, unserem Antrag zuzustimmen, mit dem wir 5 Millionen DM aus den Stadterneuerungsmitteln für diesen Zweck bereitstellen wollten. Wir haben diesen Antrag heute nochmals vorgelegt. Wir bitten Sie, im Sinne einer ökologischen Energiepolitik diese 5 Millionen DM für kommunale Energiekonzepte zu reservieren. Das wäre, Herr Farthmann, eine Zukunftsaufgabe Energie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben vorhin von der Zukunftsaufgabe Energie für das Land NRW gesprochen. Tatsache ist, daß Sie gegenüber 1985 die Ausgaben für Energiepolitik halbiert haben. Das ist die Wahrheit, die beschämende Wahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

Wenn Sie die Zahlen bezweifeln: Diese Zahlen ergeben sich durch Addition einiger Titel aus dem Landeshaushalt. Das ist völlig unbestreitbar. Diese Zahlen sind ja nun Gott sei Dank öffentlich. Wir haben sie auch im Ausschuß beraten. Da hätte ich doch gern einmal etwas Qualifizierteres gehört als diesen lächerlichen Hinweis auf Plafondierung. Sie müssen zu diesem Problem hier im Landtag Stellung nehmen.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie wissen nicht, wie das funktioniert!)

Ich möchte von Ihnen etwas Qualifiziertes hören und nicht so ein allgemeines Geschwafel.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Henning [SPD]: Ihr Verbales ist bezeichnend!)

Übrigens, das Bild, das ich gerade skizziert habe, paßt exakt zu dem, was in der mittelfristigen Finanzplanung passiert: Da wird nämlich der Haushalt des Umweltministers geradezu rasiert. Das heißt, der Haushalt des Umweltministers sinkt um 7,4 % in der mittelfristigen Finanzplanung, während der Gesamthaushalt gleichzeitig um 18 % steigt. Das ist Ihre Umweltpolitik!

Anderes Beispiel: die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik. Sie wurden im Zuge der Haushaltsberatungen

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

um 20 Millionen DM gekürzt. Meine Damen und Herren von der SPD, ich frage mich wirklich: Teilen Sie diese Einschätzung der Landesregierung, daß die Beschäftigungspolitik auf das Abstellgleis in Nordrhein-Westfalen geschoben werden kann?

Gegenbeispiel natürlich: die Unternehmenssubventionen. Da haben Sie fast 200 Millionen DM im Rahmen der Haushaltsberatungen zugelegt. Wir sind jetzt bei fast 2 Milliarden DM für Unternehmenssubventionen. Das sind offenbar Ihre wahren Prioritäten. Versuchen Sie bitte nicht, diese Zahlen zu bestreiten: schlichte Addition der entsprechenden Haushaltstitel mit erheblichem Arbeitsaufwand - das ist unbestreitbar. Eigentlich gehört es zur Informationspflicht der Landesregierung, solche Zahlen vorzulegen. Verständlicherweise, aber auch beschämenderweise ist das bisher nicht möglich gewesen.

Ihre Scheu ist auch deswegen verständlich, weil solche Zahlen offenlegen würden, wie Sie die 1,4 Milliarden DM finanziert haben, nämlich über Tricks. Ich will Ihnen einige Tricks nennen, mit denen Sie übrigens versucht haben - zum Teil auch erfolgreich -, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Sie haben zum Beispiel 321 Millionen DM bei den Kommunen abkassiert, ihnen das Geld aber vorläufig geliehen, damit sie dieses Jahr noch stillhalten, was faktisch trotzdem eine Kürzung der Kommunalfinanzen darstellt.

(B)

Sie haben 100 Millionen DM einfach aus dem Topf des letzten Jahres genommen, indem Sie 100 Millionen DM Kokscohlenbeihilfe einfach vordatiert haben. Sie haben Ihre Steuereinnahmen mit 200 Millionen DM hochgerechnet, außerdem noch weitere Einnahmeschätzungen nach oben korrigiert, insgesamt 400 Millionen DM. Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Zahlen stimmen sollten. Das ist ja nicht selbstverständlich.

Die außerordentlich günstige wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres - im wesentlichen vereinigungsbedingt - erhöht den Finanzierungsspielraum des Landes um 3 Milliarden DM. Die Wachstumsrate des Haushalts: 5,3 % - das ist wahrlich ein satter Zuwachs. Da könnte man einiges erwarten. Wir fragen uns natürlich wie viele zu Recht: Was kommt denn jetzt eigentlich in den verschiedenen Bedarfsbereichen an, was bedeuten also diese 3 Milliarden DM, die nach Abzug der Kosten für die deutsche Einheit für das

(C)

Land an Handlungsspielraum noch übrigbleiben? Was bedeuten diese 3 Milliarden DM für die Umweltpolitik, für die Kinder, für die alten Menschen in diesem Land?

Diese 3 Milliarden DM sind nicht für die Schuldentilgung oder Verringerung der Neuverschuldungen verwendet worden. In diesem Jahr werden wieder fast 6 Milliarden DM Schulden gemacht. Sie vergessen immer die Rücklage - mir unverständlich -, der Fairneß halber müßte man sagen: 6 Milliarden DM. Die Ausgaben für den Umweltschutz sinken - das habe ich Ihnen gerade vorgerechnet -; der Anteil der Ausgaben für die Sozialpolitik stagniert; der Anteil der Ausgaben für die Bildungspolitik sinkt deutlich innerhalb von nur fünf Jahren von 26 auf 24,7 %, also ein deutlicher Rückgang im Anteil am Haushaltsvolumen.

In beiden Bereichen liegt jedenfalls das, was Sie bereitstellen, deutlich unter dem, was allgemein erkennbarer und auch allgemein akzeptierter Bedarf ist. Wenn Sie weiter so zögerlich wie in diesen Bereichen vorgehen, werden Sie das Niveau der Kindergartenversorgung auch in den nächsten fünf Jahren überhaupt nicht verbessern können.

Auf der anderen Seite ist Ihnen für Straßenneubau, U-Bahn-Bau, für Luftverkehr keine Mark zu schade.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da ist gekürzt worden.)

Diese Ausgaben verschlingen noch immer den Löwenanteil an den Infrastrukturinvestitionen. Hierfür wollen Sie in diesem Jahr fast 1,3 Milliarden DM verschleudern. Das wird auch nicht dadurch gutgemacht, daß Sie 10 Millionen DM beim Straßenneubau gespart haben: 1,3 Milliarden DM werden vergraben und verschleudert.

Die Steuergerechtigkeit! Herr Ministerpräsident Rau hat gerade von neuen Einnahmequellen für die Länder gesprochen. Ja, eine Einnahmequelle liegt auf der Hand, nämlich die Steuergerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen endlich zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Die Arbeitnehmer werden nach Recht und Gesetz sofort zur Kasse gebeten. Den Unternehmen dagegen öffnen Sie dagegen alle nur denkbaren Schlupflöcher.

Die personelle Auszehrung der Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsabteilungen der Finanzämter ist seit langem bekannt. Wir haben es hier im Landtag auch immer wieder beklagt. Trotzdem haben Sie in der Finanzverwaltung nicht eine neue Stelle geschaffen. Die Stellenausstattung ist schlechter als vor zehn Jahren. Sie dulden die Steuerhinterziehungen in Nordrhein-Westfalen als Instrument der Wirtschaftsförderung. Herr Trinius, leider ist es so: Sie dulden die Steuerhinterziehung als Instrument der Wirtschaftsförderung. Das wissen Sie ganz genau.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Stimmt nicht!)

Die Regierung arbeitet mit uralten faulen Tricks, zum Beispiel den globalen Minderausgaben. Erst einmal ist es unbestreitbar, daß am Ende eines Jahres Ausgaben übrigbleiben, also Ausgabenreste. Es ist sicher die Aufgabe des Finanzministers, diese Reste auch einzukassieren. Das ist sein gutes Recht.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ja!)

(B)

Aber, Herr Trinius, in diesem Haushaltsplan werden die sogenannten Minderausgaben weitaus überhöht angesetzt. Ihre extrem hohen globalen Minderausgaben von über 600 Millionen DM werden im Laufe des Haushaltsjahres notwendigerweise dazu führen, daß der Finanzminister die vielen Versprechungen, die sich in hohen Haushaltsansätzen wiederfinden, faktisch wieder einkassiert. Deshalb stellen diese Ansätze auch ein gutes Stück Roßtäuscherei dar.

Die Haushaltsaufstockungen werden mit großem Trara verkündet. Die SPD ist ja bekanntlich Weltmeisterin in dieser politischen Marktschreierei. Dann wird nachher - heimlich, still und leise - gekürzt. Wir kennen ja alle diese Berichte über die Ist-Ausgaben des Landes - solche Wälzer! Wer macht sich schon die Mühe, einmal genau nachzugucken, was wann wo wirklich verausgabt wurde. Das ist das Problem.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Der Haushaltskontrollausschuß!)

(C)

- Ja, ja, zu dem Haushaltskontrollausschuß komme ich gleich noch.

Wir befürchten - das läßt sich auch durch Erfahrungen belegen -, daß natürlich dort gespart wird, wo die Schwächsten sind, das heißt bekanntlich im Sozialbereich. Dieses Verfahren, dem Sie immer wieder zustimmen, führt zu einer schleichenden Entmachtung des Parlaments.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie verzichten freiwillig auf politischen Gestaltungsspielraum. Sie geben Ihre demokratischen Rechte als freigewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier jeden Tag an der Garderobe ab. Das ist, um es vorsichtig auszudrücken, keineswegs im Sinne der Väter und Mütter unserer Verfassung und schon gar nicht im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Im Bonner Bundestag ist es üblich, daß die Haushälter in den Haushaltsentwürfen auch die ganz aktuellen Ist-Zahlen vorfinden und daß diese Erkenntnisse über Ist-Zahlen, also über Mittelabflüsse, natürlich Eingang in die Haushaltsberatungen finden. Das ist ja der Sinn der Sache und ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung der Dringlichkeit von Mittelanforderungen. Hier im Landtag: Fehlanzeige!

(D)

Nehmen wir die Liste der Bindungen, die bei den einzelnen Haushaltstiteln bestehen. Diese würden Aufschluß darüber geben, in welchem Ausmaß Veränderungen überhaupt noch möglich sind, also vom Parlament vorgenommen werden können. Solche, aus meiner Sicht eigentlich selbstverständlichen Informationen werden uns hier in Nordrhein-Westfalen vorenthalten. Ich gehe einmal davon aus: nicht ohne Grund.

Wir haben vorgeschlagen, im Landtag ein Berichterstattungsverfahren einzuführen, wie es in Bonn üblich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jede Fraktion benennt eine Berichterstatterin oder einen Berichterstatter, die oder der dann besondere Informationsrechte gegenüber der Landesregierung hat, aber natürlich auch besondere Informationspflichten gegenüber der jeweiligen Fraktion. Ich denke, nur so könnten die Haushaltsberatungen tatsächlich verbessert werden. Ich würde mir wirklich wünschen,

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

daß Sie sich zu diesem Problem hier einmal äußern könnten.

In dieses Bild paßt die Zurückhaltung bei der Information über Steuereinnahmen, Herr Schleußer, frei nach dem Motto: Ich glaube nur den Zahlen, die ich selbst gefälscht habe. Die Zahlen gibt es nur noch quartalsweise, die Zahlen gibt es nur noch in überarbeiteter Form - wahrscheinlich von Herrn Schleußer höchstpersönlich überarbeitet -, damit wir Volksvertreter nur ja keine falschen Schlüsse daraus ziehen.

Herr Schleußer, soviel Fürsorge verdienen wir überhaupt nicht. Wir hätten die Zahlen gern in Rohform, damit wir uns selbst unsere Meinung dazu bilden können.

Viele Vorgänge entziehen sich unserem Zugriff als Parlamentarier, weil sie zwar sehr wohl finanzwirksam sind, aber außerhalb des Landeshaushalts und gezielt am Gesetzgeber vorbei abgewickelt werden. Ich denke, das sicherlich bedeutendste Beispiel dafür ist die WestLB. Aufgrund der guten Drähte der ehemaligen SPD-Größen Friedel Neuber und Klaus Dieter Leister - Herr Schleußer, Sie kennen sie ja gut -, letzterer Jung-Vorstandsmitglied der WestLB und ehemalige rechte - oder sollte man besser sagen: linke? - Hand von Ministerpräsident Rau, haben so manches Ding, das man dem Parlament nicht zumuten möchte, dann eben dort in der WestLB angeschoben. Ich nenne einige Stichworte: Schaumburger Hof, Verbindungsbüro in Brüssel und Ostdeutschland, Bad Oeynhausen und viele andere.

(B)

Der größte Coup der WestLB in Kollaboration mit der Landesregierung soll ja noch kommen: die Eingliederung des landeseigenen Wohnungsbauvermögens in die WestLB. Das klingt zwar harmlos, faktisch wird aber damit der Wohnungsbau des Landes Nordrhein-Westfalen zur Haftungsmasse für die riskanten und fragwürdigen Geschäfte der WestLB-Oberen, die sich für hohe Gewinne und eben nicht für Sozialpolitik interessieren. Solche entscheidenden Vorgänge werden außerhalb des Landeshaushalts abgewickelt, und wir gewählten Parlamentarier werden da zu Statisten degradiert.

Das für mich eigentlich Schlimme und auch ein Stück weit Frustrierende ist, daß die Mehrheitsfraktion dieses destruktive und undemokratische Verhalten der

(C)

Landesregierung nachhaltig unterstützt - bislang jedenfalls.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie lassen zu, daß wir keine vollständigen Informationen über überplanmäßige Ausgaben der Landesregierung erhalten. Nur so war es möglich, daß diese 5-Millionen-DM-Wahlkampagne von Umweltminister Schleußer

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Matthiesen heißt er!)

am Parlament vorbei lanciert werden sollte. 5 Millionen - das ist das Fünffache des Landtags-Wahlkampfetats, den die GRÜNEN hier in Nordrhein-Westfalen hatten. Das Fünffache allein für diese Kampagne mit dem Geld des Steuerzahlers, mit dem Sie das Wahlergebnis manipulieren wollten!

Das Ärgste allerdings - darauf möchte ich doch noch einmal etwas ausführlicher eingehen - in puncto Informationsverweigerung habe ich im Zusammenhang mit dem Haushalt des Verfassungsschutzes erlebt. Herr Farthmann, ich bitte Sie, genau zuzuhören; Sie reden ja jetzt nach mir. Es geht um den Haushalt des Verfassungsschutzes, wo die gleichen Haushälter, die sonst nun wirklich mit jedem Pfennig fuchsen, überhaupt nicht wissen wollten, wohin diese 25 Millionen für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gehen. Alle meine Fragen, detaillierten Fragen, blieben in der Sache völlig unbeantwortet.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist Ihre Wertung, nicht die des Ausschusses!)

Selbst elementare Auskünfte nach Wirtschaftsplan, nach Stellenplan, nach Arbeitsschwerpunkten wurden dem Ausschuß und auch mir vorsätzlich verweigert. Sie decken diese Praxis noch mit dem Hinweis darauf, daß in den letzten 40 Jahren das auch so gelaufen sei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellen Sie sich das einmal vor: 40 Jahre lang ist der Verfassungsschutz nicht kontrolliert worden!

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Und das wollen Sie jetzt auch noch als Begründung anführen dafür, daß wir keinen Einblick in die Unterlagen des Verfassungsschutzes bekommen. Ich finde, das ist absolut skandalös.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Henning [SPD]: Wie gehen Sie eigentlich mit der Wahrheit um?)

Ich stelle hier fest: Der Verfassungsschutz arbeitet mit Billigung aller Altparteien wie ein Staat im Staate. Er arbeitet ohne jede ernsthafte Haushaltskontrolle. Und Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, werden beim nächsten Verfassungsschutzskandal überhaupt jedes Recht verloren haben, sich öffentlich über Mißstände beim Verfassungsschutz aufzuregen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Uninformiertheit ist selbstgewollt und selbstverschuldet. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, Herr Trinius, lesen Sie einmal nach, was Ihr Kollege Penner im Bundestag zur Notwendigkeit der Kontrolle der Geheimdienste gesagt hat. Vielleicht fallen Ihnen da einige Parallelen auf.

(B) (Abgeordneter Trinius [SPD]: Bleiben Sie dabei, alle Stellen zu streichen?)

Herr Trinius, meine Damen und Herren aus dem Haushaltsausschuß, Sie verletzen gröblich Ihre Aufgaben, die Sie qua Verfassung wahrzunehmen haben.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: So ist es!)

Die Ausgabenkontrolle gegenüber der Regierung hat Verfassungsrang. Das ist das Budgetrecht des Parlaments. Wie wollen Sie denn den Bürgerinnen und Bürgern draußen klarmachen, daß zum Beispiel das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm wegen angeblichen Geldmangels von 4 Millionen auf 1 Million DM zusammengestrichen werden mußte, wenn Sie gleichzeitig 25 Millionen DM dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen so ohne jede Rechtfertigung in den Rachen werfen? Ich kann mich über diese Großzügigkeit wirklich nur wundern.

Was ich persönlich aber besonders ärgerlich finde: Mit einem wirklich plumpen Trick - Herr Trinius, wirklich unter Niveau - haben Sie auch noch ver-

(C)

sucht, die GRÜNEN, die sich als einzige gegen diese unsägliche Schlamperei zur Wehr setzten, mundtot zu machen. Ich hatte nämlich geheime Beratungen des Haushaltsausschusses zu diesem Punkt "Kontrolle des Verfassungsschutzes" beantragt und verlangt, weil ja die Aktivitäten des Verfassungsschutzes von Ihnen selbst als geheim eingestuft werden. Das haben Sie aber abgelehnt.

Gleichzeitig haben Sie den schwächeren Geheimhaltungsgrad "Vertraulich" eingeführt, der zwar eine Beratung zur Sache nicht ermöglicht - weil die Sachen ja geheim sind -, der es mir aber verbieten sollte, über den Beratungsverlauf im Plenum zu berichten. Sie glauben doch nicht ernsthaft, daß wir dieses Affentheater mitmachen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über Informationen, die nicht gegeben wurden, sollten wir nichts sagen dürfen - das ist wirklich lächerlich. Sie haben Ihre parlamentarischen Aufgaben verletzt, nicht wir. Sie wollen unter allen Umständen den Verfassungsschutz, nicht die Verfassung schützen.

Wir haben heute einen weiteren Antrag vorgelegt, mit dem Sie all das heilen können. Es ist also noch nicht zu spät - kein Grund zur Aufregung -, wenn Sie die Mittel für den Verfassungsschutz vorläufig sperren und mit dieser qualifizierten Sperre eine spätere Beratung im Haushaltsausschuß bzw. in dem noch zu bildenden Unterausschuß ermöglichen. Das würde bedeuten, daß der Verfassungsschutz statt von Januar bis April von Januar bis Mai unter der "vorläufigen Haushaltsführung" laufen müßte. Das ist sachlich überhaupt kein Problem. Was von Januar bis April geklappt hat, wird wohl auch noch im Mai klappen. Aber Sie könnten den rechtlichen Vorschriften Genüge tun, weil das Haushaltsgesetz noch nicht in Kraft ist. Ob das, was Sie da regeln wollen, richtig ist, steht auch noch dahin.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist gesetzmäßig!)

Wir haben in unserem Antrag vorgeschlagen, daß der Verfassungsschutz von einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses, der zusammen mit der parlamentarischen Kontrollkommission tagt, geprüft werden soll. Da könnten wir uns den Verfassungsschutz

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

einmal gründlich vornehmen. 25 Millionen DM - um das ausdrücklich noch einmal zu sagen - sind ja nun wirklich kein Pappenstiel, das ist eine Menge Geld. 25 Millionen DM sollen dem Verfassungsschutz überwiesen werden, ohne daß es in den letzten 40 Jahren auch nur in Ansätzen eine Effektivitätskontrolle gegeben hätte.

Meine Damen und Herren insbesondere von der SPD! Wenn Sie auch diesen Antrag ablehnen, machen Sie der Öffentlichkeit deutlich, daß Sie die 25 Millionen DM für den Verfassungsschutz unter allen Umständen einer parlamentarischen Kontrolle entziehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann werden wir wohl - nicht zum ersten Mal - vor dem Verfassungsgericht klagen müssen. Herr Farthmann, Sie haben als nächster das Wort: Ich würde mir wünschen, daß Sie dazu ein klares Wort finden. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Farthmann hat noch nicht das Wort, zunächst ist Kollege Wickel von der F.D.P.-Fraktion dran.

(B)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus aktuellem Anlaß möchte ich doch auf das eingehen, was der Kollege Busch gesagt hat.

Wer hier den Eindruck erweckt, die Landesregierung habe in den zuständigen Ausschüssen - sowohl in der Kontrollkommission als auch im Haushalts- und Finanzausschuß - über den größten Teil der Gelder für den Verfassungsschutz keine Rechenschaft abgelegt, der sagt etwas Unwahres.

(Beifall bei der SPD)

Für mich haben die Beamten des Innenministeriums in ausgesprochener Deutlichkeit und Feinheit Auskunft gegeben, nur zu marginalen Bereichen ist keine Auskunft gegeben worden.

(C)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist doch glatt gelogen!)

Deshalb muß man diese Behauptung zurückweisen. Es war manchmal sogar so - um das dem Vertreter des Innenministeriums ganz offen zu sagen -, daß ich mich gewundert habe, wie offen er Zahlen erklärt hat. So war es auch im Haushaltsausschuß.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Da dies so ist, muß man die Unrichtigkeit zurückweisen. Herr Kollege Busch, vor allem: Der Verfassungsschutz ist kein Geheimdienst. Ich will begründen, warum das für mich so ist: Er wird von Beamten dieses Landes durchgeführt, die in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat stehen. Hier kommt eine Spur von Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln unserer Beamten zum Tragen, daß sie nämlich nicht vorsätzlich etwas Falsches tun, sondern ihre Aufgaben pflichtgemäß und im Sinne des Gesetzes erfüllen.

Sie verbergen mit Ihrem Bohren nach den Zahlen, daß Sie den ganzen Bereich abschaffen wollen.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Prüfen!)

(D)

Sie wollen ihn abschaffen, sagen Sie das offen! Wir halten Ihnen entgegen: Wir wollen ihn nicht abschaffen. Wir stimmen wohl mit jedem hier im Raume überein, daß darauf geachtet werden muß, daß die Verfahren rechtsstaatlich ablaufen. Wenn Sie selbst aber sehen, was sich in der rechtsradikalen Szene tut, wenn Sie sehen, wie unser Land zum Tummelplatz ausländischer Terroristen wird,

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Was hat das mit der notwendigen Haushaltskontrolle zu tun?)

wenn Sie erkennen, daß sich der Terrorismus in Sinuskurven entwickelt und daß auch der Linksradikalismus wieder kommt, muß man sagen, daß die Verfassungsväter richtig gehandelt haben, als sie diese Institution einrichteten. Sie gehört zu einem Staat, der eine wehrhafte Demokratie sein soll. - Soviel hierzu. Ich komme jetzt zum Haushalt allgemein.

(A) (Wickel [F.D.P.])

Wir sind spät dran mit dem Haushalt 1991 - nicht nur heute, sondern auch jahreszeitlich. Ich gucke den Finanzminister an und sage: Der einzige, der sich darüber freut, sind Sie.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

Warum er sich freut, ist ganz klar: Er kann davon ausgehen, daß viele Millionenbeträge nicht mehr abfließen, und er hat dadurch einen Teil der globalen Mindereinnahmen - oder Minderausgaben - schon erbracht. Allein die Erhöhung der Bezüge der Beamten erst ab 1. März 1991 erspart dem Finanzminister 1 % der 6%igen Tarifierhöhung. Das heißt also: Die Zeichen stehen mit ablaufendem Jahr für einen Finanzminister - unabhängig davon, ob er Schleußer, Schmitz oder Meier heißt - günstig. Er kann das mit Freude so sehen.

Vor diesem Hintergrund betrachtet: Weniger und im nachhinein erklärbar kann der Finanzminister uns gleich sagen, er kommt mit seinen Ansätzen im Haushalt aus; denn dieses Später, Weniger und andere Verschiebungen - - Ich sehe sein strahlendes Gesicht, es wird so sein.

(B)

Dafür gibt es natürlich auch Bewertungskriterien. Ich bitte, das Handeln und das Reden der Opposition immer so zu verstehen, daß wir andere Schwerpunkte haben wollen und unsere Argumentationskette dementsprechend aufbauen, daß wir aber verstehen, daß der Finanzminister, die Regierung und die Mehrheitsfraktion für ihre Position kämpfen. Das muß uns nicht auseinanderbringen, es sollte aber schon deutlich machen, wo wir uns unterscheiden. Hier der Punkt, den die F.D.P.-Fraktion in diesen Haushaltsberatungen am deutlichsten herausgestellt hat:

Wir sind der Auffassung, daß der Landeshaushalt umstrukturiert werden muß, weil uns sonst das überhöhte Ausgabenniveau, die stetig steigende Verschuldung und die überdurchschnittlich ansteigenden Zinslasten für zukünftige Jahre jeglichen politischen Handlungsspielraum nehmen. Ich glaube - da können wir eine Zäsur bei einigen Themen machen, die heute vormittag eine Rolle spielten -, die Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen, aber die kommenden Jahre werden für uns alle, die wir politisch handeln und mit anderer Leute Geld umgehen müssen, schwieriger werden.

(C)

Damit komme ich zu den Entschließungsanträgen. Jeder in diesem Saal ist bereit, etwas aus Landesmitteln für die kurdischen Flüchtlinge zu tun. Wir unterscheiden uns aber in der Forderung nach einem selbständigen Staat. Damit machen wir Außenpolitik im Hinblick auf andere Länder, die diesen Staatsbesitz bisher hatten.

Es kann doch nicht wahr sein, daß die Vertreterin der GRÜNEN hier über die Steuerlüge lamentiert, gleichzeitig aber Öko-Abgaben fordert, die Steuererhöhungen in Millionenhöhe entspricht. Die höheren Kosten der Firmen würden auf die Waren umgelegt, und die kleine Rentnerin muß das dann bezahlen. Bei den GRÜNEN heißt das nicht "Steuer", sondern "Öko-Abgabe". Das ist aber nichts anderes als eine echte Steuer, die die anderen bezahlen müssen, Frau Höhn. Hören Sie doch mit diesem Etikettenschwindel auf!

In den neuen Ländern muß noch viel geleistet werden. Meine Damen und Herren, es geht hier gar nicht um Kosten der deutschen Einheit - das sollten wir immer wieder politisch klarstellen -, sondern es geht um die Beseitigung von vierzig Jahren sozialistischer Mißwirtschaft, und die verursacht Kosten. Wer behauptet - Herr Kollege Farthmann, es war ja schön, wie Sie uns vom thüringischen Wahlkampf erzählt haben -, vieles besser gewußt zu haben, der lernt heute noch dazu.

(D)

Ein Beispiel: Ich habe zu denen gehört, die vor wenigen Monaten noch geglaubt haben, wenn einige tausend Beamte rübergängen, kriegen wir die Verwaltungsstrukturen schon in den Griff. Sie sind drüben, ich bin drüben, jeder, der in den neuen Ländern ist, hört: Selbst wenn - ich wage einmal eine Zahl - mehr als 10 000 Beamte in den nächsten zwei Jahren rübergängen, würden die Verwaltungen immer noch nicht funktionieren. Fragen Sie mich nicht, woran das liegt. Wir wissen inzwischen nur, was wir vor einem Jahr nicht wußten, nämlich daß drüben keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen hinzukriegen sind, es sei denn, die Leute gehen von hier nach drüben. Wir können nun philosophieren, warum das so ist, wir können uns auch darüber ärgern. Nur, das bedeutet in der Konsequenz: Niemand hat es gewußt, jetzt erkennen wir es erst, und die Maßnahmen, die nötig sind, greifen erst in diesem und in den kommenden Jahren und werden zu Kosten führen.

(A) (Wickel [F.D.P.])

Das heißt also: Die Zahlungen und die Kosten für die Beseitigung des Sozialismus werden uns noch Jahre verfolgen und uns immer neue Ergebnisse bringen. Ein Beispiel: Hier wird von der Steuerlücke im Zusammenhang mit den Kosten der deutschen Einheit gesprochen. Meine Damen und Herren, der Zusammenbruch des Sozialismus im Osten erfordert nicht nur bei uns in Deutschland Ablösungsbeträge. Millionen- und Milliardenkosten werden auch für Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien entstehen. Alle diese Länder folgen im Schlepptau nach. Das sind Milliardenbeträge, die niemand fassen kann und die auch niemandem vorher bekannt waren. Deshalb haben manche recht, aber viele unrecht, wenn sie die Dinge so sehr vereinfachen, wie es hier getan wurde.

Wir werden - ich bleibe dabei, das für die Fraktion zu erklären - eines Tages wieder weniger Steuern zahlen müssen, wenn drüben richtig investiert wird. Dafür treffen wir hier keine Vorsorge.

(B)

Seit der gestrigen Erklärung des Kanzlers Kohl, aus welchen Gründen auch immer für Berlin zu sein, sind zumindest in Nordrhein-Westfalen graue Wolken am Himmel zu sehen, die unter Umständen ein Jahrhundertprogramm à la Ruhrgebiet nötig machen könnten, nämlich dann, wenn die Rheinregion von Koblenz bis Düsseldorf kaputtgeht, weil man, aus welchen Gründen auch immer, die falsche Entscheidung für Berlin treffen will. Vergessen Sie nicht, was da auf uns zukommt. Wenn, aus welchen Gründen auch immer - ich bin jetzt noch vornehm und zurückhaltend -, diese Entscheidung durchgezogen wird, hat Nordrhein-Westfalen nicht genug Geld übrig, um die verkommene Region, die dann übrigbleibt, wirtschaftlich wieder aufzubauen.

Wir müssen es schaffen - dieser unser Schwerpunkt wurde in den Antragsberatungen deutlich -, die wachsende Verschuldung einzudämmen. Es darf nicht mehr so weitergehen wie bisher. Verschuldung und Sparen gehören für uns zusammen. Die Ausschöpfung der Sparpotentiale, die kritische Überprüfung der Entscheidungsebenen, die Straffung von Entscheidungsvorgängen, die Verkürzung von Genehmigungsverfahren, die Entrümpelung von Vorschriften - all dies ist nötig, um ein Konzept des Sparens und des Zurückfahrens der Verschuldung hinzubekommen.

(C)

Denken Sie, wenn wir uns einsetzen und für unsere Ideen kämpfen, daran, daß wir die Zukunft gemeinsam gestalten wollen. Ich spreche Ihnen als Kollegen der Mehrheitsfraktion nicht ab, denselben guten Willen zu haben, aber erlauben Sie uns, die Schwerpunkte anders zu setzen. Deshalb meine letzte Bemerkung zum Haushalt: Wer 1991 einen Landeshaushalt mit einer 6%igen Steigerung und sage und schreibe 10 Milliarden DM an neuen Verpflichtungsermächtigungen beschließt - die Konsequenzen daraus werden wir in den kommenden Jahren heftigst beobachten müssen -, der verzichtet nach unserer Auffassung auf die eigenverantwortliche Gestaltung der Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Wickel und erteile dem Abgeordneten Ruppert von der Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Farthmann, ich habe heute morgen noch geschmunzelt, als ich las, daß Sie vom Unterbezirk Altmark einen Glückwunsch zum Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz erhalten haben; der Glückwunsch war adressiert an den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Platz des Landtags, 4000 Düsseldorf. Nun ist das verständlich; auch wir kennen uns in den neuen Ländern manchmal noch nicht richtig aus. Aber als ich vorhin den Ministerpräsidenten dieses Landes hörte, hatte ich das Gefühl, er hat sich hinsichtlich dessen, wo er zu Hause ist, auch ein bißchen geirrt; denn er hat mehr über die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz als über den Haushalt in Nordrhein-Westfalen gesprochen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun kann ich verstehen, daß er sich über das Ergebnis freut; das kann man nachempfinden. Aber ich ziehe eine etwas andere Lehre aus diesem Ergebnis, nämlich die, daß es die Leute irgendwann satt haben, in einem Land immerzu von einer Regierung derselben Couleur regiert zu werden.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Deswegen müßte die F.D.P. weg!)

(A) (Ruppert [F.D.P.])

Gar nicht gesprochen hat der Ministerpräsident - das empfinde ich als einen Verlust - über die Gemeindefinanzen; denn - soviel ist ja zuzugestehen - immerhin geht ein Viertel der Landesaussgaben an die Gemeinden. Ich verstehe aber auch, daß das für den Ministerpräsidenten und für die Mehrheit in diesem Hause ein unangenehmes Thema ist; denn in dieser Frage steht die Mehrheit in diesem Hause in gewisser Weise als eine kleine Minderheit da.

Ich will gar nicht nachprüfen, wie viele Kollegen auch von der Mehrheitsfraktion hier im Hause mitgewirkt haben in den verschiedensten Gremien in den verschiedensten Räten als Ratsmitglieder, als Fraktionsvorsitzende an Deklamationen, an Beschlüssen, die sich gegen das Gemeindefinanzgesetz richten. Davon gab es reichlich. Es gab keinen einzigen uns zugeschickten Beschluß, in dem stand, das sei ein prima Gemeindefinanzgesetz. Insofern sind sich wirklich alle im Urteil einig.

Und wenn hier eben von der Kindergartenlüge die Rede war, dann gibt es die Gemeindefinanzlüge schon seit 1980, als nämlich der Ministerpräsident - er hat das 1985 wiederholt, aber die Praxis hat sich nicht geändert - versprochen hat, die Finanzen der Gemeinden sollten sich im Gleichschritt mit den Steuereinnahmen des Landes entwickeln. Das hat es nicht gegeben. Und die gerechte Lastenverteilung, die der Ministerpräsident im Blick auf Bonn heute von der Politik verlangt hat, die gibt es eben zwischen Land und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen schon seit 1981 nicht mehr.

Was es gibt, ist die Schuldenaufnahme des Landes - die enorme Schuldenaufnahme! -, von der Rudi Wickel eben gesprochen hat. Und es gibt die Tatsache, daß für das Zahlen der Zinsen das Land nicht zuletzt die Gemeinden heranzieht.

Das ist unerträglich, denn damit wird den Gemeinden eines unmöglich, was - man muß ja lesen, was die Regierung so äußert - etwa der Innenminister des Landes in seiner kleinen Schrift über den kommunalen Finanzausgleich von A bis Z von einem vernünftigen Finanzausgleich fordert. Da heißt es so schön:

Die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich sollen eine zuverlässige Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände sein.

(C)

Diese zuverlässige Grundlage bieten die Gemeindefinanzgesetze eben nicht; und nicht nur dieses 1991, sondern man kann das bis 1981 rückverfolgen. Immer wieder wurden Verbundsätze geändert, Verbundgrundlagen geändert, die Befrachtungen geändert, die ganzen Regeln, nach denen die Gemeindefinanzen verteilt werden, geändert. Verlässlich war das nie. Vielmehr mußten die Kämmerer und die Stadtverordneten in den Räten immer abwarten, was aus Düsseldorf auf sie zukommt. Und meistens war es nichts Gutes.

In der Schrift mit der Unterschrift von Herrn Schnoor heißt es dann weiter:

Der Aufgabenverteilung

- nämlich zwischen den verschiedenen Ebenen Bund, Länder, Gemeinden -

folgt die Aufgabenverantwortung und die Verteilung der öffentlichen Einnahmen.

Und nun wird vom Landesfinanzminister und der Landesregierung immer wieder reklamiert, daß es wichtige neue Landesaufgaben gibt. Bereits in der ersten Debatte habe ich aber bezüglich dieses Themas dargelegt, daß genau diese Aufgaben, die das Land als wichtig bezeichnet, nicht zuletzt von den Gemeinden zu tragen sind.

(D)

Da ist eben die Pflege der Alten und Behinderten, die eine immer größere Bedeutung erhält und die gerade bei den Gemeinden als Träger dieser Lasten liegt.

Kinder und Jugendliche erfordern ein stärkeres Engagement. Auch hier sind die Städte Träger der Maßnahmen.

Langzeitarbeitslose belasten gerade die Sozialtats der Städte.

Die ökologische Erneuerung, ein beliebtes Stichwort hier in den Reden, ist ja gerade eine Herausforderung an die Gemeinden: Altlasten, Abwasserbeseitigung, Sanierung der Kanalsysteme, Abfall. Auch da gibt es ständig neue Anforderungen, aber es gibt keine neuen Mittel vom Land für die Gemeinden, um diese Anforderungen zu bewältigen.

(A) (Ruppert [F.D.P.])

Der öffentliche Personennahverkehr, immer wieder hier beschworen, gerade von der Mehrheit des Hauses: Die finanzielle Last tragen nicht zuletzt die Gemeinden.

Wohnungsmangel!

Der Wettbewerb der Regionen! Ich zitiere einmal den Wirtschaftsminister dieses Landes, der prognostiziert, daß es einen sich dramatisch zuspitzenden Wettbewerb zwischen den Regionen, und zwar europaweit, in Ost und West geben wird. Wer denn anders als die Kommunen sollen in diesem Wettbewerb die benötigte Infrastruktur für die Wirtschaft bereitstellen? Das sind die Kommunen, die die Lasten und die Aufgaben zu tragen haben.

Ich bin - ich komme zum Schluß, Herr Präsident - deswegen der CDU-Fraktion dankbar - und wir werden uns ihrem Entschließungsantrag anschließen -, weil sie in diesem Antrag in den wichtigsten Punkten noch einmal das wiederholt hat, was auch die F.D.P.-Fraktion in ihrem Antrag für eine Garantie der kommunalen Selbstverwaltung durch gerechte und berechenbare Gemeindefinanzen gefordert hat. Wir werden dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen, denn wir sind überzeugt, daß dieses Ziel, das auch wir mehrfach angesprochen haben, vom Landtag erreicht werden muß, weil sonst die Kommunen nicht in die Lage versetzt werden, ihre wichtigen Aufgaben auch im Interesse des Landes und aller seiner Bürger zu erfüllen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, ich danke dem Abgeordneten Ruppert von der F.D.P.-Fraktion. Als letzte Wortmeldung liegt mir die des Kollegen Appel von der Fraktion DIE GRÜNEN vor. Bitte schön!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Männer und Frauen! Gestatten Sie mir zu zwei Teilbereichen kurze Bemerkungen. Der eine ist die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes. Wir haben das ja politisch zum Teil in der parlamentarischen Kontrollkommission versucht. Ich möchte aber hier noch einmal festhalten, daß das, was die parlamentarische Kontrollkommissi-

on getan hat, natürlich eine generelle und eine fachliche Beratung ist und nicht eine Haushaltskontrolle nach haushaltsrechtlichen Effektivitätsgesichtspunkten, und das ist etwas anderes als das, was möglich wäre.

Es ist deshalb richtig, daß Herr Kollege Busch dieses hier für den Haushaltsausschuß eingefordert hat. Der Haushaltsausschuß - und das finde ich bedauerlich - hat selbst mit Mehrheit auf seine Kontrollrechte verzichtet. Er hat auch deshalb darauf verzichtet, weil es hier bisher keine gesetzlichen Regelungen gibt. Zwar sieht das Haushaltsgesetz Nordrhein-Westfalen vor, daß in diesem Jahr die Haushaltskontrolle durch die parlamentarische Kontrollkommission gemacht werden soll - ich will jetzt nicht mehr darauf eingehen, daß alles sehr spät erfolgt ist und daß es natürlich sehr schwierig ist, drei Tage vor der dritten Lesung noch Streichungsänderungen oder ähnliches vorzunehmen; das wollen wir ganz beiseite lassen, das haben wir, wie ich glaube, schon einmal abgehandelt -; es ist aber immerhin so, daß das neue Haushaltsgesetz noch nicht in Kraft ist und es deswegen juristisch - ich sage es einmal so - für den Verfassungsschutzhaushalt das gilt, was man sonst einen rechtsfreien Raum nennt. Es ist völlig richtig, daß das Verfassungsschutzgesetz in § 7 Abs. 3 ausdrücklich sagt: Von den Beratungen in diesem geheimen Gremium bleiben die Rechte des Parlamentes unberührt. Unberührt bleiben also auch die Rechte des Haushaltsausschusses, und er kann nicht mit Verweis auf die Kontrollkommission sagen: Wir verzichten auf eine eigene Kontrolle. Das ist eine Selbstamputation, und das haben Sie politisch zu vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist deshalb richtig, wenn Herr Kollege Busch fordert, ähnlich zu verfahren wie auf Bundesebene, wo es ein extra Haushaltsgremium gibt, ein Vertrauensmänner- und -frauengremium, das diese Kontrolle nach Effektivitätsgesichtspunkten vornimmt, und wenn Sie vorhaben, das im Verfassungsschutzgesetz oder im Haushaltsgesetz zu ändern, dann können wir das in Zukunft tun; wir können das auch gemeinsam tun. Wir bestehen nur darauf, daß es bei diesem Haushaltsgesetz noch diesen rechtsfreien Raum gibt, und meinen, daß wir hier nicht auf die Kontrolle verzichten können. Das ist das eine.

Zum zweiten möchte ich hier noch einmal auf das eingehen - ich muß es einfach noch einmal tun -, was

(C)

(D)

(A) (Appel [GRÜNE])

heute morgen Herr Linssen mit seiner politischen Ausschachtung eines schrecklichen Attentats versucht hat. Ich finde es unmöglich, was hier passiert ist, weil Sie, Herr Linssen, das trotz besseren Wissens über das, was der Innenminister im Innenausschuß gesagt hat, trotz besseren Wissens, daß es sich hier inzwischen um eine neue Generation der RAF handelt, die nichts mehr mit irgendwelchen "Sympathisanten", wie Sie sie gern bezeichnen, zu tun hat, gesagt haben. Sie haben hier versucht, einen Zusammenhang mit alternativen Wohnprojekten wie der Hafenstraße und der Kiefernstraße zu konstruieren; Sie haben hier die Diffamierung von diesen Orten versucht, wie Sie es immer tun.

Wenn Sie Projekte wie die Hafenstraße zum Ort des Terrorismus hochstilisieren und dabei das staatliche Gewaltmonopol immer wieder ins Spiel bringen und die Gesetzestreue damit verbinden, kann ich Sie nur daran erinnern: Das ist dasselbe, als wenn ich das illegale Handeln von Bankräubern damit in Verbindung bringen würde, daß sich Leute Ihrer Partei in Baden-Württemberg in den Kreistagen als Träger der Krankenhäuser weigern, Gesetze zu befolgen und Frauen die Abtreibung zu ermöglichen. Das ist die gleiche Art von Diffamierung, die Sie hier betreiben. Es geht Ihnen nicht um eine Auseinandersetzung mit den Ursachen politischer Kriminalität, sondern es geht Ihnen um billige Showeffekte, und Sie haben heute wieder einmal gezeigt, in welcher schlechter Qualität Sie das nur machen können.

Sie tun das auch wider besseres Wissen, obwohl der Generalbundesanwalt - das zielt auf den Versuch, der, von anderer Seite und von Ihnen unterstützt, gekommen ist, eine Verbindung zwischen den Häftlingen der RAF in den Gefängnissen und dem, was da neu passiert ist, herbeizureden und zu konstruieren - deutlich gesagt hat: Es gibt keinerlei Hinweise, daß es aus den Zellen heraus etwas gegeben hat. Trotzdem wollen Sie in der Auseinandersetzung für Isolationshaft kämpfen, und Sie wollen genau das erreichen, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, daß sich die RAF ihr Umfeld immer wieder organisieren konnte, daß es immer wieder Anlaß gegeben hat, politische Rechtfertigungen dafür zu finden, daß Leute herübergezogen worden sind, daß die Haftbedingungen der Grund für die politische Solidarität von Leuten waren, die nicht richtig durchgeblickt haben.

(C)

Sie selbst sind dabei, durch Kriminalisierung die Grundlagen zu legen, so wie Sie es mit den sogenannten Anti-Terror-Gesetzen gemacht haben, wie Sie es mit dem 129 a Strafgesetzbuch machen, wo Sie das Werben und Unterstützen, das harmlose Parolenschmieren erst zum Staatsdelikt hochstilisieren, wo Sie Leute erst zu Staatsfeinden, so daß sie sich richtig als solche fühlen können, hochstilisieren. So, wie Sie das gemacht haben, so sind Sie jetzt wieder dabei, den Boden zu bereiten, um die fünfte oder sechste Generation ideologisch in Ihre Rechtfertigungszwänge zu bringen.

(Glocke des Präsidenten)

Dazu sage ich Ihnen: Da muß man genau das Gegenteil tun. Wir werden uns für Dialoginitiativen einsetzen, und wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, daß die Leute, die im Vollzug sind, wenn sie es wollen, in kommunikationsfähige Gruppen zusammengelegt werden, damit sie über ihre Strategien nachdenken und hoffentlich zu dem Beschluß kommen können, von dem loszukommen, was sie Falsches gemacht haben, ...

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Appel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(D)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): ... anstatt in die falsche Richtung zu gehen und andere Menschen dabei noch zu bestärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Kollegen Appel. Als Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums für den Verfassungsschutz hat sich Herr Kollege Farthmann gemeldet. Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die parlamentarische Kontrollkommission hat mich beauftragt, hier in der dritten Lesung eine Erklärung über die Kontrolle des Verfassungsschutzes abzugeben. Herr Busch hat sich hier darüber eben noch künstlich aufgeregt und unnötig die Parlamentsberatungen um 10 Minuten verlängert. Das bezog sich alles auf die früheren 40 Jahre,

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

in denen der Landtag sozusagen pauschal den Betrag für den Verfassungsschutz genehmigt hat. Ob das zweckmäßig ist, darüber kann man natürlich reden; das ist aber alles Schnee von gestern. Es handelt sich auch nur um einen Betrag, der höchstens 25 Millionen DM umfaßt, von denen 20 Millionen DM als Personalhaushalt in Stellen im Innenministerium gehen, die jeder kennt. Das ist also viel Aufregung um nichts. Aber daran kann ich Sie nicht hindern, Herr Busch, tun Sie es nur - ebenso Herr Appel, der eben auch noch ein paar Krokodilstränen vergossen hat.

Ich kann nur sagen: Die parlamentarische Kontrollkommission hat in diesem Jahr zum ersten Mal den Haushalt des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen beraten. An dieser Sitzung haben alle Mitglieder des Gremiums teilgenommen.

Im einzelnen wurden zur Beratung gestellt: Titel 536 00 mit der Bezeichnung "Zur Bekämpfung staats- und verfassungsfeindlicher Umtriebe" aus dem Einzelplan des Innenministers, Kapitel 03 020, mit einem Ansatz von 4 176 500 DM. Es handelt sich dabei um Sachmittel für den Verfassungsschutz. Dazu wurde in der Sitzung jedem Mitglied der detaillierte Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes zur Einsichtnahme vorgelegt.

(B)

Auch der Titel 631 00 aus demselben Kapitel mit der Bezeichnung "Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund" mit einem Mittelansatz von 420 000 DM wurde beraten. Es handelt sich dabei um die anteiligen Kosten Nordrhein-Westfalens an der Schule für den Verfassungsschutz von Bund und Ländern. Der Anteil Nordrhein-Westfalens ergibt sich natürlich aus dem Königsteiner Schlüssel entsprechend der Größe der Länder. Der Personaletat des Verfassungsschutzes, der im allgemeinen Personaletat des Innenministeriums enthalten ist, wurde ebenfalls zur Beratung gestellt.

Ich stelle abschließend fest:

Erstens. Der Wirtschaftsplan und der Stellenplan 1991 des Verfassungsschutzes sind von der parlamentarischen Kontrollkommission ausführlich erörtert worden.

Zweitens. Der Innenminister und der Leiter des Verfassungsschutzes haben in der Sitzung am

(C)

22. April alle aufgeworfenen Fragen zufriedenstellend beantwortet.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Es gibt gegenteilige Äußerungen, Herr Farthmann!)

Drittens. Der Wirtschaftsplan und der Stellenplan wurden von der parlamentarischen Kontrollkommission bei Enthaltung des Abgeordneten Appel von der Fraktion der GRÜNEN einstimmig gebilligt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Eine Beratung über den Haushalt des Verfassungsschutzes mit dem Bericht über das Beratungsergebnis ist in dieser Form - ich habe es eben schon angedeutet - zum ersten Mal vorgenommen worden; denn das heute zur Abstimmung stehende Haushaltsgesetz sieht in § 8 Abs. 7 erstmals vor, daß die Bewilligung von Ausgaben für den Verfassungsschutz vom Votum der parlamentarischen Kontrollkommission abhängig gemacht wird. Das gilt aber erst nach der dritten Lesung, also ab nächstes Jahr. Da das Haushaltsgesetz aber jetzt verabschiedet wird, haben wir uns verpflichtet gefühlt, es jetzt schon auszuführen.

(D)

Wir haben allerdings feststellen müssen, daß die gesetzliche Regelung für die Bewilligung von Ausgaben für den Verfassungsschutz in der Tat lückenhaft ist. Es wäre deshalb zu überlegen, das Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen um eine Regelung zu erweitern, die sinngemäß lauten könnte: Der Haushalt des Verfassungsschutzes wird von der parlamentarischen Kontrollkommission beraten. Dann hätte dieser Bereich auch für den engstgezigsten Formalisten absolut seine Richtigkeit. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, zu den Komplexen Haushalt und GFG liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß wir uns darauf verständigt haben, daß die Abstimmung über die Änderungs-

(A) (Vizepräsident Schmidt)

anträge vor der Verabschiedung des Haushalts und die Abstimmung über die Entschließungsanträge nach der Verabschiedung des Haushalts erfolgen.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge ab.

Ich rufe auf: Drucksache 11/1578 - Neudruck -, Fraktion DIE GRÜNEN, zum Einzelplan 02. Stichwort: Kapitel 02 020, Humanitäres Sofortprogramm für Kurden und Schiiten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf: Drucksache 11/1579, Fraktion DIE GRÜNEN, zu Einzelplan 15. Stichwort: Kapitel 15 040, Kommunale Energiesparkonzepte. Wer ist für diesen Antrag? - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf: Drucksache 11/1629, Fraktion DIE GRÜNEN, zum Einzelplan 03. Stichwort: Kapitel 03 010 und Kapitel 03 020, Verfassungsschutzhaushalt. Wer für den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenstimmen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

(B)

Wir kommen dann zur Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1503 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Nun zum Haushaltsgesetz 1991! Wer dem Gesetzentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1501 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Ich rufe nun die Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1990 bis 1994 mit dem Finanzbe-

(C)

richt 1991 auf. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1502 bitte ich um Kenntnisnahme. - Ich stelle die Kenntnisnahme fest.

Abschließend stimmen wir über die vorliegenden Entschließungsanträge in der Reihenfolge des Eingangs ab.

Drucksache 11/1435 zum GFG 1991! Antragsteller ist die Fraktion der CDU. Stichwort: Garantie der kommunalen Selbstverwaltung durch gerechte und berechenbare Gemeindefinanzierung. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Drucksache 11/1580! Antragsteller ist die Fraktion DIE GRÜNEN. Stichwort: Allgemeine Verbesserung des Haushaltsverfahrens. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Drucksache 11/1581! Antragsteller ist die Fraktion DIE GRÜNEN. Stichwort: Einführung eines Berichtserstattungsverfahrens für künftige Haushaltsberatungen. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Entschließungsantrag Drucksache 11/1581 ist abgelehnt.

(D)

Ich rufe Entschließungsantrag Drucksache 11/1582 auf. Antragsteller ist die Fraktion DIE GRÜNEN. Stichwort: Öko-Abgaben. Wer ist für den Entschließungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN ist abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/1624! Stichwort: Öko-Abgaben. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/1624 angenommen.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/1603 - Stichwort: Frauenförderung im Rahmen des Landeshaushalts für 1991 - auf.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wer für diesen Entschließungsantrag der SPD ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag **angenommen**.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. **Drucksache 11/1632** - Thema: Gemeindefinanzierungsgesetz 1991. Stichwort: Beratungsmöglichkeit für Ausgleichsstockgemeinden schaffen - auf. Wer für diesen Antrag der F.D.P.-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön! Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der F.D.P. **Drucksache 11/1633** - Stichwort: Zukunft sichern! - auf. Wer für den Antrag der Fraktion der F.D.P. ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Antrag der F.D.P. ist **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, mit der Abstimmung über diese Entschließungsanträge sind die Haushaltsberatungen zum Haushalt 1991 beendet, und wir gehen somit in der Tagesordnung weiter. Der Tagesordnungspunkt 2 ist erledigt.

(B) (Anhaltender Beifall bei der SPD - Allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, noch einen Augenblick sehr intensiv zuzuhören, weil Sie ansonsten Probleme mit Ihrem heutigen Terminkalender bekommen könnten.

Bevor ich Punkt 4 der heutigen Tagesordnung aufrufe - Tagesordnungspunkt 3 wurde ja bekanntlich abgesetzt -, möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Fraktionen dahin gehend verständigt haben, die Tagesordnungspunkte 7 - Konzeption zur Neuordnung der Ausbildung bei der Polizei - und 10 - Sicherung von Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen und Beamte nach § 78b LBG - der Tagesordnung von morgen an die heutige Tagesordnung zu hängen und somit nach Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(C)

- Meine Damen und Herren, wer Gespräche zu führen hat, der möge bitte möglichst lautlos den Plenarsaal verlassen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem
Staatsvertrag gemäß Artikel 66
Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 11/1364

Beschlußempfehlung und Bericht des
Hauptausschusses
Drucksache 11/1390

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Burger das Wort.

(D)

Abgeordneter Burger (SPD): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Mit dem Abschluß dieses Staatsvertrages wird ein wichtiger Akt praktischer Solidarität des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Lande Brandenburg Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wer es bisher noch nicht gewußt hat, dem wird drüben in den neuen fünf Bundesländern täglich demonstriert, wie wichtig öffentliche Infrastruktur - sei es des Staates, sei es der Kommunen - auch für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist. Unternehmer, die sonst von Staatsferne sprechen, sagen: "Ihr müßt unbedingt die notwendige Infrastruktur schaffen. Das ist richtig angelegtes Steuergeld; sonst kommen wir nicht weiter!"

Ein kleines Stück können wir bei diesem Weg helfen, indem wir ermöglichen, daß das Rechts- und Verwaltungssystem aufgebaut wird, das wir nach dem Kriege bei uns aufgebaut haben und das es in den neuen